

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

An den Grossen Rat

26.5189.01

Basel, 4. Juni 2026

Kommissionsbeschluss
vom 4. Juni 2026

**Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und
Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats**

Inhalt

1. Kommission und Auftrag	4
1.1 Aufgabe und Ziel	5
1.2 Rechenschaftsbericht und Prüfung des Jahresberichts	5
1.3 Zur Form der Berichterstattung.....	5
1.4 Dank.....	6
2. Rechenschaftsbericht	7
2.1 Überblick.....	7
2.1.1 Tätigkeit der Kommission im 2025/26.....	7
2.1.2 Interparlamentarische Oberaufsichtskommissionen	9
2.2 Allgemeine Fragen	9
2.2.1 Kantonales Risikomanagement.....	9
2.2.2 Ombudsstelle.....	10
2.2.3 Datenschutzbeauftragte (DSB)	11
2.3 Präsidialdepartement.....	12
2.3.1 Kantons- und Stadtentwicklung	12
2.4 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt.....	14
2.4.1 Amt für Umwelt und Energie (AUE).....	14
3. Bemerkungen zum Jahresbericht 2025 der Regierung	15
3.1 Allgemeine Fragen	15
3.1.1 Legislaturplan und Massnahmenpakete.....	15
3.1.2 Compliance-Fragen.....	16
3.1.3 Benchmarking / Vergleich mit anderen Kantonen	17
3.1.4 Gang in die Cloud und Umgang mit sensiblen Daten	17
3.1.5 Kosten für vom Kanton genutzte Büroräumlichkeiten.....	18
3.2 Präsidialdepartement (PD)	19
3.2.1 Allgemein	19
3.2.2 Generalsekretariat.....	20
3.2.3 Gleichstellung und Diversität	21
3.2.4 Staatskanzlei.....	22
3.2.5 Aussenbeziehungen und Standortmarketing	23
3.2.6 Kantons- und Stadtentwicklung	23
3.2.7 Statistisches Amt	24
3.2.8 Abteilung Kultur	24
3.3 Bau- und Verkehrsdepartement (BVD)	25
3.3.1 Generalsekretariat.....	25
3.3.2 Stadtgärtnerei	27
3.3.3 Tiefbauamt	28
3.3.4 Städtebau und Architektur	28
3.3.5 Mobilität.....	29
3.4 Erziehungsdepartement (ED).....	31
3.4.1 Zentrale Dienste und Generalsekretariat.....	31
3.4.2 Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildende Schulen	33
3.4.3 Volksschulen	35
3.4.4 Mittelschulen	37
3.4.5 Berufsbildende Schulen	38
3.4.6 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung	38
3.4.7 Hochschulen.....	39
3.4.8 Jugend, Familie und Sport.....	40
3.5 Finanzdepartement (FD)	41
3.5.1 Allgemein	41
3.5.2 Generalsekretariat.....	41
3.5.3 Finanzverwaltung	42

3.5.4	Steuerverwaltung	42
3.5.5	IT BS	44
3.6	Gesundheitsdepartement (GD)	45
3.6.1	Allgemein	45
3.6.2	Departementsstab	46
3.6.3	Kantonales Laboratorium	48
3.6.4	Gesundheitsversorgung	48
3.7	Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)	49
3.7.1	Generalsekretariat	49
3.7.2	Kantonspolizei	50
3.8	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU)	52
3.8.1	Effizienzpotenzial und IT-Governance im WSU	52
3.8.2	Generalsekretariat	53
3.8.3	Sozialhilfe	54
3.8.4	Amt für Umwelt und Energie (AUE)	56
3.9	Staatsanwaltschaft	56
3.9.1	Allgemein	56
3.9.2	Reorganisation der Strafverfolgung	57
3.9.3	Fallbelastung und Pendenzen	58
3.9.4	Einvernahmen nach Art. 352a StPO	59
3.9.5	Geldwäscherei und Fassadenbetriebe	60
3.9.6	Dezernat Digitale Kriminalität (DDK)	61
3.9.7	Jugendliche Intensivtäter	62
4.	Bemerkungen zum Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte	64
4.1	Vorbemerkung	64
4.2	Beschwerden über Gerichtsverfahren oder Gerichtsmitglieder	64
4.3	Gerichtsrat	65
4.3.1	IT-Souveränität	65
4.3.2	Urlaubsregelungen	65
4.4	Sozialversicherungsgericht	66
4.5	Gericht für Fürsorgerische Unterbringung und Jugendgericht	66
4.5.1	Personalsituation	66
4.5.2	Gerichtsorganisation	67
5.	Bemerkungen zu den Berichten der dem Grossen Rat zugeordneten Organe: Ombudsstelle, Finanzkontrolle und Datenschutzbeauftragte	69
6.	Anträge der Geschäftsprüfungskommission	70
7.	Grossratsbeschluss	71
8.	Abbildungsverzeichnis	72
9.	Anhang	73

1. Kommission und Auftrag

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) nahm ihre Aufgabe in folgender Zusammensetzung wahr, wobei jeweils ein bis zwei Personen für die Prüfung eines Departements und die Redaktion des entsprechenden Berichtsteils verantwortlich waren.

*Zusammensetzung
und Aufgabenberei-
che*

Verantwortliche/-r	Aufgabenbereich
Tim Cuénod, Präsident	Allgemeine Fragen, Ombudsstelle, Datenschutzbeauftragte, Finanzkontrolle, <i>Delegation Kontrollorgan Staatsschutz, Delegation IGPK Rheinhäfen</i>
Sandra Bothe-Wenk (15.4. bis 23.6.2026)	Anstelle von Johannes Sieber
Erich Bucher, Vizepräsident (bis 10.3.2026)	Finanzdepartement, <i>Delegation IPK FHNW</i>
Daniel Albietz	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), <i>Delegation IGPK UKBB</i>
Alexandra Dill (bis 10.12.2025)	Präsidialdepartement, <i>Delegation IGPK Universität</i>
Lukas Faesch	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, <i>Delegation Kontrollorgan Staatsschutz</i>
Raoul Furlano (5.11.2025 bis 22.1.2026)	Anstelle von Lukas Faesch
Christophe Haller (ab 11.3.2026)	Finanzdepartement, <i>Delegation IPK FHNW (ab 15.4.2026)</i>
Claudio Miozzari	Bau- und Verkehrsdepartement
Pascal Pfister	Präsidialdepartement
Beat K. Schaller, ab 12.3.2026 Vizepräsident	Bau- und Verkehrsdepartement, <i>Delegation IGPK IPH</i>
Johannes Sieber (bis 1.6.2026)	Präsidialdepartement
Franziska Stier (ab 10.9.2025)	Erziehungsdepartement, <i>Delegation IGPK Universität (ab 15.10.2025)</i>
Andrea Strahm	Erziehungsdepartement, <i>Delegation Kontrollorgan Staatsschutz</i>
Daniela Stumpf Rutschmann	Gesundheitsdepartement, <i>Delegation IGPK UKBB</i>
Oliver Thommen	Gerichte, Staatsanwaltschaft, <i>Delegation Kontrollorgan Staatsschutz</i>
Amina Trevisan (ab 11.12.2025)	Justiz- und Sicherheitsdepartement, <i>Delegation IGPK Universität (ab 7.1.2026)</i>
Tonja Zürcher (bis 9.9.2025)	Erziehungsdepartement, <i>Delegation IGPK Universität</i>
Kommissionssekretariat: Kathrin Pavic	

1.1 Aufgabe und Ziel

Die GPK unterstützt und vertritt den Grossen Rat in der Oberaufsicht über die gesamte Staatsverwaltung gemäss § 69 Abs. 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO). In diesem Sinne ist es die Aufgabe der GPK, die

- Angemessenheit,
- Berechenbarkeit,
- Effizienz,
- Kundenfreundlichkeit,
- Rechtmässigkeit sowie
- Transparenz

staatlichen Handelns zu prüfen und zu fördern.

Entsprechend ist die Wirkung der Oberaufsicht rein politischer Natur; verbindliche Weisungen oder direkte Sanktionen sind nicht möglich. Mit anderen Worten: Die GPK wirkt durch Kontrolle, nicht durch Befehl – durch Licht, nicht durch Macht. Zu den Gerichtsbehörden ist im Speziellen festzuhalten, dass die Rechtsprechung von der Oberaufsicht der GPK ausgenommen ist.

Gemäss § 69 Abs. 5 GO gehört zu den Aufgaben der GPK auch die Behandlung von Fragen der rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen bezüglich Gleichstellung von Frau und Mann sowie grundsätzliche Fragen der Personalpolitik. Zudem nimmt die GPK seit der sogenannten «Fichenaffäre» der 90er-Jahre auch die Oberaufsicht über den kantonalen Staatsschutz wahr.

Die GPK verfolgt das Ziel, einen optimalen Vollzug der rechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Institutionen zu stärken. Die baselstädtische Verfassung, speziell § 90 Abs. 1, stellt die Grundlage für die Wahrnehmung der Oberaufsicht über die kantonale Verwaltung dar. Die Oberaufsichtsbefugnis des Grossen Rates umfasst neben Regierungsrat, Verwaltung und den Gerichten auch alle anderen Träger öffentlicher Aufgaben.

*Staatliches Handeln
überprüfen*

*Wirkung der Ober-
aufsicht*

*Gleichstellung und
Staatsschutz*

*Grundlagen der
Oberaufsicht*

1.2 Rechenschaftsbericht und Prüfung des Jahresberichts

Mindestens einmal im Jahr legt die GPK Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Der Rechenschaftsbericht enthält eine Zusammenfassung sowie die Empfehlungen zu den Themen, die während des Berichtsjahres in der Kommission behandelt wurden, und ist Bestandteil des GPK-Berichts zum Jahresbericht des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt.

Die GPK hat bis spätestens Mitte September ihren schriftlichen Bericht zu erstatten (§ 37 Abs. 2 und § 69 Abs. 3 GO). Der Jahresbericht des Kantons Basel-Stadt wurde der Kommission als Vorabdruck am 23. März 2026 zugestellt. Die GPK hat den Bericht geprüft und in der Folge mündlich und schriftlich um ergänzende Auskünfte gebeten.

*Rechenschaftsbe-
richt*

*Jahresbericht als
Grundlage*

1.3 Zur Form der Berichterstattung

Die GPK stellt Einschätzungen, Feststellungen und Würdigungen fett gedruckt dar. Konkrete Empfehlungen und Erwartungen werden durch Rahmen hervorgehoben.

*Empfehlungen und
Erwartungen hervor-
gehoben*

1. Feststellungen und Bemerkungen (Text «fett» ohne «Kasten»)

2. Empfehlung zur Prüfung (Text «fett» mit «Kasten»)

3. Empfehlung zur Umsetzung (Text «fett» mit «doppelt umrandetem Kasten»)

1.4 Dank

Die GPK dankt dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichten, der Staatsanwaltschaft, der Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle (FiKo), der Ombudsstelle und den öffentlich-rechtlichen Anstalten für die konstruktive Zusammenarbeit.

2. Rechenschaftsbericht

2.1 Überblick

2.1.1 Tätigkeit der Kommission im 2025/26

Usanzgemäss gibt die GPK in ihrem jährlichen Bericht auch Auskunft über ihre eigene Tätigkeit und Arbeitsweise. Seit der letzten Berichterstattung im Juni 2025 führte die GPK bis zur Verabschiedung dieses Jahresberichtes 78 ordentliche Sitzungen (à zwei Stunden) und dabei 16 Anhörungen durch.

78 ordentliche Sitzungen

Neben diversen mündlichen Eingaben erhielt die GPK seit ihrer letzten Berichterstattung 14 schriftliche Aufsichtseingaben. Für Einzelbeschwerden von Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber der Verwaltung ist grundsätzlich die Ombudsstelle zuständig. Wenn es sich hingegen um systemische Probleme handelt oder die Qualität eines Dienstes gesamthaft in Frage gestellt wird, nimmt sich die GPK der Sache an. Eine inhaltliche Korrespondenz über Aufsichtseingaben wird in der Regel nicht geführt. Über ihre Feststellungen lässt sich die GPK – sofern sie von allgemeiner Bedeutung sind – in ihren Berichten an den Grossen Rat vernehmen.

14 Aufsichtseingaben

Im Berichtsjahr waren zudem zwei Subkommissionen tätig und die GPK veröffentlichte einen Sonderbericht.

Subkommissionen und Sonderbericht

Die GPK führte im Berichtsjahr die folgenden für die Jahresberichterstattung relevanten thematischen Hearings¹ durch:

- 21. August 2025: Jahreshearing zur Finanzkontrolle (FiKo) mit deren Leiter und stv. Leiter (gemeinsam mit der FKom)
- 21. August 2025: Hearing mit dem Leiter und dem stv. Leiter der Finanzkontrolle zum Bericht Nr. 29 zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat
- 27. August 2025: Jahreshearing mit der Ombudsstelle
- 3. September 2025: Jahreshearing mit der Datenschutzbeauftragten
- 25. September 2025: Schulung zum Thema «Compliance» mit einer Chief Ethics & Compliance Officer und einem Compliance Officer
- 15. Januar 2026: Hearing zum kantonalen Risikomanagement mit dem Leiter Finanzverwaltung und der Leiterin Finanzanalyse und Planung sowie dem Leiter Abteilung Geschäftsstelle Kantonale Krisenorganisation
- 12. März 2026: Hearing zum Schlussbericht des Regierungsrates zum Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) Biozentrum mit dem Vorsteher des ED, dem stv. Leiter Hochschulen, der Vorsteherin des BVD, dem Co-Leiter Hochbau, der Vorsteherin des FD und dem Leiter Portfoliomanagement

Thematische Hearings

Zu den Jahresberichten der Regierung, der Gerichte und der Staatsanwaltschaft führte die GPK zudem die folgenden Hearings durch:

Hearings zu den Jahresberichten

¹ Hearings zu nicht abgeschlossenen Untersuchungen werden hier nicht aufgeführt.

- 23. April 2026: Hearing zum Präsidialdepartement mit dem Vorsteher PD, dem Leiter Aussenbeziehungen und Standortmarketing, dem Leiter Kantons- und Stadtentwicklung und dem stv. Leiter Statistisches Amt / Leiter Data Competence Center
- 23. April 2026: Hearing zu den Gerichten mit dem Vorsitzenden und dem Sekretär des Gerichtsrats, der Präsidentin des Gerichts für fürsorgliche Unterbringung (FU-Gericht) sowie der Präsidentin und dem stv. Präsidenten des Jugendgerichts (JG)
- 23. April 2026: Hearing zum Finanzdepartement mit der Vorsteherin FD, der Generalsekretärin FD, dem Leiter Finanzverwaltung, der Co-Leiterin und dem Co-Leiter IT BS, dem Chief Digital Officer, dem Leiter HR BS, dem Leiter Recht/stv. Leiter Steuerverwaltung und der Leiterin IBS
- 29. April 2026: Hearing zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt mit dem Vorsteher WSU, der Generalsekretärin und dem Generalsekretär WSU sowie dem Leiter Amt für Umwelt und Energie
- 29. April 2026: Hearing zum Gesundheitsdepartement mit dem Vorsteher GD, dem Leiter Bewilligungen und Recht, dem Leiter Kantonales Laboratorium/Kantonschemiker und der wissenschaftlichen Mitarbeiterin der Abteilung Prävention
- 29. April 2026: Hearing zum Bau- und Verkehrsdepartement mit der Vorsteherin BVD, der Generalsekretärin BVD, dem Leiter Städtebau und Architektur, dem Co-Leiter Stadtraum, dem Leiter öffentlicher Verkehr, der stellvertretende Leiterin Verkehrsnetze und dem Co-Leiter Services (Tiefbauamt)
- 30. April 2026: Hearing zum Justiz- und Sicherheitsdepartement mit der Vorsteherin JSD, dem Generalsekretär JSD und der Leiterin der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe
- 30. April 2026: Hearing zur Staatsanwaltschaft mit der Vorsteherin JSD, dem Ersten Staatsanwalt und dem Generalsekretär JSD
- 30. April 2026: Hearing zum Erziehungsdepartement mit dem Vorsteher ED, der Generalsekretärin ED, der Co-Leiterin Volksschulen, dem Direktor der St. Jakobshalle und dem Leiter Zentrale Dienste

Im Berichtsjahr hat die GPK ausserhalb der Jahresberichterstattung und ausserhalb von anderen Hearings zu folgenden Themen mit dem Regierungsrat Korrespondenz geführt respektive Nachfragen gestellt:

Schriftliche Nachfragen zu weiteren Themen

- Situation betreffend die frühere und neue provisorische Nutzung des Sommercasinos
- MCH Group – Kapitalschnitt und Umwandlung MCH Messe Schweiz (Basel) AG
- Stromsparbonus: Fehlerhafte Auszahlung
- Sicherheits- und Hygienesituation in den Basler Gartenbädern
- Private Sicherheitsfirmen und zu erfüllende Standards ihrer Angestellten
- Situation bei der Klinik Sonnenhalde

Delegationen der GPK haben infolge von Aufsichtseingaben oder im Rahmen von weiteren vertraulichen Abklärungen diverse Gespräche mit Verwaltungsstellen geführt. Speziell zu erwähnen ist dabei die Staatsschutz-Delegation der GPK, die sich am 8. Dezember 2025 und 28. Mai 2026 mit der Vorsteherin des JSD und den Mitgliedern des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton getroffen hat.

In den Aufsichtsbereich der GPK fallen auch die direkt dem Grossen Rat zugeordneten Dienststellen Finanzkontrolle, Datenschutzbeauftragte und Ombudsstelle. Neben der Kenntnisnahme der jeweiligen Jahresberichte führt die GPK auch periodische Hearings durch.

Hearings mit «Kleeblatt-Organisationen»

Das Präsidium der GPK nimmt zudem Einsitz in den Delegationen des Ratsbüros zur administrativen Begleitung der Ombudsstelle und der Datenschutzbeauftragten. Die Delegationen führen zweimal jährlich Besuche in den genannten Dienststellen durch.

Delegationen des Ratsbüros

2.1.2 Interparlamentarische Obergerichtskommissionen

Zur Wahrnehmung der Obergericht bei den interkantonalen öffentlich-rechtlichen Institutionen haben die beteiligten Kantone gemeinsame Obergerichtskommissionen eingesetzt. Die Mitglieder der Obergerichtskommissionen werden durch die Parlamente der Trägerkantone gewählt. Sie überprüfen den Vollzug der entsprechenden Staatsverträge und erstatten den jeweiligen Parlamenten Bericht.

Einsitz in IPK und IGPK

Die GPK delegiert Mitglieder in folgende interparlamentarische Obergerichtskommissionen:

- Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)
- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IGPK IPH)
- Schweizer Rheinhäfen (IGPK Hafen)
- Universität Basel (IGPK Universität)
- Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB)

2.2 Allgemeine Fragen

2.2.1 Kantonales Risikomanagement

Die GPK befasste sich im Berichtsjahr mit dem kantonalen Risikomanagement. Sie führte am 15. Januar 2026 das Hearing mit dem Leiter Finanzverwaltung, der Leiterin Finanzanalyse und Planung sowie dem Leiter der Geschäftsstelle der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) durch. Über das Geschäft hatte die Kommission – wie in den Vorjahren – Geheimhaltung beschlossen; die Inhalte des Risikoberichts können im Rechenschaftsbericht entsprechend nicht gewürdigt werden.

Die GPK hatte in früheren Jahresberichten die organisatorische Zusammenführung der Risikomanagement-Stränge des Finanzdepartements (FD) und des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) gefordert. Der Regierungsrat wies in seinen Stellungnahmen wiederholt darauf hin, dass die durch die KKO identifizierten Risiken bereits Bestandteil des jährlichen Risikoberichts des FD an den Regierungsrat seien. Vor dem Hintergrund dieser Praxis und der durch den Regierungsrat im September 2025 beschlossenen Überarbeitung des Leitfadens Risikomanagement erachtet die GPK ihre frühere Empfehlung als erledigt.

Frühere Empfehlung zur Zusammenlegung

Eingehend diskutiert wurde innerhalb der GPK erneut die Frage der Geheimhaltung des Risikoberichts. Der Regierungsrat hatte seine Position dazu in einem Schreiben ausführlich dargelegt: Der Risikobericht sei ein internes Arbeitsinstrument des Regierungsrats; eine transparente Darstellung von Schwachstellen und Lücken in der Risikovorsorge sei nur möglich, wenn der Adressatenkreis eng begrenzt bleibe. Eine fallweise Geheimhaltungsbeurteilung jedes einzelnen Risikos und jeder Massnahme sei nicht praktikabel. Mit Blick auf andere Kantone hält der Regierungsrat fest, dass es sich beim häufig zitierten, öffentlich zugänglichen Risikomanagement-Bericht des Kantons Zürich um den Bericht des Bevölkerungsschutzes handle, der lediglich einen Teilbereich des kantonalen Risikomanagements abdecke; ein vergleichbarer Bericht werde auch im Kanton Basel-Stadt veröffentlicht.

Geheimhaltung, Aufsicht und öffentliche Kommunikation

Die GPK anerkennt, dass insbesondere die Priorisierung von Risiken und die Einschätzung von Eintretenswahrscheinlichkeiten – namentlich bei menschgemachten Risiken – einen erhöhten Schutzbedarf aufweisen. Innerhalb der Kommission bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, wie weit die Geheimhaltung im Übrigen zu gehen hat. Ein Teil der Kommission hält die geltende Praxis aufgrund der Überlegungen des Regierungsrats insgesamt für sachlich begründet. Ein anderer Teil weist darauf hin, dass die Risikokategorien als solche grossmehrheitlich allgemein bekannt sind. Weil der Regierungsrat aufgrund seiner definierten Risiken und deren Gewichtung politische Massnahmen ergreift, sollte es auch einen Raum geben für eine politische Diskussion darüber. Es wäre daher wünschbar, dass der Regierungsrat die Öffentlichkeit – über die Risiken, die Methodik und ausgewählte, nicht sicherheitsrelevante Aspekte des Risikomanagements zusammenfassend informiert. Einig ist sich die GPK darin, dass es nicht ihre Aufgabe ist, einzelne Risiken inhaltlich zu beurteilen. Ihre Funktion besteht darin, zu prüfen, ob das Risikomanagement des Kantons fachgerecht geführt ist und das Berichtswesen den Anforderungen der Aufsicht genügt – was voraussetzt, dass sie den Risikobericht periodisch und in einer für eine seriöse Vorbereitung geeigneten Form einsehen kann.

Der Regierungsrat hat der GPK den Risikobericht – wie schon im Vorjahr – auf Anfrage zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Die Aushändigung erfolgte allerdings erst unmittelbar zu Beginn des Hearings in nummerierten Exemplaren. Eine vorgängige Auseinandersetzung mit dem Inhalt war damit nicht möglich; eine Reihe von Fragen musste schriftlich nachgereicht werden. Die GPK weist darauf hin, dass ihr Recht auf umfassenden Aktenzugang in § 69 Abs. 1 GO verankert ist und sie jederzeit – wie im vorliegenden Fall – Geheimhaltung beschliessen kann. Eine Vorabzustellung des Berichts ist mit der Geheimhaltung ohne weiteres vereinbar und für eine wirksame Oberaufsicht unerlässlich.

Verfahren und Aktenzugang

Die GPK fordert, dass ihr der Risikobericht des Regierungsrats künftig auf Verlangen vorgängig unter Geheimhaltung zugestellt wird.

2.2.2 Ombudsstelle

Die Ombudsstelle nimmt für den Kanton eine wichtige Funktion ein. Sie ist Anlaufstelle für Personen, die mit der kantonalen Verwaltung in einem Konflikt stehen oder sich ungerecht behandelt fühlen. Sie berät, vermittelt, überprüft die Verwaltung und deckt Missstände auf. Für die GPK ist die Ombudsstelle eine wichtige Informationsquelle. Beide Gremien stehen in regelmässigem Austausch. Insbesondere kontaktiert die Ombudsstelle die GPK, wenn sie den

Eindruck hat, in der Verwaltung bestehe ein systematisches Problem. Mindestens einmal im Jahr führt die Gesamtkommission zudem ein Hearing mit der Ombudsstelle durch. Im Jahr 2025 fand das Hearing am 27. August statt. Gegenstand war der Jahresbericht 2024.

Ein zentrales Thema war ein Austausch über erste Erfahrungen mit der als Pilotprojekt konzipierten Übernahme des Beschwerdewesens in Bezug auf das JSD, da die JSD-interne Beschwerdestelle aufgelöst wurde. Dabei mussten in einem ersten Schritt Schnittstellen der Ombudsstelle zur Kantonspolizei geklärt werden. Immerhin hat die Ombudsstelle nicht nur zusätzliche Aufgaben übernommen, es stehen ihr auch zusätzliche Personalressourcen zur Verfügung. Allerdings bewegt sich die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Ombudsstelle auf einem konstant hohen Niveau. Von 2021 bis 2024 seien die Fallzahlen bei der Ombudsstelle um 22 Prozent gestiegen. Aufgrund der beschränkten Personalressourcen muss die Ombudsstelle dabei stark mit dem Instrument von Kurzkonsultationen operieren.

Übernahme des Beschwerdewesens des JSD

Weitere Themen waren unter anderem Klagen aus dem Taxigewerbe betreffend eine aus ihrer Sicht ungenügende Kontrolle der Tätigkeiten von Über-Fahrerinnen und -Fahrern sowie ein Austausch über interne und externe Beschwerden aus dem und zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI).

Die Ombudsstelle führt eine umfassende Statistik darüber, wer ihre Dienstleistungen in Anspruch nimmt. Dabei fällt auf, dass junge Erwachsene bei der Nachfrage ganz klar untervertreten sind. Dies liegt laut Ombudsstelle mutmasslich am zu geringen Bekanntheitsgrad in der jungen Generation. Daran etwas zu ändern, sei ausdrücklicher Wunsch der Ombudsstelle. Doch berge jede vermehrte «Werbung» für die Ombudsstelle das Risiko, diese noch mehr zu überlasten.

Weniger Nachfrage der jungen Generation

Aus Sicht der GPK ist wichtig, dass die Ombudsstelle nachhaltig gute Arbeit im Interesse einer bürgerinnen- und bürgerfreundlichen Verwaltung leistet und auch die junge Generation die Leistungen der Ombudsstelle kennt und diese in Anspruch nehmen kann. Insofern ist die GPK erfreut, dass in der Zwischenzeit das Ratsbüro der Ombudsstelle die Schaffung einer zusätzlichen juristischen 50-Prozent-Stelle bewilligt hat.

2.2.3 Datenschutzbeauftragte (DSB)

Die Datenschutzbeauftragte nimmt für die kantonale Verwaltung unter anderem auch eine beratende Funktion wahr und hat einen Ausbildungsauftrag. Kurzfristig habe die im letzten Jahr beschriebene Belastung weiter zugenommen. Dies hing zum einen mit der Implementierung des neuen Datenschutzgesetzes (IDG) respektive dem Erlass der Datenschutzverordnung zusammen. Zum anderen aber führt die technologische Entwicklung insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) zu vielen neuen datenschutzrelevanten Fragen. Bei hohen Risiken müssen der DSB mit einer Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) die Rechtmässigkeit des Projekts und die geplanten risikominimierenden Massnahmen dargelegt werden.

Für die von der GPK in den letzten Jahresberichten gewünschte stärkere Rolle der Datenschutzbeauftragten im Bereich der Gewährleistung der Informationssicherheit fehlt es unter diesen Umständen trotz einer vom Ratsbüro des Grossen Rates bewilligten Pensenaufstockung an Kapazitäten. Doch bestehe eine gute und enge Zusammenarbeit mit IT BS und insbesondere mit dem bei IT BS angesiedelten Informatiksicherheitsbeauftragten (ISB) respektive Chief

DSB fehlt Kapazität für stärkere Rolle bei der Informationssicherheit

Information Security Officer (CISO). Allerdings sei bei IT BS in Zusammenhang mit der laufenden Reorganisation einiges an Unruhe und Unsicherheit zu spüren.

Am Hearing mit der Datenschutzbeauftragten am 3. September 2025 war die öffentliche Kritik der Datenschutzbeauftragten an der Basler Regierung in Sachen Microsoft 365-Cloud-Lösung ein Gesprächsthema. Die Datenschutzbeauftragte präzisierte dabei ihre Kritik. Problematisch sei aus ihrer Perspektive, wenn besondere Personendaten (unter anderem Steuer- und Gesundheitsdaten) in eine US-amerikanische Cloud gestellt werden. Zwei ausführliche Stellungnahmen von ihrem Amtsvorgänger und ihr seien von der Regierung weitestgehend ignoriert worden. Der Bund sowie andere Kantone wie Zürich oder Solothurn sähen ausdrücklich vor, für personenbezogene Daten nicht die Microsoft 365-Cloud zu nutzen.

Die GPK war sich nicht darüber einig, ob diese öffentlich geäusserte Kritik in der Form gerechtfertigt war. Einig war sie sich aber darin, ihre Empfehlung aus dem letztjährigen Jahresbericht zu bekräftigen.

Die GPK fordert erneut eine stringente Backup- und Exit-Strategie im Zusammenhang mit dem Gang in eine private, ausländische Cloud.

Es ist sicherzustellen, dass keine irreversible Abhängigkeit aufgebaut und der Schutz wichtiger personenbezogener Daten gewährleistet wird. Diese Empfehlung hat inzwischen insofern an Aktualität gewonnen, als der Bund auf Anregung des letzten Chefs der Armee im Sinne der Stärkung der digitalen Souveränität in der Zwischenzeit beschlossen hat, die Abhängigkeit von Microsoft gezielt zu reduzieren. Angestrebt werden neu Open Source-Lösungen nach Vorbild des Bundeslandes Schleswig-Holstein.

Bund wird Abhängigkeit von Microsoft reduzieren

Die GPK empfiehlt, sich in Bezug auf Cloud-Lösungen systematisch mit den Bundesbehörden und anderen kantonalen Behörden auszutauschen und abzustimmen.

Weitere Diskussionsthemen waren die Form des Tätigkeitsberichtes und die darin publizierten Daten. Dabei wurde der Wunsch geäussert, die Datenschutzbeauftragte möge doch in ihrem Tätigkeitsbericht mehr Zahlen über den Aufwand ihres Teams und die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder publizieren.

Die GPK stellt fest, dass ihre Anregung berücksichtigt wurde und im neuen Jahresbericht 2025 deutlich mehr Zahlen zu den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern der Datenschutzbeauftragten publiziert wurden.

2.3 Präsidialdepartement

2.3.1 Kantons- und Stadtentwicklung

Stiftung für preisgünstigen Wohnraum

Der Jahresbericht 2025 weist unter den Abschreibungen auf Beteiligungen eine Wertberichtigung von 6,5 Millionen Franken auf die Stiftung für preisgünstigen Wohnraum Basel-Stadt aus. Der Beteiligungsspiegel beziffert den Buchwert neu auf 28,7 Millionen Franken bei einem Dotationskapital von 35 Millionen Franken. Die Stiftung ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung, errichtet durch das kantonale Wohnstiftungsgesetz (WSG). Sie untersteht der Aufsicht des Regierungsrats und der Oberaufsicht des Grossen Rates. Die Mitglieder des Stiftungsrats werden vom Regierungsrat gewählt. Als Revisionsstelle amtet

Buchwert der Stiftung substanziell gesunken

die Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt.

Die GPK hat beim PD, in dessen Zuständigkeit die Stiftung fällt, nach den Gründen für die Wertberichtigung gefragt. Gemäss Auskunft des Regierungsrats ist der Anlass eine Neubewertung sämtlicher Liegenschaften der Stiftung, die zu einer ausserordentlichen Abschreibung von rund 7 Millionen Franken führte. Betroffen sei hauptsächlich die im Jahr 2022 erworbene Liegenschaft Kleinhünigeranlage 30-40. Auf Nachfrage der GPK relativierte der Regierungspräsident den bilanziellen Effekt: Die Wertberichtigung habe einen «gewissen virtuellen Charakter» – die Liegenschaften seien vorhanden und dienten ihrem Zweck. Die Finanzkontrolle bewerte als Revisionsstelle eher strenger, was im Grundsatz richtig sei.

Grund ist eine Neubewertung von Liegenschaften als Grund

Das WSG sieht in § 10 Abs. 4 ausdrücklich vor, dass das Stiftungsvermögen in Unterschreitung der Einlagen verwendet werden darf, solange mindestens die Hälfte erhalten bleibt. Der Kapitalverlust bewegt sich somit im Rahmen der gesetzlichen Konzeption. Der Regierungspräsident wies zudem darauf hin, dass die Stiftung zwischenzeitlich mit Wechsel im Stiftungsrat und neuen Reglementen neu aufgestellt worden sei, jedoch mit Altlasten habe starten müssen.

Verlust bewegt sich im gesetzlichen Rahmen

Zwei Umstände verdienen aus Sicht der GPK gleichwohl Beachtung:

- Erstens erfolgte die Neubewertung gemäss Auskunft des Regierungsrats «auf Intervention der Revisionsstelle» – also der Finanzkontrolle. Der Leiter der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung bestätigte auf Nachfrage der GPK, dass die Finanzkontrolle die Wertberichtigung verlangt, gleichzeitig aber keinen weitergehenden Sanierungsbedarf kommuniziert habe. Die GPK ist jedoch der Ansicht, dass es Aufgabe des Stiftungsrats ist, die Bewertung der Liegenschaften eigenverantwortlich vorzunehmen, ohne dass die Revisionsstelle einschreiten muss.
- Zweitens hatte die GPK bereits in ihrem Rechenschaftsbericht zum Berichtsjahr 2023 über einen Rechtsstreit zwischen der Stiftung und einem extern mandatierten Steueranwalt berichtet, dem beim Erwerb einer Liegenschaft über einen «share deal» ein folgenschwerer Fehler bei der Beurteilung der Steuerlasten unterlaufen sein soll. Schon damals musste der Wert der Beteiligung des Kantons um 2.1 Millionen Franken nach unten korrigiert werden. Die GPK stellte damals fest, dass der Schaden offenbar auf ein externes Versagen zurückzuführen sei, und erwartete, unaufgefordert über den Ausgang der Rechtsstreitigkeit orientiert zu werden. Mit Schreiben vom 20. Oktober 2025 informierte der Regierungspräsident die GPK, dass der Ausgang der Rechtsstreitigkeit nach wie vor offen sei. Auf Nachfrage der GPK teilte der Regierungspräsident nun mit, die von der Stiftung geltend gemachte Schadenersatzforderung in der Höhe von rund 2 Millionen Franken sei von der Gegenseite vollumfänglich zurückgewiesen worden. Das Schlichtungsverfahren sei gescheitert und die Stiftung werde eine Zivilklage einreichen. Die im Jahr 2025 vorgenommene Wertberichtigung steht laut Regierungsrat in keinem Zusammenhang mit dem Rechtsstreit.

Neubewertung auf Veranlassung der Revisionsstelle

Schaden aus 2023 muss gerichtlich geklärt werden

Die GPK empfiehlt, im Rahmen der regierungsrätlichen Aufsicht gemäss § 8 WSG darauf hinzuwirken, dass der Stiftungsrat die Bewertung der Liegenschaften künftig eigenständig und zeitgerecht vornimmt, ohne dass eine Intervention der Revisionsstelle erforderlich ist.

2.4 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

2.4.1 Amt für Umwelt und Energie (AUE)

Fehlerhafte Auszahlung des Stromsparbonus

Gemäss Medienmitteilungen kam es 2025 zu fehlerhaften Auszahlungen des Stromspar-Bonus, was die GPK veranlasste, beim WSU die Ursachen, das Ausmass und die Learnings zu erfragen. In der schriftlichen Antwort vom 30. Juni 2025 teilt das WSU mit, die Ursache sei ein technischer Fehler in der Fachapplikation gewesen. Der Bonus für circa 140'000 Haushalte werde jeweils im Verlauf des zweiten Quartals ausbezahlt. Für diesen Zahlungslauf müssten bis zu drei Auszahlungsdateien für PostFinance generiert werden, da die einzelne Datei auf maximal 50'000 Einträge limitiert sei. Bei diesem Vorgang sei die Verarbeitung unterbrochen worden – vermutlich wegen eines Leistungsabfalles. Dieser Abbruch sei vom Programm nicht gemeldet worden, was dazu geführt habe, dass 9'019 Auszahlungen erneut aufgenommen und doppelt ausbezahlt worden seien. Diese Doppelzahlungen in Höhe von 968'520 Franken seien den zuständigen Mitarbeitenden des AUE in der Menge nicht aufgefallen.

Fehler führt zu 9'000 Doppelzahlungen

Um den Aufwand möglichst gering zu halten, seien alle betroffenen Haushalte in einem Brief über zwei Möglichkeiten informiert worden: Mittels QR-Code den doppelt erhaltenen Betrag zurückzuzahlen oder den zu viel bezogenen Betrag mit dem nächsten Bonus zu verrechnen.

Allerdings wurde auf Frage der GPK bestätigt, dass allfällige fehlende Verrechnungen infolge Wegzuges von Haushaltungen den Fonds zusätzlich belasten würden. Gemäss Zahlen des Statistischen Amtes würden circa sechs Prozent der Bevölkerung jährlich aus dem Kanton wegziehen, was zu einem maximalen rechnerischen Schaden von rund 58'000 Franken führen könne.

Rechnerischer Schaden von 58'000.- Franken

Als Learning habe das WSU seine Grundsätze im Umgang mit Fehlern gut angewandt: Erstens rasche und offene Information (*in casu* via Medien und persönlichen Brief an die Betroffenen) und zweitens möglichst geringer Aufwand bei der Behebung des Fehlers für die Betroffenen (Wahlmöglichkeit Rückzahlung oder Verrechnung).

Die GPK begrüsst die Grundsätze des WSU im Umgang mit Fehlern: Offen und rasch informieren, den Aufwand für die Schadensbehebung für die Betroffenen möglichst gering halten und den Schaden auf Seiten des Kantons minimieren.

3. Bemerkungen zum Jahresbericht 2025 der Regierung

3.1 Allgemeine Fragen

3.1.1 Legislaturplan und Massnahmenpakete

Die GPK hat in jüngerer Vergangenheit mehrfach moniert, dass die Ziele des Regierungsrates im Legislaturplan zu wenig verbindlich formuliert seien und es zu wenig messbare Indikatoren gebe. Der Regierungsrat lege dadurch nur ungenügend Rechenschaft über sein Regierungshandeln ab. Zuletzt wurde diese Kritik im letztjährigen Jahresbericht der GPK sowie bei der Präsentation und Diskussion des neuen Legislaturplans 2025–2029 artikuliert.

GPK kritisierte Ziele im Legislaturplan als wenig verbindlich

Denn die Formulierung des Berichtes stand klar im Widerspruch zu den Empfehlungen der GPK. Die Diskussion nach der Publikation zum Jahresbericht hat ergeben, dass sich der Regierungsrat aus Gründen der Öffentlichkeitsarbeit bewusst entschieden hat, einen kurzen und bilderreichen Legislaturplan lediglich in Form eines Leporellos gedruckt zu veröffentlichen.

Im Gespräch mit dem PD konnte geklärt werden, dass sehr wohl eine Art Controlling besteht – es existiert ein Dokument mit dem Titel «Jahresbericht 2026: Berichterstattung zu den Massnahmenpaketen im Legislaturplan 2025–2029». Dieses wird von der Fachstelle Grundlagen & Strategien bei der Kantons- und Stadtentwicklung koordiniert. Dabei sind die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Departemente festgelegt.

Controlling vorhanden

Aus Transparenzgründen hat sich die GPK dazu entschlossen, dieses Dokument im Anhang ihres Berichtes zu publizieren. Denn sie vertritt die Auffassung, dass Regierungshandeln nachvollziehbar sein muss und der Regierungsrat über die konkreten Massnahmen zur Erfüllung seiner ausformulierten Ziele Rechenschaft ablegen sollte.

Die GPK stellt fest, dass ein Controlling über die Ziele des Legislaturplans besteht – dabei wird insbesondere in Betracht gezogen, wie weit sogenannte Massnahmenpakete umgesetzt wurden.

Die GPK empfiehlt, die Massnahmenpakete in Zukunft zusammen mit dem Legislaturplan zu publizieren.

Schlüsselindikatoren und andere wichtige Kennzahlen

Der Regierungsrat hat 14 sogenannte Schlüsselindikatoren definiert (siehe S.44/45 im Jahresbericht der Regierung 2025) und diese je mit einem Zielwert versehen. Dabei handelt es sich um Kennzahlen, die insgesamt für den Kanton wichtige Entwicklungen messen. Mithilfe eines Ampelsystems wird bei jeder einzelnen dieser 14 Kennzahlen bewertet, ob unser Kanton in einem bestimmten Bereich «auf Kurs» ist oder nicht.

Aus parlamentarischer Oberaufsichtsoptik ist begrüssenswert, dass solche Schlüsselindikatoren bestehen, sich der Regierungsrat übergeordnete klare und messbare Ziele setzt und darlegt, welche Massnahmen er ergreift, um seine Ziele zu erreichen.

GPK begrüsst, dass der Regierungsrat sich klare und messbare Ziele setzt

Dabei ist auffällig, dass die Auswahl der Schlüsselindikatoren in dieser Legislatur nicht verändert worden ist. Insgesamt erscheint die Auswahl sinnvoll, auch wenn manche Indikatoren wie zum Beispiel die Lebenserwartung sich

durch Regierungshandeln kurz- und mittelfristig nur bedingt beeinflussen lassen. Der aktuelle Entwicklungsstand der Schlüsselindikatoren wird im Jahresbericht des Regierungsrats mit den Farben Grün («auf Kurs»), Gelb («auf Kurs, aber. . .») und Rot («nicht auf Kurs») dargestellt.

Klar ist, dass die Ampelfarben dabei nicht unmittelbar den Erfolg von Regierungs- und Verwaltungshandeln messen. Es kann sein, dass externe Faktoren die Umsetzung erschweren oder je nachdem sogar verunmöglichen, ein Ziel zu erreichen – oder umgekehrt, ein Ziel sich aufgrund externer Faktoren quasi von selbst und ohne irgendwelche Massnahmen erreichen lässt.

3.1.2 Compliance-Fragen

Die GPK hat dem Regierungsrat verschiedene Compliance-Fragen gestellt. Als Ausgangspunkt diente der Anzug betreffend Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung (Geschäftsnummer: 19.5131), der bereits zwei Mal vom Grossen Rat stehen gelassen wurde.

Dabei ging es um Richtlinien in der Kernverwaltung, aber auch in ausgelagerten Betrieben, um mögliche Korruption bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (insbesondere im freihändigen Bereich), um Vorgaben bei Geschenken oder sonstigen Zuwendungen, um Interessenkonflikte und Zusatzverdienste sowie um Massnahmen zur Stärkung der Compliance-Kultur.

Im Bereich der Kernverwaltung sollten aufgrund der klaren und rigiden Gesetze (zum Beispiel Lohn- und Personalgesetz), Verordnungen und weiteren Vorgaben wenig Compliance-Probleme bestehen. Dennoch lässt sich nicht behaupten, dass diesbezüglich keine Problematik bestehen kann. Im Rahmen der Bearbeitung des Anzugs betreffend «*Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung*» prüft der Regierungsrat, wie die Mitarbeitenden für die Compliance-Thematik verstärkt sensibilisiert werden können.² Auf Grundlage eines externen Expertenberichtes mit dem Titel «*Strategie für ein integriertes und korruptionsfreies Handeln von Regierung und Verwaltung*»³ identifiziert der Regierungsrat mögliche Handlungsfelder, die im Rahmen einer schrittweisen Umsetzung aufgearbeitet werden sollen.

Einführung einer Gesamtstrategie wird geprüft

Die GPK begrüsst die Absicht einer Gesamtstrategie der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung und empfiehlt deren Erarbeitung und Implementierung.

Im Submissionswesen dürfte das Risiko der Korruption im Bereich regelmässig wiederkehrender freihändiger Verfahren höher sein als bei grösseren Aufträgen, da dort klare Regeln gelten. Die Kantonale Fachstelle für das öffentliche Beschaffungswesen (KFöB) empfiehlt den Bedarfsstellen in den verschiedenen Departementen die Verwendung ihrer Vorlagen (insbesondere des Formulars für die Selbstdeklarationen der Anbieterinnen und Anbieter sowie der Angebotsauswertung) sowie die Einholung einer Konkurrenzofferte.

Die GPK empfiehlt, den Empfehlungen der KFöB betreffend freihändige Verfahren in der ganzen öffentlichen Verwaltung einen verbindlicheren Charakter zu geben.

² Der Anzug betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen (Geschäftsnummer: 19.5131.04) wird vom Regierungsrat auch in diesem Rahmen behandelt.

³ Transparency International (2025): «*Strategie für ein integriertes und korruptionsfreies Handeln von Regierung und Verwaltung*» (Zugriff: 20. Mai 2026).

In der Tendenz bestehen in Bezug auf Compliance grössere Risiken bei ausgelagerten Betrieben, da dort verschiedene Gesetze und Verordnungen des regelbasierten Betriebes der kantonalen Verwaltung keine Gültigkeit haben. Als Beispiel zu nennen sind in diesem Zusammenhang die im kantonalen Lohn- sowie Personalgesetz festgelegten Regelungen betreffend Nebenverdienste, Nebeneinkünfte und Geschenkkannahmen, wobei festzustellen ist, dass das Lohngesetz und das Personalgesetz auch für einige ausgelagerte Betriebe wie BVB und IWB gelten.

Grössere Risiken bei ausgelagerten Betrieben

Auch in der Privatwirtschaft haben Compliance-Fragen in den letzten Jahren stark an Gewicht gewonnen.

Die GPK empfiehlt, im Rahmen der Eignerstrategien Fragen der Compliance und der Stärkung der Compliance-Kultur mehr Gewicht beizumessen.

Aus aktuellem Anlass werden Compliance-Fragen im vorliegenden GPK-Jahresbericht vertieft bei den öffentlichen Spitälern untersucht (siehe Kap. 3.6.2).

3.1.3 Benchmarking / Vergleich mit anderen Kantonen

Ein Benchmarking zum Finanzhaushalt des Kantons Basel-Stadt kann Vergleiche mit anderen Kantonen und Städten ermöglichen und Rückschlüsse darüber zulassen, wie effizient und effektiv der Kanton seine Aufgaben erbringt. Zuletzt hat der Regierungsrat 2022 im Rahmen einer generellen Aufgabenüberprüfung ein solches Benchmarking vornehmen lassen. BAK Economics hat damals im Auftrag des Kantons eine Studie mit dem Titel «*Evaluation des Finanzhaushaltes des Kantons Basel-Stadt*» erstellt. Die Studie und deren wichtigste Ergebnisse (Executive summary) sind online auf der Webseite der Finanzverwaltung einsehbar.⁴

Letztes Benchmarking wurde 2022 vorgenommen

Der GPK ist der Vergleich mit anderen Kantonen und dessen periodische Nachführung wichtig. Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns lassen sich ohne externe Vergleichswerte nur eingeschränkt beurteilen. Ein aktuelles Benchmarking liefert sowohl dem Regierungsrat als auch dem Grossen Rat eine sachliche Grundlage für die Beurteilung des Finanzhaushalts sowie für künftige strukturelle Entscheide.

Die GPK empfiehlt, ein periodisches Benchmarking zur Evaluation des Finanzhaushaltes erstellen zu lassen und zu publizieren.

3.1.4 Gang in die Cloud und Umgang mit sensiblen Daten

Die GPK interessierte sich für die Umsetzung der IT-Projekte wie die Einführung von Microsoft 365 sowie für den Umgang mit Datenschutz. Wie schon oben im Tätigkeitsbericht dargelegt, fordert die GPK erneut eine stringente Backup- und Exit-Strategie in Zusammenhang mit dem Gang in die Microsoft Cloud sowie einen systematischen Austausch respektive eine systematische Abstimmung mit den Bundesbehörden sowie anderen Kantonen.

Ihre Entscheidung für die Microsoft Cloud hat der Regierungsrat unter anderem mit dem relativ hohen Schutz dieser Cloud vor Cyberangriffen begründet. Demgegenüber stehen andere Sicherheitsbedenken und grundsätzliche Überlegungen zu Fragen der digitalen Souveränität.

⁴ BAK Economics (2022): «*Evaluation des Finanzhaushaltes des Kantons Basel-Stadt*» (Zugriff am 20. Mai 2026).

Ebenso wichtig für die Gewährleistung der Sicherheit wichtiger und vertraulicher Daten ist aus Sicht der GPK aber auch ein sensibler Umgang mit wichtigen und vertraulichen Daten.

Das Ausmass der diesbezüglichen Sensibilisierung und der Schulungsarbeit innerhalb der verschiedenen Departemente variiert stark.

Die GPK empfiehlt, dem Datenschutz bei der Umsetzung von IT-Projekten in allen Departementen einen hohen Stellenwert beizumessen und die Schulung und Begleitung der Nutzenden praxisorientiert sicherzustellen.

3.1.5 Kosten für vom Kanton genutzte Büroräumlichkeiten

Die GPK erkundigte sich beim Regierungsrat erstens nach der Entwicklung der kantonalen Mietausgaben in den letzten zehn Jahren und zweitens, ob Maximalpreise für die Anmietung von Büroräumlichkeiten bestehen, die von der Verwaltung genutzt werden. Gemäss den Ausführungen des Regierungsrates dürfen bei Anmietung maximal 50 Prozent mehr als der interne Kostenmietansatz bezahlt werden. Die unten aufgeführte Grafik zeigt, dass die kantonalen Ausgaben für Mietkosten in den letzten zehn Jahren erheblich angestiegen sind. In der Grafik werden sowohl die Mieten für kantonseigene (interne) Räumlichkeiten («Rot») wie auch Mieten für Räumlichkeiten Dritter (extern) («Blau») dargestellt.

Anstieg bei Anmietungen

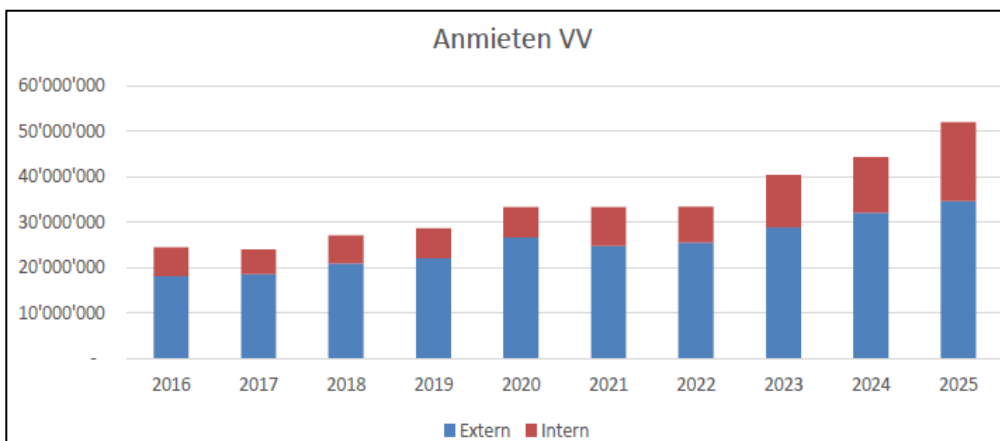


Abb. 1: Entwicklung der Kosten für Anmietungen 2016–2025 (vom FD im Vorfeld des Jahreshearings erhaltene Grafik)

Insbesondere seit 2022 ist es zu einem starken Anstieg der Ausgaben für Anmietungen um fast 20 Mio. Franken gekommen.

Davon ausgehend interessierte sich die GPK für die Anzahl Quadratmeter, die pro Mitarbeitenden gemäss den Richtlinien zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Regierungsrat antwortete, dass im aktuellen Raumbewirtschaftungsreglement ein Zielwert von 12 bis 14 m² festgelegt ist. Besprechungsräume seien in die massgebliche Fläche eingeschlossen. Unter den Departementen könne es aufgrund der Beschaffenheit der Liegenschaften (zum Beispiel Altbau) jedoch zu grösseren Abweichungen kommen.

Die GPK fordert eine umfassende Analyse der Ursachen für den starken Anstieg der Mietkosten des Kantons. Es sollen dabei auch verschiedene Optionen vertieft geprüft werden, um dieses Ausgabenwachstum für Anmietungen zu beschränken.

3.2 Präsidialdepartement (PD)

3.2.1 Allgemein

Bilanzierung 2025

Zu Beginn der Berichtsperiode definierte der Regierungsrat Schwerpunkte, um die Standortattraktivität Basels zu sichern. Im Zentrum standen die erfolgreiche Durchführung des Eurovision Song Contests (ESC), die Überwindung der Blockade im Wohnschutz sowie die Positionierung des Kantons als Vorreiter in der Digitalisierung und im Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI).

Die Umsetzung dieser Ziele stand vor erheblichen Hürden. Während der Jahresbericht 2024 technische Details oder ungelöste Probleme aussparte, wie etwa die unzureichende Tragfähigkeit des Daches für Hängelasten oder Sanierungsstaus in der St. Jakobshalle, zeigten sich 2025 reale operative Spannungsfelder: Im Bereich Wohnschutz führten komplexe Bewilligungsverfahren zu einer stagnierenden Sanierungstätigkeit. In der Digitalisierung bemängelte die GPK im Vorjahr ein ungenügendes Controlling und unklare Leitlinien für die Mitarbeitenden beim Einsatz neuer Technologien.

Umsetzung stand vor erheblichen Hürden

Die Bilanz 2025 zeigt, dass auf diese Herausforderungen reagiert wurde. Der ESC wurde nicht nur friedlich durchgeführt, sondern schloss entgegen früheren Befürchtungen mit einer schwarzen Null ab. Beim Wohnschutz brachte die Verordnungsrevision per 1. November 2025 die entscheidende Wende: Durch administrative Vereinfachungen stieg die Zahl der Gesuche deutlich an. Im Bereich der KI wurde die geforderte Governance durch einen Ratschlag für eine kantonseigene Plattform und verbindliche Richtlinien für Mitarbeitende institutionalisiert. Damit wurde die Kritik an der mangelnden Messbarkeit und Steuerung aus dem Jahr 2024 direkt adressiert.

Die GPK begrüsst die Adressierung der operativen Hürden im Bereich Wohnschutz und Digitalisierung.

Es ist positiv zu werten, dass die Kritik an der mangelnden Messbarkeit und Steuerung aus dem Jahr 2024 durch die Institutionalisierung von Governance-Strukturen (zum Beispiel KI-Plattform) direkt angegangen wurde.

Die GPK empfiehlt, die aus den Prozessen gewonnenen Erkenntnisse systematisch zu dokumentieren und sicherzustellen, dass die neu geschaffenen Governancestrukturen im KI-Bereich durch messbare Indikatoren laufend auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Wertschöpfung und institutionelles Lernen durch Grossveranstaltungen

Basel verfolgte 2025 das Ziel, durch den ESC und die UEFA Women's Euro die ökonomische Wertschöpfung und den Tourismus nachhaltig zu stärken. Die Erwartungen an die regionale Wertschöpfung und die nationale Ausstrahlung waren hoch, wobei der Regierungsrat zusicherte, diese Wirkungen erstmals systematisch zu messen.

Die grössten Hürden waren der enorme Zeitdruck sowie die Notwendigkeit, komplexe Governance- und Nachhaltigkeitsstrukturen unter hoher Belastung aufzubauen. In der Vergangenheit kritisierte die GPK, dass bei solchen Anlässen bauliche Mängel (zum Beispiel St. Jakobshalle) oder finanzielle Restrisiken unzureichend thematisiert wurden. Es galt, die Balance zwischen hohen Nettokosten und messbarem Nutzen zu finden, während gleichzeitig die Koordination zwischen Verwaltung und externen Partnern unter Stress stand.

Die Evaluationen zeigen eine positive Bilanz: Der ESC generierte schweizweit eine Bruttowertschöpfung von 115 Millionen Franken und 176'000 Logiernächte. Bei der UEFA Women's Euro lagen die Nettokosten mit 7.7 Millionen Franken deutlich unter Budget. Der «Konflikt» des Zeitdrucks wurde produktiv gewendet: Er führte zu einer ausserordentlichen Dynamik und gestärkten Netzwerken innerhalb der Verwaltung. Durch die Verankerung von Barrierefreiheit und Awareness-Strukturen wurden neue Qualitätsstandards für künftige Grossanlässe gesetzt. Damit wurde die Forderung nach belastbaren Datengrundlagen und Transparenz erfüllt.

Evaluation ergab positive Bilanz

Die GPK nimmt die Wertschöpfungszahlen positiv zur Kenntnis. Dass durch die Verankerung von Barrierefreiheit und Awareness-Strukturen neue Qualitätsstandards für künftige Grossanlässe gesetzt wurden, erfüllt die Forderungen nach Transparenz und Nutzenmessung.

Die GPK empfiehlt, das durch die Verdichtung entstandene «institutionelle Lernen» formal zu sichern, damit die gestärkten Netzwerke zwischen den Departementen auch für künftige Projekte als Effizienzgewinn genutzt werden können.

3.2.2 Generalsekretariat

Umzug in die ehemalige Hauptpost

Die verschiedenen Abteilungen des PD werden in der ehemaligen Hauptpost an der Rüdengasse 1 neue gemeinsame Büroräumlichkeiten beziehen. Dieser Umstand wurde in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, weshalb die GPK im Rahmen der Jahresberichterstattung dazu Nachfragen stellte.

Im Vorfeld wurden drei kantonseigene Liegenschaften sowie die Weiternutzung einer Fremdliegenschaft in Erwägung gezogen. Sowohl hinsichtlich der Mietkonditionen als auch des angestrebten räumlichen Zusammenzugs der Abteilungen zeigte sich gemäss PD die vorliegende Variante als die beste Gesamtlösung. Der vereinbarte Mietzins bewege sich im Rahmen der Vorgaben des kantonalen Raumbewirtschaftungsreglements. Dieses legt fest, dass die externen Mietkosten von angemieteten Büroflächen maximal 150 Prozent der internen Mietkosten gemäss dem internen Mietreglement des Kantons betragen dürfen. Die internen Mietkosten betragen für das Präsidialdepartement neu rund 815'000 Franken.

Andere Varianten wurden geprüft und verworfen

Der Mietzins für den neuen Standort fällt mit Mehrkosten von rund 35'000 Franken pro Jahr leicht höher aus als die Summe für die bisherigen vier Standorte. Demgegenüber sei durch den räumlichen Zusammenzug der fünf Fachabteilungen von verschiedenen, auch kostenrelevanten Synergieeffekten auszugehen. So sei etwa mit insgesamt tieferen Kosten für Reinigung, Miete von Gerätschaften wie Druckern oder auch Kücheninfrastruktur (Kaffeemaschinen, Geschirrspülung etc.) zu rechnen. Dieser Synergieeffekt lasse sich derzeit noch nicht beziffern.

Höhere Kosten minus noch nicht bezifferbare Synergieeffekte

Besonders im öffentlichen Blickpunkt stand die Nutzung des obersten Stockwerks und der Dachterrasse. Dabei gelte es festzuhalten, dass die Eigentümerin zwar eine öffentliche Nutzung – etwa mit einer Bar – in Erwägung zog. Sie verwarf diese Überlegungen aber, da sich dafür kein Betreiber finden liess. Der Departementsvorsteher hielt im Hearing fest, dass er unterschätzt habe, wie prägend die Visualisierungen eines Architekturbüros seien. Für das PD sei die exklusive interne Nutzung der gemieteten Dachterrasse keine Notwendigkeit, sie sei einfach Teil des Pakets. Der Regierungsrat erachte es nicht als

Öffentliche Nutzung der Dachterrasse nicht Kantonsaufgabe

Aufgabe des Kantons, die obersten Stockwerke von Liegenschaften in Privatbesitz mit Mitteln aus dem Staatshaushalt für die breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Raumnutzungsplanungen für das oberste Stockwerk seien noch nicht abgeschlossen.

Die GPK erwartet, dass der Regierungsrat nach einem vollen Betriebsjahr belegt, ob die Synergieeffekte die Mehrkosten tatsächlich decken. Zudem fordert sie die Vorlage des definitiven Betriebskonzepts für das 5. Obergeschoss.

3.2.3 Gleichstellung und Diversität

Mit der Verabschiedung des revidierten Gleichstellungsgesetzes und dem daraus resultierenden Gleichstellungsplan 2024–2027 hat sich der Regierungsrat verpflichtet, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie der sexuellen Orientierung aktiv entgegenzuwirken. Ziel ist eine kantonale Verwaltung, die Vielfalt nicht nur nach aussen fördert, sondern auch intern vorlebt.

Trotz des neuen gesetzlichen Rahmens identifizierte die GPK im Berichtsjahr mehrere Defizite: In der Einleitung im Jahresbericht 2025 fehlte bei den Diversitätsmerkmalen die sexuelle Orientierung, und die Transparenz bezüglich der Interessenbindungen der Gleichstellungskommission war aufgrund einer inaktiven Website ungenügend. Ein zentrales Problem blieb zudem das personelle Ungleichgewicht innerhalb der Abteilung: Mit 17 Frauen, nur einem Mann und einer nicht binären Person wies die Fachstelle ein *«markantes Ungleichgewicht»* auf, was die Glaubwürdigkeit der Gleichstellungsbemühungen infrage stellte. Der Regierungsrat räumte ein, dass Korrekturen aufgrund geringer Fluktuationen nur langsam möglich seien.

Korrektur des personellen Ungleichgewichts nur langsam möglich

Der Regierungsrat hat auf diese Kritikpunkte mit einer Transparenzoffensive reagiert. Die sexuelle Orientierung wurde als Handlungsfeld korrigiert, und der Beitritt zum Rainbow Cities Network im März 2026 unterstreicht die internationale Positionierung Basels. Nach Deaktivierung der Website der Kommission wurden neu die Informationen zur Kommission auf der Website des Kantons aufgenommen, dabei wurden auch alle Engagements der Mitglieder öffentlich einsehbar gemacht. Hervorzuheben ist die Reaktion auf das personelle Ungleichgewicht: Der Regierungsrat hat die für die Rekrutierungsprozesse zuständigen Personen sensibilisiert. Bei Neurekrutierungen werden nun bei gleichen Qualifikationen gezielt Bewerbungen zur Stärkung der Vielfalt bevorzugt. Damit wurde eine konkrete Massnahme eingeleitet, um das Geschlechterverhältnis schrittweise zu verbessern.

Transparenzoffensive

Die GPK nimmt die Transparenzoffensive zur Kenntnis. Dennoch ist das Personalverhältnis von 17 Frauen zu nur einem Mann und einer nicht binären Person nach wie vor ein Ungleichgewicht für eine Abteilung, die mit der Gleichstellung und Diversität beauftragt ist.

Die GPK erwartet, dass die Bemühungen für ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis in der Abteilung für Gleichstellung und Diversität durch das neu definierte Rekrutierungsprocedere vorangetrieben werden.

3.2.4 Staatskanzlei

Öffentlichkeitsprinzip

Das Öffentlichkeitsprinzip ist ein zentrales Element für die Transparenz und die demokratische Kontrolle des staatlichen Handelns. Die Staatskanzlei publiziert regelmässig die eingegangenen Gesuche um Informationszugang gemäss dem Informations- und Datenschutzgesetz (IDG). Ziel ist es, den Zugang zu amtlichen Informationen für Privatpersonen, Medien und juristische Personen niederschwellig zu gewährleisten.

Obwohl die Zahl der Gesuche publiziert wird, fehlte es bislang an einer Übersicht zur langfristigen Entwicklung sowie an einer detaillierten Analyse der Ablehnungsgründe. Die Zahl der Gesuche schwankte in den letzten fünf Jahren erheblich (von 30 bis 80). Die GPK bemängelte bereits im Vorjahr, dass die statistische Erfassung teilweise inkonsistent war und die Gründe für Ablehnungen im Bericht nicht transparent ausgewiesen wurden.

Die Staatskanzlei hat auf die Empfehlung der GPK reagiert und wird eine entsprechende Änderung der Informations- und Datenschutzverordnung (IDV) beim Regierungsrat beantragen. Künftig sollen die Ablehnungsgründe (zum Beispiel überwiegende private Interessen oder Geheimhaltungspflichten) stichwortartig im Jahresbericht aufgeführt werden. Zudem belegen die Zahlen 2025, dass die Mehrheit der Gesuche von Privatpersonen stammt, was die Bedeutung des IDG für die Zivilgesellschaft unterstreicht.

Die GPK begrüsst den Antrag zur Änderung der IDV.

Die GPK erwartet, dass im kommenden Jahresbericht die Ablehnungsgründe für die IDG-Gesuche systematisch ausgewiesen werden, um die Transparenz über den Informationszugang weiter zu stärken.

Übersicht zur langfristigen Entwicklung und Analyse der Ablehnungsgründe fehlt

E-Voting

Nachdem E-Voting bei den Gesamterneuerungswahlen 2024 aus technischen Gründen nicht angeboten werden konnte, verfolgte der Regierungsrat 2025 das Ziel, das System für künftige Urnengänge stabil bereitzustellen. Nach erfolgreichen Einsätzen lag ein weiterer Fokus auf der Barrierefreiheit sowie der Unterstützung der Auslandschweizerinnen und -schweizer.

Beim Urnengang vom 8. März 2026 kam es zu einer schwerwiegenden Panne: 2'048 elektronisch abgegebene Stimmen konnten nicht entschlüsselt werden, da die zur Öffnung der Urne benötigten USB-Sticks versagten. In der Folge wurde der Testbetrieb bis Ende 2026 sistiert und die Beratung des Finanzierungs-Ratschlags (2027–2036) ausgesetzt.

Der Regierungsrat hat entschieden, die Genauigkeit der Aufarbeitung über den Zeitdruck zu stellen. Eine externe Untersuchung sowie die strafrechtlichen Ermittlungen sollen klären, ob technisches oder menschliches Versagen vorlag. Die GPK wird über die Ergebnisse der Untersuchungen laufend informiert und wird nach Abschluss der juristischen Verfahren auf die Vorkommnisse zurückkommen.

GPK wartet externe Untersuchung und strafrechtliche Ermittlungen ab

Die GPK fordert, zeitnah über die Ergebnisse der externen Untersuchung sowie über die strafrechtlichen Erkenntnisse zum E-Voting informiert zu werden.

3.2.5 Aussenbeziehungen und Standortmarketing

Instrument zur Sicherung von Wohlstand, Innovation und Lebensqualität

Die GPK interessierte sich für die Zusammenarbeit im europäischen Kontext. Gemäss Departement seien die Kontakte zu anderen europäischen Staaten und Regionen ein zentrales Instrument zur Sicherung von Wohlstand, Innovation und Lebensqualität sowie ein wichtiger indirekter Beitrag zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Die europäische Vernetzung leiste einen Beitrag, um in der Region Grenzhindernisse abzubauen, Handelshemmnisse zu reduzieren und den Forschungs- und Innovationsstandort Basel zu stärken. Dazu gehöre die Beziehungspflege in Grenznähe zu den Partnern in Frankreich und Deutschland, die aktive Mitarbeit in institutionellen Gremien am Oberrhein an Initiativen und Dialogplattformen der Regio Basiliensis sowie die Mitgliedschaft oder indirekte Beteiligung des Kantons an europäischen Institutionen der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Vielfältige Zusammenarbeit mit europäischen Partnern

Der Departementsvorsteher bestätigt auf Nachfrage, dass die Zusammenarbeit mit Europa angesichts der globalen Herausforderungen wichtiger geworden sei. Er verweist dabei auf die Verfassungsbestimmung, die den Regierungsrat auffordere, sich für gute Beziehungen mit den Nachbarländern und der EU einzusetzen. Basel-Stadt mache dies intensiver als andere Kantone, was aufgrund der Lage und der wirtschaftlichen Situation richtig sei. Einen grossen Teil seiner Zeit nutze er für die Aussenbeziehungen. Die Herausforderung sei, wie die trinationale Zusammenarbeit gestärkt werden könne. Wenn dies scheitere, liege es nicht an Basel-Stadt, sondern an den politischen Kompetenzen und finanziellen Mitteln der Partner.

DV steckt viel Zeit in Aussenbeziehungen.

3.2.6 Kantons- und Stadtentwicklung

Sicherheit und Prävention im öffentlichen Raum

Die GPK interessierte sich für den Beitrag, welcher die Stadtentwicklung im Bereich Sicherheit und Prävention leistet. Das Departement nennt in diesem Zusammenhang das Präventionsprogramm #RHYLAX, das Dialog und Rücksichtnahme am Rheinufer fördert. Dies geschieht durch Informationskampagnen, digitale Angebote und Präsenz vor Ort; künftig wird auch das Thema sexualisierte Gewalt stärker einbezogen. Die Abteilung organisiert auch den Rangerdienst auf der Dreirosenanlage, der durch Präsenz, Konfliktvermittlung und soziale Unterstützung zur Deeskalation beiträgt. Zudem ist die Kantons- und Stadtentwicklung in verschiedene Gremien und Arbeitsgruppen eingebunden, etwa zum „Brennpunkt unteres Kleinbasel“, wo interdisziplinäre Massnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Insgesamt zeigt sich eine Kombination aus präventiven, sozialen und koordinierenden Ansätzen zur Verbesserung der Sicherheit.

Die GPK empfiehlt weiterhin, nichtpolizeiliche Aktivitäten im Bereich Sicherheit und Prävention zu prüfen und umzusetzen.
--

Neu geplante Wohnungen auf Transformationsarealen

Die GPK erfragte den Stand neu geplanter Wohnungen auf Transformationsarealen. In den kommenden Jahrzehnten sollen dort mehrere tausend neue Wohnungen entstehen. Der gesetzliche Rahmen schreibt vor, dass bei grösseren Arealen mindestens ein Drittel des Wohnraums gemeinnützig und zu

1'650 neue Wohnungen

Kostenmieten angeboten wird. Der Planungsstand variiert stark: Während einige Areale bereits rechtskräftige Bebauungspläne haben, befinden sich andere noch in politischen oder konzeptionellen Phasen. Konkrete Zahlen sind daher mit Unsicherheiten behaftet. Aktuell werden auf bereits festgelegten Arealen rund 1'650 Wohnungen erwartet, davon etwa 1'100 im gemeinnützigen Segment. Dies zeigt eine klare politische Priorität für preisgünstigen Wohnraum.

Die GPK empfiehlt, die Planung auf den Transformationsarealen voranzutreiben.

3.2.7 Statistisches Amt

Zentrale Querschnittsfunktion bei künstlicher Intelligenz

Die GPK informierte sich über die Rolle des Statistischen Amtes im KI-Bereich. Diese übernimmt eine zentrale Querschnittsfunktion für den gesamten Kanton. Mit dem Data Competence Center (DCC) koordiniert es die kantonale KI-Governance, entwickelt Strategien, Richtlinien und Weisungen und führt das kantonale KI-Register. Zudem begleitet es Gesetzgebungsprozesse, etwa zur Umsetzung internationaler KI-Regulierungen. Die Zusammenarbeit mit den Departementen erfolge eng und projektbezogen, wobei das Statistische Amt sowohl koordinierend als auch beratend wirke. Parallel dazu stelle IT BS die notwendige technische Infrastruktur bereit und gewährleiste eine sichere, datensouveräne Nutzung. Damit seien die Kompetenzen klar aufgeteilt: strategisch und inhaltlich beim Statistischen Amt, technisch bei IT BS.

*Strategisch beim
Statistischen Amt,
technisch bei IT BS*

Die Entwicklung kantonaler KI-Anwendungen erfolge durch das DCC in Zusammenarbeit mit IT BS und den fachlich zuständigen Dienststellen. Grundlage bilden vorhandene Datensätze sowie Open-Source-KI-Modelle, die auf der kantonalen Daten- und KI-Plattform betrieben und bei Bedarf angepasst werden. Ziel sei es, praxistaugliche Anwendungen für die gesamte Verwaltung bereitzustellen, etwa Tools zur Textverarbeitung oder Transkription. Darüber hinaus würden spezifische Projekte gemeinsam mit Departementen umgesetzt, beispielsweise ein Berichtsgenerator für die Polizei. Die Anwendungen seien so konzipiert, dass sie sicher, datenschutzkonform und breit nutzbar sind. Datenschutz und Datensicherheit hätten oberste Priorität, insbesondere bei sensiblen Personendaten. Die kantonale Plattform ermögliche eine sichere, datensouveräne Nutzung, während die Datenschutzbeauftragte frühzeitig in Projekte eingebunden wird.

*Hohe Priorität des
Datenschutzes*

Die GPK empfiehlt, dem Grossen Rat frühzeitig und zielgerichtet über den Stand der Arbeiten zur KI-Governance zu berichten, insbesondere zum Thema Datenschutz.

3.2.8 Abteilung Kultur

Kunstmuseum Basel

Das Kunstmuseum Basel hat den Auftrag, seine international bedeutende Sammlung auf höchstem Niveau zu bewahren und durch Ausstellungen weltweit auszustrahlen. Ziel ist es, die Spitzenposition im kompetitiven internationalen Umfeld zu halten.

Die öffentlichkeitswirksame Institution steht unter grossem finanziellem Druck. Während die Kosten für internationale Ausstellungen stetig steigen, gehen das

*Kunstmuseum unter
grossem finanziel-
lem Druck*

Sponsoring und das Mäzenatentum zurück. Zudem erschwert ein unmittelbarer Handlungsbedarf bei der museumsinternen Finanzsteuerung und den Controlling-Strukturen die Führung des Hauses. Die GPK bemängelte im Vorjahr, dass diese latent anspruchsvolle Situation im Bericht zu wenig Erwähnung fand

Zur Entlastung wurden zusätzliche Mittel für das Budgetjahr 2026 bewilligt und parallel dazu ein Steuerungsausschuss bis Ende 2026 eingesetzt, der die umfassende Reorganisation der administrativen und finanziellen Prozesse leiten soll. Damit werde sichergestellt, dass die visionäre Führung der neuen Direktion auf einer stabilen betriebswirtschaftlichen Basis steht.

Die GPK stellt fest, dass ein unmittelbarer Handlungsbedarf bei der museumsinternen Finanzsteuerung und den Controlling-Strukturen besteht. Sie begrüsst die Einsetzung eines Steuerungsausschusses, um die Führung der neuen Direktion auf eine stabile betriebswirtschaftliche Basis zu stellen.

Die GPK erwartet, dass der Regierungsrat bis Ende 2026 über die Wirksamkeit des eingesetzten Steuerungsausschusses bezüglich der Reorganisation des Kunstmuseums Basel und der neuen Finanzcontrolling-Prozesse berichtet.

3.3 Bau- und Verkehrsdepartement (BVD)

Verschiedene Projekte und Vorhaben im BVD kämpfen mit terminlichen Verzögerungen und Unsicherheiten. Die GPK hat sich im Rahmen der Hearings zum Jahresbericht über die aktuellen Zeitpläne informieren lassen und Nachfragen zu Hindernissen und Problemfeldern gestellt.

3.3.1 Generalsekretariat

Digitalisierung

Das BVD hat eine Roadmap erarbeitet, welche die Digitalisierung der Top 10 Behördengänge und der Top 10 internen Leistungen beinhaltet. Im September 2025 wurde das Umsetzungsprogramm Digitalisierungsroadmap BVD gestartet.

Mit Stand 31. Dezember 2025 (genauer: Stand April 2026) sind noch keine der geplanten Massnahmen vollständig umgesetzt. Ausserhalb der Digitalisierungsroadmap wurde das online Baubeglehen – bis auf die digitale Einsprache und die Entscheideröffnung – vollständig digitalisiert.

Per Ende 2025 waren noch keine Massnahmen vollständig umgesetzt

Die folgende Tabelle zeigt die pro zuständige Dienststelle die im Rahmen der Digitalisierungsroadmap BVD bearbeiteten Projekte mit Start- und Enddatum.

Unterstützungsprojekte	P-Nummer	Beginn	Fertigstellung	Dienststelle
Formular-Service	P038	Q1/2026	Q4/2026	GVA
Projekt Baubezogene Geschäfte (BG)				
Baueinsprache	P002	2027	2028	BGI
Bauinstallation auf Allmend	P003	2026	Q4/2026	TBA
Planeinsicht Entwässerung	P004	2025	Q4/2026	TBA
Kanalisationsbegehren	P028	2025	Q4/2026	TBA
E-Erweiterungen BBG+	P005	2026	2027	TBA
Projekt Gastgewerbe (GG)				
Gelegenheits- und Festwirtschaftsbewilligung	P006	2026	Q1/2027	BGI
Betriebsbewilligung Gaststätten	P027	2026	Q1/2027	BGI
Online-Schalter Gastgewerbe	P007	2025	Q1/2027	BGI
Projekt Grundbuchgeschäfte (GB)				
Beglaubigter Grundbuchauszug	P008	2026	Q1/2027	GVA
Grundbucheintrag	P010	2027	2028	GVA
Projekt Friedhofsgeschäfte (FG)				
Kremationsanmeldung	P014	2026	Q2/2027	STG
Todesfallmeldung	P015	2026	Q2/2027	STG
E-Erweiterung FIM-STG	P016	2026	Q2/2027	STG
Projekt Interne Dienstleistungen (ID)				
Finanzformulare v.a. in Zusammenhang mit dem Jahresabschluss	P017	2028	2028	GS
Spesenauszahlungsantrag	P018	2027	2028	GS
Mutation persönlicher Daten	P019	2027	Q2/2027	GS
Mobilieranfrage	P023	2026	Q2/2027	S&A
Stellenbeschreibungsantrag	P024	2028	2028	GS
Vergabeantrag	P025	2027	Q4/2027	GS
IT-/GIS-Arbeitsplatz-Mutation	P026	2028	2028	GVA
RFMone (Prozesse Raum- und Facilitymanagement)	P039	2026	Q4/2026	GS

Abb. 2: Digitalisierungsroadmap des BVD: Projekte mit Start- und Enddatum (vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltene Tabelle)

Die GPK stellt fest, dass das BVD eine Planung seiner Digitalisierungsvorhaben erstellt und dazu auch Zieltermine festgelegt hat.

Personalentwicklung

Die GPK fragte, wie sich im Berichtsjahr der Personaletat der festen und befristeten Stellen entwickelt habe.

Die im Berichtsjahr neu hinzugekommenen festen Stellen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Das BVD führte aus, die Stellen seien im ordentlichen Budgetprozess genehmigt worden und es seien im Berichtsjahr keine festen Stellen weggefallen.

Dienststelle	Begründung	Head Count
Generalsekretariat	Ressourcen für die Umsetzung des e-HR	0.8
Stadtgärtnerei	Ressourcen für das Bestattungsbüro / Krematorium	1.0
Städtebau & Architektur	Ressourcen für bauherrenseitiges Projektmanagement zur Abwicklung von Bauprojekten im Verwaltungsvermögen	2.0
Städtebau & Architektur	Ressourcen für den Gebäudeunterhalt im Verwaltungsvermögen	1.0
Tiefbauamt	Bekämpfung Tigermücken	1.0

Abb. 3: Neu hinzugekommene feste Stellen beim BVD (vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltene Tabelle)

Die im Berichtsjahr neu hinzugekommenen und weggefallenen befristeten Stellen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Die neuen Stellen seien im ordentlichen Budgetprozess genehmigt worden.

Dienststelle	Begründung	Head Count
Stadtgärtnerei	Ressourcen für das Bestattungsbüro / Krematorium befristet bis 2027	1.15
Städtebau & Architektur	Aktualisierung Online Publikation schützenswerter Bauten, ausgelaufen	-1.6
Städtebau & Architektur	Aktualisierung Online Publikation schützenswerter Bauten, neu befristet bis 2026	1.0

Abb. 4: Neu hinzugekommene und weggefallene befristete Stellen beim BVD (vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltene Tabelle)

Laut Stellenetat waren im 2025 1'059,3 Stellen bewilligt worden. Sechzehn dieser Stellen wurden nicht besetzt.

Die GPK stellt fest, dass sich der Personalbestand des BVD im Jahr 2025 um 5.8 feste Vollzeitstellen (Headcount) vergrössert hat.

Im 2025 wurden deutlich weniger Lehrstellen und Praktika besetzt als im Vorjahr und als prognostiziert. Waren es im 2024 noch 51 Stellen, sind im 2025 anstelle der prognostizierten 60 Stellen noch 44 Stellen besetzt worden. Die GPK erkundigte sich nach den Gründen und den konkreten Massnahmen, welche ergriffen wurden.

Weniger Lehrstellen und Praktika besetzt als im Vorjahr

Die Verantwortlichen erklärten, es handle sich um ein schweizweites Problem und sie seien daran, die WMS-Praktika und Lehrstellen so zu gestalten, dass sie für die Lernende interessant seien. Sie seien bemüht, dass sie gut aufgestellt seien. Auf konkrete Massnahmen angesprochen, konnten sie keine Auskunft erteilen.

Die GPK stellt fest, dass im Berichtsjahr die Anzahl von Praktika und Lehrstellen im BVD deutlich zurückgegangen ist.

Die GPK erwartet zeitnah konkrete Massnahmen zur Förderung von Jugendlichen im Bereich Praktika und Lehrstellen.

3.3.2 Stadtgärtnerei

Gesamtrevision der Gebührenverordnung im Bestattungswesen

Der Regierungsrat kündigte im 2024 eine Gesamtrevision der Gebührenverordnung im Bestattungswesen per Ende 2023 an. Anlässlich des Jahreshearings 2024 wurde in Aussicht gestellt, dass die revidierte Verordnung per Ende 2024 dem Regierungsrat vorgelegt wird. Die GPK erkundigte sich nach dem Stand dieser Gesamtrevision. Der Regierungsrat begründete die Verzögerung mit dem langfristigen Ausfall der Projektverantwortlichen und führte aus, die Unterlagen befänden sich im internen und departementsübergreifenden Prüfungsprozess. Mit der Inkraftsetzung der revidierten Gebührenverordnung wird per 1. September 2026 gerechnet.

Verzögerungen wegen Ausfall der Projektverantwortlichen

Die GPK nimmt den Stand der Gesamtrevision der Gebührenverordnung im Bestattungswesen zur Kenntnis.

3.3.3 Tiefbauamt

Verzögerungen bei Projekten

Bei mehreren Projekten im Tiefbauamt ergaben sich zuletzt Verzögerungen, da abgewiesene Einsprachen gegen Projekte mit Wirkungsveränderungen an der Oberfläche (wie Entsiegelungen, Begrünungen und die Aufhebung öffentlicher Parkflächen) per Rekurs weitergezogen wurden. Betroffen waren auch Grossprojekte wie die Erneuerung des Rümelinsplatzes, der Tramstrecke Bruderholz, Arbeiten in der Austrasse und der Clarastrasse. Das BVD hat auf die Zunahme solcher Verzögerungen im Januar 2026 öffentlich reagiert: So sollen Baugesuche durch das Tiefbauamt künftig früher eingereicht werden, um mehr Zeit für die Bearbeitung von Einsprachen und Rekursen zu haben. Die Verantwortlichen führten gegenüber der GPK aus, dass diese Massnahme weiterhin in Prüfung sei. Es gehe darum, die Planungssicherheit zu erhöhen innerhalb der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Verzögerungen der Projekte durch Rekurse

Die GPK stellt fest, dass sich die Verzögerungen von Projekten im Tiefbauamt durch Rekurse gehäuft haben und dass das BVD prüft, wie die angekündigten Massnahmen für mehr Planungssicherheit umgesetzt werden können.

Umsetzung des Behindertengesetzes (BehiG)

Das Behindertengesetz (BehiG) schreibt die autonome Benutzung des öffentlichen Verkehrs von Menschen mit Behinderung bis 2023 vor. Von der vom Grossen Rat bewilligten Ausgabenbewilligung über 30 Millionen Franken für entsprechende Massnahmen wurden bis Ende 2025 19,9 Millionen beansprucht. Die verbleibenden Mittel werden gemäss Regierungsrat bis Ende 2028 ausgeschöpft. Damit werden die Massnahmen für die Umsetzung der Vorgaben des BehiG aber nicht abgeschlossen sein. Insgesamt schätzt das BVD den Aufwand für die Umsetzung von Massnahmen in Sachen BehiG auf grob 50-60 Millionen. Die Umsetzung wird sich bis in die späten 2030er Jahre hinziehen. Der Regierungsrat werde mit einem entsprechenden Ratschlag für eine Erhöhung der Rahmenausgabenbewilligung zum Behindertengesetz im Jahr 2027 an den Grossen Rat gelangen.

Umsetzung des BehiG in Verzug

Die GPK stellt fest, dass es bei der Umsetzung des BehiG zu erheblichen Verzögerungen und zu Mehrkosten kommen wird.

3.3.4 Städtebau und Architektur

Submissionen im Bauwesen

In ihrem Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrates empfahl die GPK, dass bei zukünftigen Submissionen im Bauwesen im Rahmen der bestehenden Submissionsgesetzgebung Erfahrungen mit Firmen sowie Referenzprojekte als Vergabekriterium höher gewichtet werden. Die GPK bat um Auskunft, ob beim Hochbau ein solches System in Einführung begriffen oder bereits eingeführt worden ist. Zurzeit läuft der Austausch mit den Unternehmen, um eine möglichst hohe Akzeptanz für das System zu erlangen. Zeitliches Ziel ist die Einführung bis Ende Jahr (2026).

Das BVD antwortet, das Unternehmererfahrungswertsystem (UEWS) für das Bauhauptgewerbe sei in Anlehnung an das Modell des Tiefbauamts⁵ erstellt

Austausch mit Unternehmen zu UEWS

⁵ <https://www.bs.ch/bvd/tiefbauamt/baustellen/standards-fuer-auftragnehmer> (Zugriff: 20. Mai 2026).

worden. Aktuell erfolge ein Austausch mit Unternehmen, um deren Rückmeldungen vorgängig abzuholen und dadurch eine möglichst hohe Akzeptanz für das System zu erlangen. Anschliessend soll das UEWS zeitnah eingeführt werden. Es seien zurzeit keine weiteren Einführungen des Systems im BVD geplant.

Agglomerationsprogramm

Im Agglomerationsprogramm wird die Planung von Landschaft, Siedlung und Verkehr mit umliegenden Partnergemeinden zusammengefasst. Massnahmen im Bereich Verkehr werden auch vom Bund finanziell unterstützt. Allerdings drohen die definierten Fristen für die Bundesbeiträge wiederholt verpasst zu werden. Das BVD führte aus, dass man diesbezüglich im Austausch mit dem Bund stehe und verzögerte Projekte jeweils abmelden und neu einreichen könne. Abgemeldet werden musste die Fuss-/Velobrücke, die das Bachlettenquartier mit dem Gundeli verbinden soll (Zollibrücke) und deren Realisierung aufgrund der Abhängigkeit von den Planungen der SBB erst in einigen Jahren möglich sein wird. Auch das Tram Petersgraben wird vom Kanton beim Bund abgemeldet werden müssen, da sich der geplante Baubeginn auf nach 2029 verschoben hat. Beim Margarethenstich liegt seit kurzem ein Ratschlag des Regierungsrates beim Grossen Rat. Beim Margarethenstich beträgt die Verzögerung gemäss BVD circa zwei Jahre gegenüber dem im dritten TNE-Bericht genannten Inbetriebnahmezeitpunkt Ende 2027. Grund für die Verzögerung seien aufwändige Koordinationen mit anderen Projekten rund um den Bahnhof SBB, ein deutlich höherer Aufwand für die Ratschlagserarbeitung, umfangreiche Abklärungen zu finanziellen und rechtlichen Fragen im bikantonalen Kontext sowie zur Sicherheit, das Abwarten politischer Richtungsentscheide im Grossen Rat. Ob der geplante Baubeginn im Jahr 2028 eingehalten werden kann, sei abhängig vom weiteren politischen Prozess.

Fristen für Bundesbeiträge drohen, verpasst zu werden

Die GPK stellt fest, dass es bei der Umsetzung des Agglomerationsprogramms in mehreren Projekten zu Verzögerungen kommt, die dazu führen, dass die finanzielle Unterstützung des Bundes nicht wahrgenommen, die Projekte abgemeldet und eine Unterstützung neu beantragt und gesprochen werden muss.

3.3.5 Mobilität

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs

Im Legislaturplan 2025-2029 des Regierungsrates ist festgehalten, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) im Kanton als Schlüsselindikator nicht über dem Wert von 2019 ansteigen soll. Die Zahlen im Jahresbericht zeigen jedoch, dass die Tendenz in die falsche Richtung geht. Die Vorsteherin des BVD führte gegenüber der GPK aus, dass sich der Regierungsrat über weitere Massnahmen Gedanken machen müsse, wenn sich dieser Trend fortsetze.

Die GPK stellt fest, dass das Ziel der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ohne weitere Massnahmen gefährdet ist.

Quartierparkings

Der Regierungsrat erklärte gegenüber der GPK, dass er bei Arealentwicklungen darauf achten möchte, dass Quartierparkings entstehen. Diese seien zwar schon länger zulässig, es brauche aber Anreize, damit sie von Investoren auch gebaut würden. Gerade bei Quartieren mit einer Unterversorgung an Parkplätzen wie dem Kleinbasel, Gundeldingen und St. Johann sollen so wo

Anreize für Errichtung von Quartierparkings nötig

möglich zusätzliche Parkmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung geschaffen werden. Im Projekt Klybeck Plus werden Quartierparkings konkret geplant. Zusätzlich seien Ideen im Raum, das Wolf-Areal und Rosental-Mitte für Quartierparkings zu nutzen.

Die GPK erwartet, dass Arealentwicklungen so gestaltet werden, dass Quartierparkings realisiert werden können.

Tramnetzentwicklung 2030

Auch andere Projekte im Rahmen der Tramnetzentwicklung 2030 sind im Verzug. Dies hat sich gemäss BVD hauptsächlich auf Grund von sich ändernden gesetzlichen und politischen Vorgaben und inhaltlichen Abhängigkeiten verzögert.

Tramnetzentwicklung 2030 im Verzug

Die groben aktuellen Zeitpläne sehen wie folgt aus:

	Margarethenstich	Claragraben	Petersgraben	Klybeck
Vorprojekt		2026–2027	2026–2029	2026–2029
Politik	Bis Ende 2026	2028–2029	2029–2030	2029–2030
Bauprojekt	Bis Ende 2027	2029–2032	2030–2033	2030–2033
Ausführung	2028/2029	Ab 2032	Ab 2033	Ab 2033
Inbetriebnahme	2030			

Abb. 5: Zeitpläne für die Tramnetzentwicklung (basierend auf den vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltenen Informationen)

Die GPK stellt fest, dass sich die Tramnetzentwicklung 2030 verzögert und auch die Einhaltung der aktuellen Zeitpläne mit erheblichen politischen Unsicherheiten verbunden ist.

Die GPK hält zu den zahlreichen Verzögerungen im BVD fest, dass diese von komplexen inhaltlichen Fragen und rechtlichen sowie politischen Unsicherheiten mitverursacht werden.

Die GPK empfiehlt, mit realistischen Zeitplänen zu arbeiten und eine systematische Steuerung und Kontrolle von Projektentwicklungen und Terminen im BVD zu installieren, mit der auf inhaltliche Problemstellungen frühzeitig reagiert werden kann.

Die GPK empfiehlt, dass sich der Regierungsrat um schnellere Klärung von rechtlichen und politischen Fragen bemüht und sich dazu äussert, welche Projekte er priorisiert.

Teilrichtplan Velo

Der Teilrichtplan Velo musste gemäss BVD aufwändig überarbeitet werden. Er sei nun im zweiten Quartal 2026 in Vernehmlassung gegangen und könne «voraussichtlich vor Ablauf der Frist (Ende 2027) gemäss Bundesgesetz über Velowege» beschlossen werden.

Die GPK stellt fest, dass die gesetzliche Frist für die Inkraftsetzung des Teilrichtplans Velo Ende 2027 abläuft.

3.4 Erziehungsdepartement (ED)

3.4.1 Zentrale Dienste und Generalsekretariat

Schulraumplanung

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler lag auch 2025 höher als budgetiert. Das stellt das ED vor verschiedene Herausforderungen, darunter die Schulraumplanung. In der Folge führe dies zu einer Verdichtung in den einzelnen Schulen, beziehungsweise zu zusätzlichen temporären Schulbauten.

Die GPK stellt fest, dass eine erhöhte Zahl der Schülerinnen und Schüler im Bereich der Schulraumplanung zu temporären Kapazitätsproblemen führt.

Die Bildungskonzepte der integrativen Schule sind mit der räumlichen Infrastruktur wie Gruppenräumen, Lernräumen, Schulhöfen und Orten für Bewegung sowie Lerninseln verbunden. Die ungenügende Schulraumplanung und Verdichtung erschweren damit die Umsetzung der integrativen Schule.

Die GPK empfiehlt eine umfassendere und vorausschauende Schulraumplanung mit Blick auf Bevölkerungswachstum und Anforderungen an neue Lern- und Lehrkonzepte.

Die GPK hatte im letztjährigen Bericht bereits gerügt, dass beim Bau von Schulhäusern zu wenig auf die Sicherheit der Schulwege geachtet werde. Sie ist der Ansicht, dass beim Bau von Schulhäusern immer auch die Zuwege gesichert werden müssen. Das ED konnte hier keine abschliessend befriedigende Antwort geben.

Die GPK empfiehlt, die Schulwege bei der Planung von Schulhäusern systematisch einzubeziehen und die zum Schutz der Schulkinder erforderlichen Sicherheitsmassnahmen vorzusehen.

Keine befriedigende Antwort zur Schulwegesicherheit

Zuverlässigkeit der Schülerinnenprognosen und Effizienzreserven

Die GPK interessierte sich in diesem Zusammenhang für die Verlässlichkeit der Schülerprognose und Effizienzreserven bei Klassengrösse und Betreuungsverhältnis. Dazu hält das ED fest, dass es diesbezüglich mit dem Statistischen Amt Basel-Stadt im Austausch ist. Herausfordernd bleiben Unsicherheitsfaktoren wie die Tagesadresse, da diese für die Primarschulzuteilung relevant ist, Neuzuzüge sowie Migration durch Flucht und Asyl.

Das ED hält zudem fest, dass die durchschnittliche Klassengrösse im Kanton aktuell im schweizerischen Durchschnitt oder sogar darüber liegt. Auf Sekundarstufe II werden die Klassen bis zum gesetzlichen Maximum von 25 Schülerinnen und Schülern gefüllt. Verkleinerungen durch Abgänge in den höheren Klassen werden durch Zusammenlegungen mit Blick auf Fächerkombinationen der Schülerinnen und Schüler kompensiert. Auf Primarstufe wird die soziale Belastung in bestimmten Einzugsgebieten der Schulen berücksichtigt. An Schulen mit höheren sozioökonomischen Belastungen werden kleinere, an weniger belasteten Schulen grössere Klassen gebildet. Eine generelle Erhöhung der Klassengrössen lehnt das ED aufgrund der heterogenen Klassenzusammensetzung ab.

Keine Effizienzreserven bei Klassengrösse oder Betreuungsverhältnis

Hitzeschutzmassnahmen

Die zunehmende Zahl an Hitzetagen belastet das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen in den Klassenzimmern massiv. Die GPK setzte daher im Berichtsjahr einen Schwerpunkt beim Gesundheitsschutz und der Prävention.

Die GPK interessierte sich deshalb für die vom ED ergriffenen Massnahmen, um die Hitze in den Klassenzimmern im Sommer zu reduzieren. Das ED verwies im Wesentlichen darauf, dass es als Mieter der Schulhäuser nicht in der Rolle sehe, bauliche Forderungen gegenüber Immobilien Basel-Stadt (IBS) zu stellen. Immerhin sei eine Projektgruppe mit dem BVD gegründet worden, die zum Ziel habe, Hitzeschutzmassnahmen für die verschiedenen Standorte zu entwickeln.

Hitzeschutzmassnahmen dringend notwendig

Die GPK kritisiert diese Haltung: Das ED ist als Exekutivorgan für das Wohl der Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen verantwortlich. Die bisherige Praxis, die Verantwortung für das Raumklima an Schulleitungen und Lehrpersonen zu delegieren (zum Beispiel durch private Tipps oder eigenständiges Frühlüften), ist angesichts deren hoher Gesamtbelastung unzumutbar (beziehungsweise unzulässig).

Zwar wurde eine Projektgruppe mit dem BVD gegründet, doch für echte bauliche Anpassungen (Kühlung, sanfte Klimatisierung) bedarf es einer engen interdepartementalen Koordination. Nach Ansicht der GPK ist hierfür der politische Wille des Gesamtregierungsrates erforderlich, um den Hitzeschutz an den Schulstandorten prioritär voranzutreiben.

Bislang fehlen wirksame Massnahmen seitens des ED. Dieses muss als Besteller gegenüber IBS und BVD fordernder auftreten. Es ist nicht Sache der Lehrpersonen, die klimatischen Verhältnisse der Schulzimmer erträglich zu gestalten.

Die GPK empfiehlt, wirksame Hitzeschutzmassnahmen für die Schulhäuser zu erarbeiten und umzusetzen, ohne dass dies zu einer Mehrbelastung der Schulleitung und des Lehrkörpers führt.

Die GPK fordert, dass baulichen Anpassungsmassnahmen an die Klimaerwärmung (Kühlung, sanfte Klimatisierung) höchste Priorität einzuräumen ist. Die interdepartementale Zusammenarbeit zwischen ED, BVD und FD (IBS) ist sicherzustellen.

Schulschwimmballen

Die GPK interessierte sich dafür, wie der Schwimmunterricht an den unteren Schulstufen gewährleistet ist. Das ED führte aus, dass im Prinzip genügend Schwimmballen für Schwimmunterricht zur Verfügung stünden, dass aber teilweise die Wege dahin zu lange seien, so dass andere Schulstunden ausfallen oder in ihrer Dauer reduziert durchgeführt werden müssen. Es werde deshalb geprüft, wo ein zusätzliches Schulschwimmbad gebaut werden kann. Die unbefriedigende Situation betrifft vor allem Grossbasel West.

Genügend Schwimmballen, aber am falschen Ort

Die GPK empfiehlt zu prüfen, wie die benötigten Kapazitäten für Schulschwimmballen im Bereich von Grossbasel-West zeitnah geschaffen werden können.

3.4.2 Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildende Schulen

Die GPK setzte in diesem Jahr das Schwerpunktthema Gesundheitsschutz und Prävention. Dieses Thema zieht sich über alle Schulstufen.

Personalunterbestand und Gesundheit Lehrpersonen

Die Zahlen des Jahresberichts weisen erneut eine hohe Zahl an Krankheitstagen der Lehrpersonen auf, was die GPK mit Besorgnis zur Kenntnis genommen hat.

Krankheitstage bei Lehrpersonen besorgniserregend

		Entwicklung krankheitsbedingte Absenzen 2018–2024			
Von	bis	Volksschulen	Mittelschulen	Berufsbildende Schulen	
2018	2020	2%	23%	-13%	
2021	2022	48%	62%	73%	Corona-Jahre
2022	2024	2%	-35%	-11%	

Abb. 6: Entwicklung krankheitsbedingte Absenzen 2018–2024 (vom ED im Rahmen des Jahreshearings vom 30. April 2026 erhaltene Tabelle)

Auch dem ED sei dies bewusst und es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich dem Thema annimmt. Daneben sei man in Abklärungen mit dem Gesundheitsdepartement und dem Pädagogischen Zentrum Basel-Stadt, um das Präventionsprogramm auszuweiten. Das ED kennt die Ursachen für den hohen Krankheitsstand nicht abschliessend, wie die GPK auf ihre Frage hin erfuhr.

Immerhin führen Krankheitstage stets zur Notwendigkeit von Stellvertretungen, und auch hier hat die GPK mit Verweis auf die Motion Strahm nach dem Stand gefragt.

Das ED argumentierte mehrfach mit Kosten und dem Anliegen, Kosten zu senken. Bei kurzzeitigen krankheitsbedingten Ausfällen soll der Nachmittagsunterricht in der Sek I ausfallen können. Für die Primarstufe soll dies gemäss ED ebenfalls geprüft werden.

GPK legt Fokus auf Gesundheitsschutz

Die Unterrichtszeit würde dabei an der Primarschule nicht entfallen, sondern im Rahmen einer Betreuungslösung sichergestellt. Gleichzeitig könnten Klassen temporär zusammengelegt werden, bis eine Stellvertretungslösung gefunden ist.

Kostensenkung kann nach Ansicht der GPK gerade im Bereich der Schule und Jugendarbeit nicht ausschlaggebend sein. Es ist essenziell zu verhindern, dass Lehrpersonen erkranken, und sind sie erkrankt, ihnen die notwendigen Voraussetzungen für eine rasche Genesung zu geben. Dazu gehört, die Ursachen präzise zu eruieren und den Lehrpersonen auf den Gebieten, die nicht zu ihrer Kernkompetenz gehören, die notwendige Entlastung anzubieten.

Die GPK empfiehlt, mit Unterstützung der Sozialpartner und mittels einer anonymisierten Befragung der Lehrpersonen zu eruieren, wo die besonderen Belastungen für die Lehrpersonen liegen und wie sie entschärft werden können.

Stellvertretungslösungen

Die teilweise existierende Praxis, dass erkrankte Lehrpersonen selbst nach einer Stellvertretung suchen mussten, war gemäss ED so nie vorgesehen. Es existiere lediglich die Regelung, innerhalb des pädagogischen Teams nach einer Stellvertretung zu fragen. Sei dies nicht möglich, ist die Stellvertretungssuche nicht mehr Aufgabe der erkrankten Person. Dazu wurde ein Massnahmenpaket erarbeitet, das den Schulleitungen die Organisierung von Stellvertretungen ermöglichen soll.

Auf Stufe Kindergarten werden Stellvertretungen nach wie vor zentral organisiert. Mit dem Zuwachs an Schulen sei dies gemäss ED in den Primarschulen nicht möglich und die Stellvertretungen müssen über die Schulleitungen organisiert werden. Das ED räumt auf Nachfrage der GPK ein, dass die Schulen den Auftrag hatten, Konzepte vorzulegen, aber bei deren Prüfung habe man festgestellt, dass nicht alle Schulen entsprechend organisiert gewesen seien, weswegen das Controlling nun erhöht werde. Darüber hinaus sollen den Schulen andere Möglichkeiten zur Stellvertretungssuche und Springer-Anstellungen ermöglicht werden.

Die GPK stellt fest, dass die Stellvertretungsfindung durch die erkrankte Lehrperson nicht im Einklang mit dem Arbeitsgesetz und den Vorgaben des ED stand.

Stellvertretungslösungen ungenügend umgesetzt

Aufgaben neben dem Unterricht

Die GPK empfahl 2024 den Zeitaufwand der Lehrpersonen für Aufgaben neben dem Unterricht zu überprüfen und den hierfür vorgesehenen Prozentsatz anzupassen. Auf Rückfrage der GPK zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen, verweist das ED darauf, dass sich der aktuelle Prozentsatz an anderen Kantonen orientiere und schliesst eine Anpassung der vorgegebenen Prozentsätze aus. Das ED erklärt, dass Lehrpersonen mit den Schulleitungen besprechen würden, wie sie den Berufsauftrag in den definierten Arbeitsfeldern erfüllen und ihre Zeit einsetzen. So solle sichergestellt werden, dass administrative Prozesse und Mitarbeit in Gremien optimiert werden können.

Darüber hinaus erhalten Klassenlehrpersonen, Klassenleitungsteams und pädagogische Teams eine Klassenleitungsentlastung. Die Entlastung gilt für alle Schulstufen und staffelt sich wie folgt: Kindergarten 2 Jahreslektionen; Primarschule inkl. Spezialangeboten 1,75; Sekundarschule A-Zug 1,5 Jahreslektionen; Sekundarschule E- und P-Zug 1 Jahreslektion. Die Entlastung entspricht rund 6 Stellenprozenten.

Die GPK stellt fest, dass Aufgabenbereiche von Lehrpersonen umfassender werden. Vor- und Nachbereitungszeit des Unterrichts, Absprachen mit Eltern, schulpsychologischem Dienst und Schulsozialarbeit, Mitarbeit an Standortkonzepten und Fachkonferenzen sowie Weiterbildungen erfordern zusätzliche Ressourcen.

ED schliesst Anpassung des Prozentsatzes aus

Die GPK empfiehlt, mit Unterstützung der Sozialpartner und einer anonymisierten Befragung der Lehrpersonen zu eruieren, ob eine Anpassung der vorgesehenen Prozentsätze nötig ist.

Budgetüberschreitungen

Die GPK erkundigte sich zur Überschreitung des Personalplafonds um 65,6 Vollzeitstellen. Diese resultiert gemäss ED aus den steigenden Zahlen der Schülerinnen und Schüler. Diese Budgetüberschreitung begründete das ED mit dem gesetzlichen Bildungsauftrag und der Betreuungssicherheit.

Das ED erklärte, dass der Rekrutierungsprozess und das Onboarding verschiedene Akteure des ED vor organisatorische Herausforderungen stelle, darunter fielen auch Anpassungen der IT-Infrastruktur.

Das ED hielt zudem fest, dass es sich nicht um einmalige Schwankungen handle, sondern um einen strukturell bedingten Mehrbedarf aufgrund der demografischen Entwicklung. Im nächsten Budgetprozess sei eine Anpassung des Personalplafonds vorgesehen, um die personellen Ressourcen mit der tatsächlichen Zahl der Schülerinnen und Schüler und dem gewünschten Betreuungsverhältnis in Einklang zu bringen.

Keine Schwankungen, sondern strukturell bedingter Mehrbedarf

Die GPK stellt fest, dass das ED die Budgetüberschreitungen weitgehend nachvollziehbar erklären konnte und Massnahmen zur Erhöhung der Planungssicherheit sowie Budgetdisziplin ergreift.

3.4.3 Volksschulen

Frühe Deutschförderung und Einbindung der Eltern

Der GPK fiel auf, dass es im Bereich der Deutschförderung zu einer Budgetüberschreitung kam. Auf Nachfrage teilte das ED mit, dass es sich hier um eine Verschiebung von Spielgruppen in die Tagesbetreuung handle. Zudem sei das Angebot der frühen Deutschförderung von zwei auf drei Halbtage in Spielgruppen ausgebaut worden. Das ED liess die Wirksamkeit der obligatorischen frühen Deutschförderung in einer Studie der Universität Basel evaluieren. Diese Studie bestätigte, dass sich bei den verpflichteten Kindern deutlich verbesserte Deutschkenntnisse nachweisen liessen.

Budgetüberschreitung bei Deutschförderung

Entscheidend für die schulischen Erfolgschancen nicht deutschsprachiger Kinder sei auch, dass Eltern in der Lage sind, ihre Kinder in schulischen Belangen zu unterstützen. Dies erfordert neben Deutschkenntnissen auch ein Verständnis für unser Schulsystem und die mit ihm verbundenen Anforderungen an Eltern und Kinder. Aus diesem Grund besteht seit längerem ein Angebot, das es Eltern ermöglichen soll, in einem schulischen Rahmen Deutsch zu lernen und einiges über das Schulsystem zu erfahren, dies möglichst dort, wo ihre Kinder die Schule besuchen (werden).

Angebot für Eltern nicht deutschsprachiger Kinder

Dieses Angebot wurde lange Zeit «ich lerne Deutsch fürs Kind» genannt und durch das ED selbst angeboten. Nun heisst das Angebot «Deutsch für Mütter und Väter von Schulkindern» und wird im Auftrag des ED durch K5 angeboten. Dabei kam es zu einigen Veränderungen. Unter anderem gibt es neu niveau-durchmischte Kurse von A1-B1 statt sprachkompetenz-aufbauende Kurse (Kurse A1-C1). Begründet wurde dieser Wechsel damit, dass das ED nicht durch aufbauende Kurse andere subventionierte Angebote von Sprachkurs-Anbietern konkurrenzieren will.

Das ED teilte mit, dass im Kalenderjahr 2025 27 Kurse mit 196 Teilnehmenden durchgeführt wurden, davon 14 mit Kinderbetreuung von 37 Kindern. Das Angebot werde aktuell an 17 Primarschulen respektive an 12 Kurs- respektive Schulstandorten angeboten. Die Kurse finden ein Mal pro Woche statt und dauern zwei Stunden. Im Umkehrschluss heisst dies: an mindestens acht städtischen Schulstandorten scheint das Angebot nicht zu bestehen.

Aus Sicht der GPK ist für die Schulqualität im Kanton Basel-Stadt von grösster Bedeutung, dass auch möglichst viele fremdsprachige Eltern in der Lage sind, ihre Kinder in schulischen Belangen zu unterstützen.

Fremdsprachige Eltern sollen Kinder in schulischen Belangen unterstützen können

Die GPK fordert, dass das Angebot «Deutsch für Mütter und Väter» flächendeckend an allen Schulstandorten angeboten und beworben wird.

Weiterbildungen Lehrpersonen

Sowohl die GPK als auch das ED sehen in Weiterbildungen gute Möglichkeiten die Vermittlungskompetenz der Lehrpersonen zu steigern und den Gesundheitsschutz zu verbessern. Das ED bemühe sich durch Newsletter, das Basler Schulblatt und in fachspezifischen Teams Weiterbildungsangebote des Pädagogischen Zentrums Basel-Stadt zu bewerben. Der Besuch von Weiterbildungen sei verpflichtend und gemäss ED Bestandteil der Jahresarbeitszeit.

Die GPK begrüsst die Bestrebungen des ED, die Attraktivität der Weiterbildungsangebote zu steigern. Die GPK sieht einen erfolgsbringenden Faktor bei den zeitlichen Ressourcen der Lehrpersonen. Die GPK kann jedoch nicht abschliessend beantworten, ob die Zeit für Weiterbildungen im Rahmen der Jahresarbeitszeit abgedeckt werden kann.

Unklar bleibt, was Lehrpersonen von der freiwilligen Teilnahme an Weiterbildungen abhält, welche Weiterbildungen in Anspruch genommen werden und wie dienstaltersbezogen Weiterbildungen genutzt werden. Auch gilt es zu klären, ob die Zeitguthaben den politisch gewünschten Weiterbildungsbedarf abdecken.

Bemühungen die Attraktivität der Weiterbildungen zu steigern

Die GPK empfiehlt eine Evaluation zur Nutzung der Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen mit dem Ziel, die Teilnahme an Weiterbildungen zu erhöhen.

Psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler

Die GPK forderte im Jahresbericht 2024 die Intensivierung von Präventionsmassnahmen zum Schutz der psychischen Gesundheit insbesondere von jungen Frauen und Mädchen im Zusammenhang mit den Sozialen Medien sowie den Ausbau der Schulsozialarbeit und des schulpsychologischen Diensts. Das ED hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich über alle Schulstufen hinweg mit dem Thema psychische Gesundheit befasst. Es werden stufengerechte Präventionsprogramme in der Primarschule und Sekundarstufe I angeboten, um Kinder und Jugendliche über grenzüberschreitendes Verhalten im realen und digitalen Leben zu sensibilisieren. Ein Projekt für den Kindergarten und ein weiteres für die Sek II sind in Planung.

Nach wie vor keine präventiven Massnahmen speziell für Mädchen

Eine Analyse, weshalb gerade Mädchen und junge Frauen unter psychischen Problemen leiden und was spezifisch für diese Gruppe unternommen wird, liegt der GPK nicht vor. Stattdessen verwies das ED auf oben genannte allgemeine präventive Massnahmen in Bezug auf die psychische Gesundheit und den Schutz der persönlichen Integrität. Warum die Zahlen bei den Mädchen derart erhöht sind, wird gemäss ED nicht untersucht und entsprechend seien auch keine gezielten präventiven Massnahmen für diese Gruppe vorgesehen, was die GPK kritisch zur Kenntnis nimmt. Könnte die psychische Gesundheit von Mädchen mittels präventiver Massnahmen gestärkt werden, wäre dies nicht nur für die Betroffenen und ihre Entwicklung positiv, vielmehr würde auch die starke Belastung der vorhandenen Therapieplätze reduziert.

Die GPK empfiehlt, dass ED und GD departementsübergreifend die genauen Ursachen der erhöhten Zahlen psychischer Erkrankungen bei Mädchen eruieren und gezielte präventive Massnahmen für Mädchen erarbeiten.

Daneben wurden die Stellenprozente der Schulsozialarbeit zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit um 300 Prozent erhöht. Das ED bestätigte eine erhöhte Belastung der Mitarbeitenden im Schulpsychologischen Dienst (+13,8 Prozent) und in der Schulsozialarbeit (+20 Prozent) und dass es durch Nachfragespitzen im Verlauf des Schuljahres zu kleineren Verzögerungen kommen könne. Die zusätzlichen Mittel würden jedoch eine Bewältigung der erhöhten Nachfrage ermöglichen.

Erhöhung der Stellenprozente der Schulsozialarbeit

Der Schulpsychologische Dienst und die Schulsozialarbeit wurden personell aufgestockt.

Die GPK interessierte sich darüber hinaus für die Wartezeiten für Therapien bei psychologischen Fachpersonen. Das ED teilte mit, dass sich die Wartezeiten bei selbstständig erwerbenden Psychotherapeutinnen und -therapeuten zwar verkürzt hätten, aber für Kinder mit bestimmten Themen eine ungenügende Anzahl an Plätzen zur Verfügung stünden.

Kinder und Jugendliche mit hohem Therapiebedarf finden nicht genügend psychotherapeutische Betreuung

Gemäss ED sind dies vor allem:

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und mangelnden Deutschkenntnissen (da niedergelassene Psychotherapeutinnen und -therapeuten nicht mit Dolmetschenden arbeiten),
- Kinder und Jugendliche mit komplexeren psychischen Erkrankungen (zum Beispiel Suizidalität/selbstverletzendes Verhalten, psychische Erkrankungen kombiniert mit geistigen Behinderungen, Traumafolgestörungen, Autismus-Spektrum-Störung),
- Kinder und Jugendliche aus Familien mit multiplen Belastungsfaktoren im Umfeld (zum Beispiel Armut, psychische Erkrankungen der Eltern, Gefährdungslagen innerhalb der Familie).

Die GPK empfiehlt, diese Lücke unverzüglich mit dem Gesundheitsdepartement zu besprechen und Massnahmen zur Schliessung der Angebotslücke zu ergreifen.

3.4.4 Mittelschulen

Schulpsychologischer Dienst und Schulsozialarbeit

Die GPK interessierte sich für die Nutzung von Schulpsychologischem Dienst und Schulsozialarbeit in den Mittelschulen sowie den Berufsbildenden Schulen. Das ED bestätigte eine hohe Anmeldezahl beim Schulpsychologischen Dienst im nachobligatorischen Bereich mit einer Zunahme von sieben Prozent (259 Anmeldungen). Rund 40 Prozent der Anmeldungen entfallen auf die Gymnasien und die Fachmaturitätsschule.

Hohe Anmeldezahlen

Die Schulsozialarbeit im Bereich Mittelschulen und Berufsbildende Schulen findet aktuell ausschliesslich als Pilotprojekt an der Fachmaturitätsschule statt. Dieses startete mit dem Schuljahr 2025/26. Auch dieses Angebot wird von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen gemäss ED rege genutzt.

3.4.5 Berufsbildende Schulen

Schulpsychologischer Dienst an den Mittelschulen

Der Schulpsychologische Dienst an den Mittelschulen ist flächendeckend an allen Berufsschulen im Kanton integriert. Von den oben erwähnten 259 Anmeldungen im nachobligatorischen Bereich stammen 85 Anmeldungen von den Berufsschulen. Das ist ein Zuwachs von neun Prozent.

Darüber hinaus bestehen an der Allgemeinen Gewerbeschule Basel (AGS), der Berufsfachschule Basel (BFS) und der Schule für Gestaltung (SFG) professionelle Angebote, die Lernenden Beratung, Coaching und Unterstützung bei schulischen, beruflichen und privaten Problemen geben. An der AGS/SFG wurden 2025 mehr als 200 Dossiers geführt (ohne einmalige Erstkontakte). Auch das Angebot der BfS wurde von 140 Lernenden genutzt.

Angebote für Beratung, Coaching und Unterstützung

Zudem reagiert die Lernberatung der BFS auf die gestiegene Nachfrage der Lernenden nach komplexen rechtlichen Fragen mit Weiterbildung einer Fachperson.

Die GPK stellt fest, dass es eine grosse Nachfrage für Unterstützungsangebote an den Berufsschulen gibt.

3.4.6 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung

Auflösungsquote von Lehrverträgen

Die Auflösungsquote von Lehrverträgen liegt konstant zwischen 10 und 13 Prozent pro Jahr. Das ED erklärte auf Nachfrage, dass sich ein grosser Teil der Auflösungen auf einen Stufenwechsel von EFZ zu EBA bewege und in der Praxis nahtlos verlaufe. Daneben nannte das ED weitere Gründe wie falsche Berufs- oder Betriebswahl, mangelnde Leistung, gesundheitliche Gründe und Konflikte zwischen den Vertragsparteien.

Auflösungsquote bei Lehrverträgen zwischen 10 und 13%

Als Massnahme zur Senkung der Abbruchquote prüfe das ED die Einführung eines Betriebscoachings. Zudem würden Lernende und Betriebe laufend sensibilisiert, die zuständige Fachstelle Lehraufsicht frühzeitig bei gefährdeten Lehrverhältnissen einzubeziehen.

Die GPK interessierte sich darüber hinaus für die psychosoziale Gesundheit Lernender im Betrieb und fragte nach Kriterien für die Erteilung von Ausbildungsbewilligungen und Monitoring. Hier verwies das ED auf das Berufsbildungsgesetz, Bildungsverordnungen, die berufsspezifischen Bildungspläne sowie die Rolle der Ausbilderinnen und Ausbilder. Ausbildungsbewilligungen würden nach Prüfung durch die Berufsinspektorinnen und -inspektoren in Begleitung fachkundiger Personen erteilt. Neben der Prüfung der betrieblichen Voraussetzungen wie Arbeitsplätzen, Werkzeugen und Prozessen, werde auch die Motivation des Betriebs an der Ausbildung erfragt. In der Regel muss ein Ausbildungsbetrieb mindestens seit zwei Jahren bestehen. Betriebe werden bei Wechsel der Geschäftsleitung, bei mehrfachen Hinweisen, Reklamationen und Auffälligkeiten einer Nachprüfung unterzogen.

Die GPK empfiehlt, nicht nur bei mehrmaligen, sondern auch bei schwerwiegenden einmaligen Meldungen eine Nachprüfung der Ausbildungsbetriebe vorzunehmen.

Erhöhung der Sek II Abschlussquote

Die GPK stellt fest, dass sich die Abschlussquote um 2,1 Prozent erhöhte. Sie liegt aber mit 87,5 Prozent unter den angestrebten 95 Prozent. Neben der Laufbahnoptimierung «LiB» prüfe das ED ein Bildungsobligatorium bis zum 18. Lebensjahr nach dem Genfer Modell. Zudem wurde eine Studie zum Thema Ausbildungsorientierung in Auftrag gegeben, um Massnahmen zur Verbesserung der Passungsprozesse von der Sek I in die Ausbildungsstrukturen der Sek II abzuleiten, Anschlüsse zu sichern und die Abschlussquote auf Sek II zu erhöhen. Der Massnahmenplan «Masterplan Berufsbildung» wurde im Sommer 2025 lanciert. Er umfasst neben gezielten Betriebscoachings und kommunikativen Massnahmen zur Förderung des Images der Berufslehre auch eine vertiefte Analyse der Lehrstellenstruktur im Kanton Basel-Stadt.

Abschlussquote wurde 2025 um 2,1% erhöht

3.4.7 Hochschulen

Sparmassnahmen des Bundes

Die GPK interessierte sich mit Blick auf die Sparmassnahmen des Bundes für die Sicherung der Finanzierung der Hochschulen. Auf Nachfrage teilte das ED mit, dass keine über den Leistungsvertrag hinausgehenden Massnahmen geplant seien. Eine Erhöhung der Studiengebühren könne aus Sicht des ED nur national koordiniert angegangen werden.

Keine über den Leistungsvertrag hinausgehenden Massnahmen geplant

Die GPK stellt fest, dass ausserhalb der Leistungsvereinbarung keine kompensatorischen Massnahmen zur Finanzierung der Hochschulen geplant sind.

Die GPK stellt fest, dass der Kanton Basel-Stadt von sich aus keine Erhöhung der Studiengebühren anstrebt.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die GPK interessierte sich für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das ED erklärt dazu, dass dies Auftrag der Leistungsvereinbarung und die Universität dazu angehalten sei, einen Teil der 14,9 Mio. Franken in eine Reform der Arbeits- und Anstellungsbedingungen von Doktorierenden und Postdoktorierenden zu investieren. Diese Massnahmen wurden im November 2023 von der Hochschulrektorenkonferenz verabschiedet und unterstreichen die Verantwortung der Hochschulen für eine zeitgemässe Personal- und Anstellungspolitik, eine konstruktive Arbeitskultur sowie frühzeitige Karriereplanung der Nachwuchsforschenden.

Reform der Arbeits- und Anstellungsbedingungen von Doktorierenden und Postdoktorierenden

Schutz der persönlichen Integrität

Die Universität Basel verfüge über ein Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität und verschiedene Anlaufstellen für Universitätsangehörige, um niederschwellige oder vertrauliche Fragen zur Prävention sowie zum Umgang mit Grenzverletzungen und Konflikten zu ermöglichen. Die Fachstelle persönliche Integrität richtet sich dabei an Betroffene, Beobachtende und Führungspersonen. Betroffene können über diese Fachstelle eine Anzeige einreichen, die vom Rechtsdienst der Universität geprüft wird. Daneben werden diese Angebote von regelmässigen Schulungen und Kampagnen zum Thema «sexualisierte Gewalt» begleitet.

Uni: Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität und Anlaufstellen

Auch die FHNW verfüge über Richtlinien zu persönlicher Integrität. Sie lege gemäss ED einen grossen Wert auf die Schulung von Vorgesetzten und Studiengangsverantwortlichen in der Anwendung der Richtlinie. Darüber hinaus

FHNW: Richtlinien und Schulung von Vorgesetzten

verfüge die FHNW über ein Netz von Vertrauenspersonen, an die sich Studierende und Mitarbeitende wenden können. Die FHNW gehe Meldungen diesbezüglich systematisch nach und treffe bei festgestellten Verletzungen die notwendigen Massnahmen.

Die GPK stellt fest, dass die Hochschulen die Mindestanforderungen zum Schutz der persönlichen Integrität der Mitarbeitenden und Studierenden erfüllen und Anlaufstellen für Betroffene unterhalten.

3.4.8 Jugend, Familie und Sport

Optimierungen im Kinder- und Jugenddienst

Die GPK interessierte sich für die Optimierungen im Kinder- und Jugenddienst und die damit verbundene Erhöhung der Ressourcen. Das ED führte dazu aus, dass die Konferenz für Kinder- und Erwachsenenschutz KOKES im Jahr 2021 Empfehlungen zur Organisation und Weiterentwicklung von Berufsbeistandschaften verabschiedet hat. Eine der Empfehlungen sieht vor, dass pro Vollzeitstelle maximal 60 MandantInnen betreut werden. Dazu fand zwischen 2024 und 2025 eine stufenweise Erhöhung um zehn Vollzeitstellen statt. Das ED hielt fest, dass der Kinder- und Jugenddienst stets in der Lage gewesen sei, das Kindeswohl im Einzelfall sicherzustellen, aber es nur bedingt möglich gewesen sei, präventiv tätig zu sein. Das ED beobachte die Entwicklung der weiterhin steigenden Fallzahlen kontinuierlich.

Prävention konnte nicht immer sichergestellt werden.

Die GPK empfiehlt, diese Entwicklung weiter zu verfolgen und die Entwicklung der Stellenprozente am Bedarf der Prävention zu orientieren.

Erhöhung der Kapazitäten der Sportflächen

Die GPK interessierte sich für die Massnahmen zur Erhöhung der Sportplatzkapazitäten und welche Nutzergruppen davon profitieren.

Das ED stellte seit der UEFA Women's EURO 2025 eine höhere Beteiligung von Frauen- und Mädchenteams im Sport fest. Das ED gibt an, dass sich die Zahl von Spielerinnen im Jahr 2024 von 860 auf 1'122 im Jahr 2026 erhöht habe. Um mehr Trainingsmöglichkeiten für Mädchen- und Frauenteams zu schaffen, seien mit verschiedenen Vereinen Massnahmen diskutiert worden wie Priorisierungslisten für Platzbelegungen, Streichen von Match-Zeitfenstern sowie Umbau von Naturrasenfeldern in Kunstrasenfelder. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat einen Ratschlag unterbreiten.

Massnahmen werden dem Regierungsrat und dem Grossen Rat vorgestellt

Von der Erhöhung der Kapazitäten sollen insbesondere Juniorinnen und Juniorenteams sowie Frauenteams profitieren. Zudem sollen Frauenteams im gleichen Ligalevel gleichbehandelt werden und dieselben Trainingsrechte haben.

Für Jugendliche, die vereinsunabhängig Fussball spielen möchten, sei eine Onlinelösung zur Prüfung der Platzkapazitäten in Entwicklung.

Die GPK stellt fest, dass eine bedürfnisorientierte Ausweitung der vorhandenen Sportplatzkapazitäten geplant und teilweise bereits in Umsetzung ist.

3.5 Finanzdepartement (FD)

3.5.1 Allgemein

Preisgünstiger Wohnraum und Klimaschutz

Der Regierungsrat und das FD verfolgten eine aktive Bodenpolitik und trieben das Wohnbauprogramm 1000+ voran, um den Erhalt und die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum zu fördern. Das vom Regierungsrat im 2020 genehmigte Wohnbauprogramm 1000+ sei auf Kurs. Für den Neubau von Wohnungen brauche es lange Planungs- und Vorbereitungszeiten. Aktuell sind 127 Wohnungen fertig gestellt. Bis zum Jahr 2029 sind aktuell rund 530 Wohnungen konkret in der Projektierung. Weitere rund 550 Wohnungen sind bis zum Jahr 2035 geplant.

*Wohnbauprogramm
1000+ ist auf Kurs*

Die Jahresberichte von Immobilien Basel-Stadt zu den Gebäuden im Verwaltungs- sowie im Finanzvermögen geben detailliert Auskunft über die genannten Kennzahlen und Indikatoren. So zum Beispiel über die Entwicklung der Solarleistung auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen. Sowohl die Anzahl der Anlagen als auch die Leistung nahm 2025 zu. Geplant sei zudem ein starker Ausbau in den nächsten Jahren. 67 Photovoltaik-Anlagen seien derzeit in Planung, in Ausführung oder zur Projektierung beantragt worden. Das Ziel des klimaneutralen Betriebs der Gebäude im Verwaltungsvermögen werde mit verschiedenen Massnahmen verfolgt, zum Beispiel durch den Ersatz fossiler Heizungssysteme.

3.5.2 Generalsekretariat

Digitale Transformation

Bei der digitalen Transformation sei das Angebot digitaler Dienstleistungen weiter ausgebaut worden. Der Erhalt analoger Angebote bleibe aber wichtig, zum Beispiel beim Ausfüllen der Steuererklärung, ebenso wie ein umfassendes Unterstützungsangebot, damit möglichst viele Menschen die digitalen Dienstleistungen des Kantons nutzen können. Mit dem Digitalisierungs-Kompass habe das Finanzdepartement zudem Transparenz geschaffen über die abgeschlossenen, laufenden und geplanten Digitalisierungsprojekte. Weiter sei die Neuorganisation der kantonalen Informatik vorangetrieben worden mit dem Ziel, die Effizienz und die Synergien zu stärken.

Erhalt analoger Angebote bleibt wichtig

Neuer Standort

Ab Herbst 2028 soll das FD den neuen Standort an der Viaduktstrasse (VIA) beziehen. Auf die Frage nach der entsprechenden Mietkostenentwicklung erhielt die GPK nachfolgende Antwort: Die aktuellen und zukünftigen Kostenaufwendungen liessen sich nur bedingt vergleichen. So ist das FD heute mehrheitlich in kantonseigenen Liegenschaften untergebracht (Fischmarkt 10, Spiegelgasse 4). Weiter bestehen sieben kleinere externe Standorte (Petersgraben 9, Clarastrasse 12, Clarastrasse 13, Leonhardsstrasse 55, Kohlenberg 3, Lyonstrasse 9, Uferstrasse 90), die zu einem Grossteil gekündigt werden können. Am neuen Standort VIA bestehe ein Mietverhältnis mit einer privaten Eigentümerschaft. Es sei davon auszugehen, dass die externen Mietkosten im heutigen Rahmen liegen werden.

Ab Herbst 2028 Umzug an Viaduktstrasse

Im Falle der Liegenschaft am Fischmarkt sei keine Prüfung einer Umnutzung in eine Wohnliegenschaft vorgesehen. Generell finde bei Verwaltungsliegenschaften keine solche Prüfung statt.

Die GPK empfiehlt, bei absehbarem Leerstand von Verwaltungsliegenschaften jeweils zu prüfen, ob eine Umnutzung in eine Wohnliegenschaft realisiert werden kann.

3.5.3 Finanzverwaltung

Integration der Rimas AG

Per 2025 wurde das Versicherungsmanagement in die Verwaltung eingegliedert und die Rimas AG liquidiert. Die Rimas wurde damals gegründet, um sowohl dem Kanton und anderen öffentlichen Unternehmen Versicherungsdienstleistungen anzubieten. Zudem war sie für die Erstellung auf den Bedarf des Kantons abgestimmter Versicherungslösungen zuständig. Die Rimas AG generierte durch ihre Tätigkeit Courtagen, die dem Kanton zufließen. Aufgaben und Courtageseinnahmen sollen nun verwaltungsintern erfolgen. Die Mitarbeitenden der Rimas AG unterstanden den fachlichen Anforderungen der FINMA.

Die GPK nimmt die Integration der Rimas AG zur Kenntnis, kann aber in der Massnahme keine Strategie erkennen. Sie befürchtet einen Knowhow-Verlust, der sich negativ auf die Versicherungslösungen des Kantons und anderer öffentlicher Unternehmen auswirken könnte.

Die GPK empfiehlt, aufgrund von Risikokriterien und Risikobereitschaft des Kantons eine entsprechende Versicherungsstrategie zu erstellen, in der auch festgelegt wird, ob das entsprechende Fachwissen intern vorhanden sein oder extern bezogen werden soll.

3.5.4 Steuerverwaltung

Einnahmenrückgang bei Einkommens- und Vermögenssteuern

Der Einnahmenrückgang bei den Einkommens- und Vermögenssteuern fällt auf und wurde thematisiert. Zu entsprechenden Fragen erhielt die GPK folgende Antworten:

Im Rechnungsjahr 2024 wirkte sich zum ersten Mal das Steuersenkungspaket aus (Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative Riehen), das zu einer Entlastung von rund 100 Millionen Franken geführt hat. Der Rückgang der Einkommenssteuern von 2023 auf 2024 ist im Wesentlichen auf diesen Effekt zurückzuführen. Von 2024 auf 2025 sind die Einkommenssteuern nur leicht gesunken (-17 Millionen Franken). Bei den Quellensteuern der ansässigen Personen, die in den Einnahmen der Einkommenssteuer enthalten sind, ergaben sich aufgrund von Abgrenzungskorrekturen einmalige Sondereffekte. Mit dem Abschluss 2025 wurde die Rückerstattungen erstmals abgegrenzt. Zudem mussten zu hohe Abgrenzungen aus dem Vorjahr korrigiert werden. Unter Ausklammerung dieses einmaligen Effekts von rund 40 Millionen Franken wären die Einkommenssteuern gegenüber 2024 leicht gestiegen. Die Vermögenssteuer ist von 2023 auf 2024 um rund 40 Millionen Franken gestiegen. Der Rückgang von 2024 auf 2025 ist auf zu hohe Abgrenzungen aus alten Steuerjahren, die im Rechnungsjahr 2025 korrigiert werden mussten, zurückzuführen. Ohne diesen Effekt waren die Fiskalerträge bei der Vermögensteuer stabil.

Steuersenkungspaket, Sondereffekte bei Quellensteuern und erstmalige Abgrenzung der Rückerstattungen

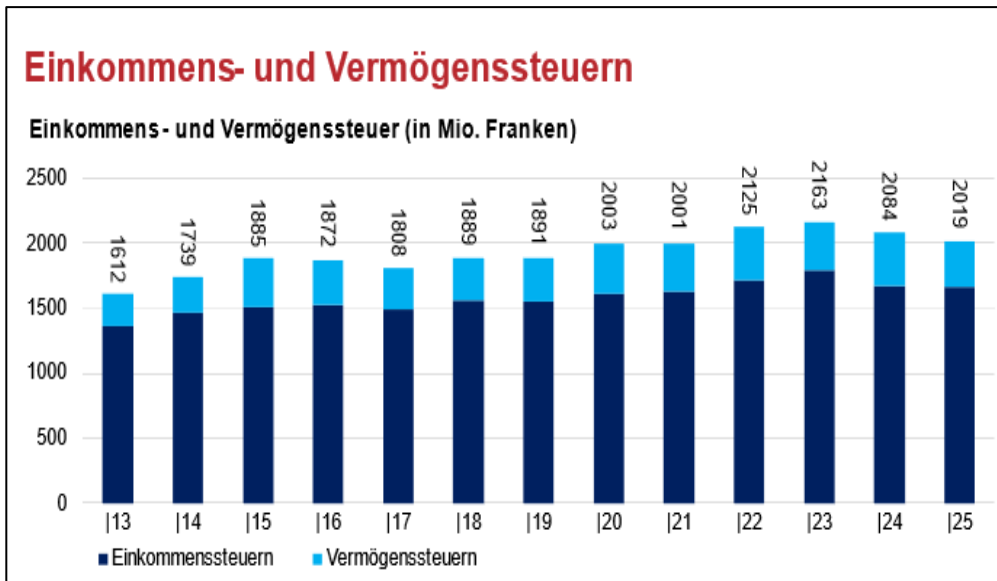


Abb. 7: Einkommens- und Vermögenssteuern 2013–2025 (vom FD im Rahmen des Jahreshearings vom 23. April 2026 erhaltene Grafik)

Veranlagungsrückstände und Ermessensveranlagungen

Die im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr massive Zunahme der Ermessensveranlagungen bei natürlichen Personen erklärt der Regierungsrat damit, dass die Mahnläufe aufgrund der Einführung von AGOV hätten ausgesetzt werden müssen. Damit habe sich der ganze Mahnprozess bis ins Jahr 2025 hinausgezögert. Folglich gab es im Jahr 2024 viel weniger Ermessensveranlagungen als im Jahr 2025.

Gemäss Rückmeldungen aus der Bevölkerung scheinen grössere Rückstände bei den Veranlagungen zu bestehen. Der Regierungsrat hält dazu fest: Gegenüber den Vorjahren 2024 und 2023 ist keine weitere Zunahme der Rückstände feststellbar beziehungsweise der Rückstand ist leicht zurückgegangen. Gemäss Steuerverordnung sollte die Veranlagung grundsätzlich innerhalb eines Jahres nach dem Einreichen der kompletten Steuererklärung erfolgen. Im Jahr 2025 erfolgte die Veranlagung in 96 Prozent der Fälle innerhalb eines Jahres. Im Vergleich zu den Vorjahren (2024 und 2023) hat sich die Quote praktisch nicht verändert (2024: 97,4 Prozent, beziehungsweise 2023: 97,2 Prozent). Per Ende März 2026 waren rund 103'000 Fälle oder 77 Prozent der eingegangenen Steuererklärungen 2024 veranlagt.

In Einzelfällen müssen Bürgerinnen und Bürger dadurch lange auf ihre Steueranlagung warten, was zu einiger Unsicherheit und einigem Ärger führt. Es kann zudem vorkommen, dass die Steueranlagung in einem Jahr sehr spät und in einem darauffolgenden Jahr frühzeitig vorgenommen wird, was insbesondere Menschen mit geringerer Finanzkompetenz und / oder eingeschränkten Mitteln vor grosse Herausforderungen stellen kann. Ob der grosse Rückstand bei den Veranlagungen den Druck auf die einzelnen Mitarbeitenden der Steuerverwaltung erhöht und die Qualität der Veranlagungen mindert, vermag die GPK nicht zu beurteilen.

Es gilt zu berücksichtigen, dass in Zusammenhang mit der Umstellung auf die Individualbesteuerung in absehbarer Zeit zu einem grossen Zusatzaufwand bei der Steuerverwaltung kommen wird. Daher ist es wichtig, dass der Rückstand bei den Steueranlagungen abgebaut werden kann, bevor es zu dieser Umstellung kommen wird.

Per Ende März 2026 waren 77% der eingegangenen Steuererklärungen 2024 veranlagt

Der Rückstand beträgt rund 2–3 Monate Veranlagungstätigkeit.

Die GPK nimmt dies zur Kenntnis, fragt sich aber, ob mit verstärktem Einsatz von künstlicher Intelligenz eine grössere Automatisierung der Veranlagungen möglich wäre und ob mit dem Ausnutzen von mehr Möglichkeiten der eingesetzten Software NEST eine namhafte Reduktion der Veranlagungsrückstände erreicht werden könnte.

Die GPK empfiehlt, verstärkt Massnahmen, wie beispielsweise automatische Veranlagungen, zu ergreifen, um den Veranlagungsrückstand abzubauen.

3.5.5 IT BS

Auffallend ist, dass der Sach- und Betriebsaufwand bei IT BS insgesamt um 5.3 Millionen Franken höher als budgetiert ausgefallen ist und diese Abteilung viele externe Spezialisten beschäftigt. Auf entsprechende Rückfragen erhielt die GPK nachfolgende Antwort.

Im Berichtsjahr 2025 haben insgesamt 172 externe Spezialistinnen und Spezialisten für IT BS gearbeitet. Im Vorjahr (2024) lag diese Zahl bei 131 externen Spezialistinnen und Spezialisten. Damit ist ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen. Die hohe Zahl an externen Spezialistinnen und Spezialisten sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass grosse Projekte – wie beispielsweise Infra21+ – einen erhöhten Bedarf an externen Ressourcen mit sich bringe.

2025: Anstieg bei externen Spezialistinnen und Spezialisten

Von den 172 externen Spezialistinnen und Spezialisten seien deren 100 im Rahmen von Projekten im Einsatz und 72 im operativen Betrieb. Das heisst, sie waren fast ausschliesslich oder vollständig für den Kanton Basel-Stadt tätig, ohne für diesen angestellt zu sein. Dabei seien im Berichtsjahr auch einige externe Angestellte internalisiert.

Eine hohe Zahl an Externen insbesondere in Zusammenhang mit Projekten und Transformationsprojekten zu beschäftigen, ist branchenüblich und kann sich als sinnvoll erweisen – zum Beispiel bei der Umsetzung und Implementierung von Projekten durch Fachleute, die ähnliches schon andernorts geleistet haben.

Allerdings erscheint die Zahl der externen Spezialisten bei IT BS aus Sicht der GPK dennoch hoch zu sein und grundsätzliche Probleme mit sich zu bringen:

- Mögliche Umgehung des Personalgesetzes und des Lohngesetzes
- Gewährleistung des Know-How-Transfers
- Verstärktes Risiko von Interessenkonflikten der externen Fachpersonen
- Langfristige Abhängigkeit des Kantons im operativen Betrieb von Externen
- Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber in der IT

Die GPK ist sich der Tatsache bewusst, dass im IT-Bereich viele Transformationsprozesse im Gang sind – nicht nur im Kontext vieler Digitalisierungsprojekte, sondern auch im Zusammenhang mit der durch ihre Empfehlungen angestossene Zentralisierung (Projekt Pharos).

Die GPK zeigt sich aber dennoch besorgt über das Ausmass der Abhängigkeit des Kantons von externen Anbietern und Fachkräften – gerade auch im operativen Betrieb.

Die GPK empfiehlt, die externen Dienstleistungen bei IT BS zu überprüfen.

Im Rahmen ihrer Aufsicht hat die GPK Hinweise auf Verbesserungspotenzial bei der Systemstabilität und beim Einbezug der Nutzerdepartemente erhalten. Die GPK wird diese Hinweise im Berichtsjahr 2026 vertieft prüfen.

Die GPK unterstützt weiterhin den Prozess der Zentralisierung der IT (Projekt «Pharos»). Sie erwartet eine regelmässige Berichterstattung über den Projektfortschritt und die Gesamtsituation bei IT BS.

Die GPK empfiehlt, IT-Projekte frühzeitig mit den Nutzerdepartementen abzusprechen und die nötigen Ressourcen der Organisationen und Nutzerdepartemente in die Projektplanung einzubeziehen.

3.6 Gesundheitsdepartement (GD)

Im Hearing mit dem GD wurden die Legionellenkontamination in öffentlichen Einrichtungen, die Integration des Claraspitals ins Universitätsspital Basel (USB), die hausärztliche Versorgung sowie die psychiatrische, psychologische und psychosoziale Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, das Elektronische Patientendossier sowie ergänzend Fragen zu Compliance-Regeln näher behandelt.

3.6.1 Allgemein

Mangel an Hausärztinnen und -ärzten

Die GPK erkundigte sich nach der Entwicklung der Zahl an Hausärztinnen und Hausärzten in Basel. Dabei interessierte sich die Kommission insbesondere für das Hausarztförderungsprogramm.

Der Leiter Bewilligungen und Recht erklärte am Jahreshearing, dass das Hausarztförderprogramm jährlich mehrere Assistenzstellen in Hausarztpraxen ermögliche und gut genutzt werde. Derzeit würden pro Jahr sieben bis acht Ärztinnen und Ärzte gefördert. Das GD verwies darauf, dass Basel-Stadt im Vergleich zu ländlichen Regionen weiterhin relativ gut aufgestellt sei. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass die Altersstruktur bei den Hausärztinnen und Hausärzten problematisch sei. Zur Sicherung der Grundversorgung nutzt Basel-Stadt zudem bundesrechtliche Ausnahmeregelungen, welche bei Unterversorgung den Zugang ausländischer Ärztinnen und Ärzte erleichtern.

Parallel dazu wurde die neue Zulassungssteuerung für ambulante Leistungserbringer erläutert. Seit Juli 2025 gelten Höchstzahlen für fünf Fachgebiete, um die Überversorgung in spezialisierten Bereichen zu verhindern: Angiologie, Handchirurgie, Orthopädische Chirurgie und Traumatologie, Oto-Rhino-Laryngologie sowie Plastische Chirurgie.

Kurzfristig bestehe in Basel-Stadt kein akuter Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten. Mittel- und langfristig bleibe die Sicherung der Grundversorgung jedoch eine zentrale Herausforderung.

Hausarztförderprogramm wird gut genutzt

Trotz Herausforderungen kein akuter Hausärztemangel

Psychiatrische, psychologische und psychosoziale Unterstützung für Kinder und Jugendliche

Die GPK zeigt sich besorgt über lange Wartelisten und die weiterhin ungenügende Versorgungslage im Bereich der psychiatrischen, psychologischen und psychosozialen Unterstützung für Kinder und Jugendliche.

Das GD verwies auf mehrere laufende Programme: Eltern-Kind Tageskliniken, die Tagesklinik «Fit», das neue APV-Programm mit einem Fokus auf Kinder und Jugendliche. Innerhalb des Programms wurde ein Expertinnen- und Expertennetzwerk geschaffen, um die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Fachpersonen und den Universitären Psychiatrischen Kliniken zu stärken und mehr Therapieplätze für stark belastet Personen zu schaffen. Schwerpunkte bilden unter anderem schwere psychiatrische Krankheitsbilder wie Schizophrenie oder Suchterkrankungen. Weiter wurden der Liaisondienst ausgebaut sowie eine Koordinationsstelle eingerichtet, welche den ambulanten Bereich systematisch monitorisieren soll.

3.6.2 Departementsstab

Integration des Claraspitals in das Universitätsspital Basel (USB)

Am Jahreshearing bezeichnete der Vorsteher des GD den Zusammenschluss des Claraspitals mit dem USB als grosse Chance für die regionale Gesundheitsversorgung. Das USB verfolge das Ziel eines integrierten Universitätsspitals an zwei Standorten. Doppelspurigkeiten sollen reduziert und medizinische Kompetenzen gebündelt werden. Bei zusammengeführten Kliniken soll die chefarztliche Leitung grundsätzlich durch die jeweilige universitäre Professur des USB wahrgenommen werden. Gleichzeitig sollen erfahrene Kaderpersonen des Claraspitals weiterhin in leitenden Funktionen eingebunden bleiben.

Das GD betonte, dass die Integration langfristig zu einer Stärkung der medizinischen Qualität führen solle, insbesondere im Bereich der universitären Medizin und des geplanten Comprehensive Cancer Centers auf dem Claracampus.

Hinsichtlich der Finanzierung habe das USB erfolgreich eine grosse Anleihe am Kapitalmarkt platziert. Laut GD sei dies notwendig, um grössere Investitionen – insbesondere im Zusammenhang mit dem Claraspital – finanzieren zu können.

Die GPK zeigt sich besorgt über die möglichen Folgen des Zusammenschlusses der beiden Spitäler wie erhöhte Personalfuktuation, Verlust gewachsener Strukturen, Unsicherheiten bei Mitarbeitenden und mögliche Auswirkungen auf Qualität und Patientennähe.

Die GPK empfiehlt eine transparente Kommunikation gegenüber Mitarbeitenden und Öffentlichkeit bezüglich der Folgen des Zusammenschlusses des Claraspitals und des USB.

Reduktion von Doppelspurigkeiten durch Zusammenschluss

Compliance und Interessenkonflikte öffentlichen Spitälern

Am Jahreshearing interessierte sich die GPK im Zusammenhang mit Compliance-Fragen für die Nebenbeschäftigten von an öffentlichen Spitälern angestellten Ärztinnen und Ärzten. Gemäss den Antworten des GD kann eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter im ärztlichen Dienst beantragen, als Nebentätigkeit eine Tätigkeit durch eine Zweitanstellung oder eine selbstständige Tätigkeit auszuüben (anderes Spital, Praxistätigkeit). Um potenziellen Interessenkonflikten entgegenzuwirken, sind solche Nebenbeschäftigungen bewilligungspflichtig. Ein Ausschlusskriterium ist zum Beispiel die mögliche Konkurrenzierung des eigenen Spitals. Auch dürfe die Dienstabdeckung am eigenen Spital nicht beeinträchtigt werden und die zeitlichen Kapazitäten müssen vorhanden sein.

Nebenbeschäftigten von Ärztinnen und Ärzten sind bewilligungspflichtig

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass Nebenbeschäftigungen einem klar geregelten Bewilligungsverfahren unterliegen. Die Sicherheit der Patientinnen und Patienten darf durch Überlastung aufgrund von Nebentätigkeiten und Eigeninteressen der Ärzteschaft nicht beeinträchtigt werden.

Sicherheit der Patientinnen und Patienten im Vordergrund

Die Publikation des Untersuchungsberichtes am Universitätsspital Zürich (USZ) (Aufarbeitung der Vorkommnisse an der Klinik für Herzchirurgie) nahm die GPK zum Anlass, um dem GD und den öffentlichen Spitälern zu verschiedenen Themen rund um die Bereiche Compliance und Umgang mit Interessenkonflikten einige Fragen zu stellen. Es ist sicherzustellen, dass keine Patienten aufgrund von Eigeninteressen von Ärzten zu Schaden kommen.

Fall im USZ als Ausgangslage

Diese Fragen wurden in kurzer Zeit umfangreich und zur Zufriedenheit der GPK beantwortet. Dabei fällt auf, dass an allen drei Spitälern umfangreiche Richtlinien und Reglemente zu Fragestellungen wie Nebenbeschäftigungen, Umgang mit Lieferanten, Whistleblowing et cetera existieren.

Umfangreiche Richtlinien an allen drei Spitälern

Dementsprechend betont das GD in seiner Antwort, dass die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt diesen Fragen schon heute grosse Bedeutung beimessen. Auf Basis interner und externer Audits würden die öffentlichen Spitäler auch kontinuierlich daran arbeiten, die Patientensicherheit weiter zu stärken sowie die Integrität der Forschung nachhaltig sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Auch der Umsetzung der Compliance-Vorgaben werde hohes Gewicht beigemessen.

Die GPK stellt fest, dass das GD und die öffentlichen Spitäler Fragen in Zusammenhang mit Compliance und Interessenkonflikten hohes Gewicht beimessen.

Die GPK begrüsst, dass bestehende Regelungen und Richtlinien weiterentwickelt und regt an, dass der Fall im USZ zum Anlass genommen wird, um allfällige Schwachstellen zu beheben.

Manches ist aus Sicht der GPK nach Durchsicht der ihr zugestellten Dokumente noch nicht vollständig klar. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, wie stark und in welchem Rahmen die öffentlichen Spitäler ihre Verantwortung im Bereich der klinischen Forschung wahrnehmen, die an ihrem Hause betrieben wird. Das Beispiel des Universitätsspitals Zürich zeigt gerade, dass ein Spital die Verantwortung für diese nicht weiterleiten oder anderweitig delegieren kann. Ob ethische Standards bei allen Forschungsprojekten und experimentellen Behandlungen heute an allen Kliniken der öffentlichen Spitäler eingehalten werden, vermag die GPK nicht zu beurteilen.

Auch ist die GPK nicht sicher, ob die Regelungen betreffend Interessenkonflikte umfassend genug sind. So hat sie zum Beispiel nicht feststellen können, dass eine Offenlegungspflicht für Erträge aus Patenten besteht. Wie regelmässig besteht eine Offenlegungspflicht und wie umfassend ist sie? Wie wird zum Beispiel der Vollzug der Regelungen zu Nebeneinkünften von Ärztinnen und Ärzten überprüft? Werden diese von den Spitälern fakturiert?

Sind Regelungen betreffend Interessenkonflikte umfassend genug?

Bezüglich der Erfassung der Arbeitszeiten von Kaderärztinnen und -ärzten gelten an allen drei Spitälern liberale Regelungen. Arbeitszeiten werden meist nicht erfasst und Abwesenheiten müssen nur im Voraus gemeldet, respektive Stellvertretungsfragen geklärt werden.

Aufgefallen ist der GPK, dass einige Regelungen in den öffentlichen Spitälern stark voneinander abweichen. So gibt es bei den Regelungen betreffend die Bewilligung experimenteller Forschung und experimenteller Therapien grosse Unterschiede. Am Universitätsspital Basel (USB) wird zum Beispiel über die

Anwendung experimenteller Therapien ausschliesslich auf Klinikebene entschieden.

Die GPK empfiehlt den öffentlichen Spitälern, Annäherungen und Angleichungen aller Richtlinien und Regelungen betreffend Compliance und Interessenkonflikte zu prüfen. Dabei sollen auch die Privatspitäler einbezogen werden, die einen öffentlichen Auftrag erfüllen (Listenspitäler).

3.6.3 Kantonales Laboratorium

Legionellenkontamination

Am 20. Februar 2026 teilte das Kantonale Laboratorium mit, dass bei rund einem Viertel der kontrollierten Duschen Legionellen festgestellt worden sind. Am Jahreshearing erkundigte sich die GPK nach der hohen Beanstandungsquote bei den Legionellenkontrollen.

Das GD erklärte, dass die hohe Quote Ausdruck eines risikobasierten Kontrollsystems sei. Seit Inkrafttreten der Vorschriften im Jahr 2017 würden prioritär Einrichtungen mit besonders gefährdeten Personen kontrolliert, insbesondere Altersheime. Dort habe sich die Situation inzwischen deutlich verbessert, weil die Betriebe ihre Selbstkontrollpflicht etabliert hätten. Neu würden verstärkt weitere Einrichtungen wie Hotelschiffe oder Fitnesszentren kontrolliert. Dadurch steige die Beanstandungsquote temporär erneut an, insbesondere bei Erstkontrollen. Das GD betonte jedoch, dass die Situation insgesamt unter Kontrolle sei. Die hohe Beanstandungsquote zeigt, dass weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht, insbesondere bei wenig kontrollierten Einrichtungen.

Handlungsbedarf bei wenig kontrollierten Einrichtung

Die GPK empfiehlt, die Sensibilisierung von Betreibern öffentlicher Anlagen und Institutionen sowie der Bevölkerung zu verstärken.

3.6.4 Gesundheitsversorgung

Elektronisches Patientendossier (EPD)

Die GPK interessierte sich für die Entwicklung des Elektronischen Patientendossiers (EPD) im vergangenen Jahr. Vom GD wollte die Kommission wissen, wie das Departement den Informationsstand der verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen diesbezüglich einschätze und was gemacht worden sei, um das elektronische Patientendossier zu fördern.

Gemäss den Angaben des GD stieg die Zahl der elektronischen Patientendossiers 2025 zwar um rund 40 Prozent auf etwa 2'500 Dossiers an, die Abdeckung liegt jedoch weiterhin nur bei rund 1,2 Prozent der Bevölkerung. Besonders problematisch erscheint die geringe Verbreitung im ambulanten Bereich. Nur rund ein Prozent der Ärzteschaft ist dort angeschlossen. Zudem bestehen erhebliche Wissensunterschiede unter den Ärztinnen und Ärzten. Ferner habe die Kommunikation rund um das Gesundheitsdossier (E-GD) zu Unsicherheiten und Verwirrung hinsichtlich des Zwecks und Fortbestands des EPD geführt.

Nur 1% der Ärzteschaft im praxisambulantem Bereich angeschlossen

Die GPK empfiehlt, die Informationskampagnen für das elektronische Patientendossier bei den Leistungserbringern und der Bevölkerung zu verstärken.

3.7 Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD)

Die folgenden Ausführungen basieren auf den Auswertungen und Nachfragen der GPK zum Jahresbericht des Regierungsrats 2025. Im Zentrum der Beratungen standen insbesondere der Umgang der Kantonspolizei mit Demonstrationen, die Situation im Bereich Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie der Einsatz privater Sicherheitsfirmen. Die GPK äussert sich in diesem Rahmen nicht zu Fragen des Unterbestandes und der Kündigungen bei der Kantonspolizei, welche durch den Bericht Schefer aufgeworfen wurden. Dasselbe gilt für seither vorgenommene strategische, personelle und betriebliche Reorganisationen bei der Kantonspolizei. Dies wurde bereits ausführlich im Rahmen des Spezialberichts (Geschäftsnummer: 26.5029.01) vorgenommen.

3.7.1 Generalsekretariat

Frauenhaus und Schutzplätze für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt

Die GPK hat das JSD zur Situation der Schutzplätze für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt befragt. Hintergrund der Frage bildet die Einschätzung des Frauenhauses beider Basel, wonach im Vergleich zu anderen Kantonen zu wenige Schutzplätze vorhanden seien.

Das JSD verwies darauf, dass die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Finanzierung der beiden Frauenhäuser für die Jahre 2025–2028 erhöht haben. Zusätzlich werde beim Heilsarmee Frauenhaus Region Basel ein weiterer Schutzplatz geschaffen und zunächst auf Projektbasis das Angebot an Übergangslösungen erhöht. Künftig sollen beide Frauenhäuser über je 17 Schutzplätze verfügen.

Weiter wies das JSD darauf hin, dass gemäss den Richtwerten des Europarats zur Istanbul-Konvention zusätzlich zehn gemeinsame Plätze beziehungsweise Zimmer erforderlich wären, um auch in Spitzenzeiten allen schutzbedürftigen Personen einen Platz anbieten zu können.

Das JSD hielt zugleich fest, dass die Frauenhäuser weiterhin auf Drittmittel und Fundraising angewiesen seien. Die Finanzierung erfolge im Rahmen von Staatsbeiträgen und berücksichtige die finanzielle Gesamtsituation der Institutionen.

Die GPK anerkennt die zusätzlichen finanziellen Beiträge der beiden Kantone sowie den Ausbau einzelner Schutzangebote. Dennoch zeigt sich weiterhin eine strukturelle Diskrepanz zwischen dem ausgewiesenen Bedarf und den tatsächlich verfügbaren Schutzplätzen.

Besonders kritisch erscheint, dass selbst nach dem geplanten Ausbau gemäss den Richtwerten der Istanbul-Konvention weiterhin zusätzliche Plätze fehlen. Die Auslastung der Frauenhäuser bewegte sich in den vergangenen Jahren teilweise auf hohem Niveau.

Unklar bleibt ausserdem, nach welchen Kriterien der zukünftige Bedarf an Schutzplätzen konkret ermittelt werden soll und bis wann eine verbindliche Bedarfsplanung vorliegen wird.

Die GPK begrüsst die Erhöhung der finanziellen Beiträge an die Frauenhäuser sowie die geplante Erweiterung der Schutzangebote ausdrücklich. Positiv zu würdigen ist insbesondere auch die Entwicklung von Übergangswohnungen, welche die Entlastung der Notfallplätze unterstützen können.

Schutzplätze, Finanzierung und Istanbul-Konvention

Die GPK teilt jedoch die Einschätzung, dass mittelfristig weiterer Handlungsbedarf besteht, um den Schutz gewaltbetroffener Personen dauerhaft sicherzustellen.

Die GPK stellt fest, dass die beiden Basel die Finanzierung der Frauenhäuser im Berichtsjahr erhöht und zusätzliche Schutzangebote geschaffen haben. Gleichzeitig besteht gemäss den Richtwerten der Istanbul-Konvention weiterhin ein zusätzlicher Bedarf an Schutzplätzen.

Die GPK empfiehlt, gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft bis zur nächsten Leistungsvereinbarungsperiode eine verbindliche Bedarfsanalyse für Schutzplätze sowie eine langfristige Ausbauplanung vorzulegen.

3.7.2 Kantonspolizei

Umgang mit Demonstrationen und Statistik

Die GPK hat das JSD im Rahmen des Jahresberichts 2025 zur Weiterentwicklung der dialogorientierten Strategie der Kantonspolizei Basel-Stadt im Umgang mit Demonstrationen befragt. Im Zentrum standen insbesondere die Förderung von niederschweligen Ansprechpersonen, die Weiterentwicklung der Einsatzrichtlinien bei Grossanlässen sowie die Transparenz der Demonstrationsstatistik.

*Dialogstrategie,
Transparenz und
Deeskalation*

Das JSD hielt fest, dass die Kantonspolizei weiterhin auf eine dialogorientierte Strategie setzt. Bereits im Bewilligungsverfahren werde der Kontakt mit den Organisatorinnen und Organisatoren gesucht, um Erwartungen, Verantwortlichkeiten und mögliche Konfliktfelder frühzeitig zu klären. Während Demonstrationen kämen sogenannte Dialogteams zum Einsatz, welche den Austausch mit verschiedenen Interessengruppen sicherstellen sollen. Ergänzend dazu würden Mitarbeitende mit spezifischer Ausbildung per Lautsprecherkommunikation eingesetzt.

*JSD setzt weiterhin
auf Dialog*

Gemäss den Ausführungen des JSD wurde zudem die interne Organisation der Hauptabteilung Planung und Einsatz weiterentwickelt. Die sogenannte 3D-Strategie (Dialog, Deeskalation und Durchgreifen) bleibe ein zentraler Bestandteil des polizeilichen Handelns bei Kundgebungen.

Im Bereich der Demonstrationsstatistik wurde die digitale Eingabe von Demonstrationen eingeführt. Das JSD kündigte an, dass künftig detailliertere statistische Auswertungen veröffentlicht werden sollen.

Die GPK anerkennt die Bemühungen der Kantonspolizei um eine dialogorientierte Einsatzstrategie. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass wesentliche Herausforderungen weiterhin bestehen. Insbesondere bleibt offen, wie die Wirkung der Dialogteams konkret gemessen wird und anhand welcher Kriterien beurteilt werden kann, ob der deeskalierende Ansatz tatsächlich zu weniger Konflikten, weniger Zwangsmassnahmen oder einer höheren Akzeptanz polizeilicher Massnahmen führt. Die bisherigen Ausführungen des JSD bleiben diesbezüglich weitgehend qualitativ.

*Wirkungsmessung
beim Dialog unkonkret*

Weiter bestehen aus Sicht der GPK Defizite bei der öffentlichen Transparenz der Demonstrationsstatistik. Obwohl die Kantonspolizei neu sämtliche relevanten Kennzahlen digital erfassen kann, fehlen Differenzierungen in der Kommunikation des JSD, etwa hinsichtlich der Anzahl Mahnwachen, Kundgebungen unterschiedlicher Grössenordnungen oder unbewilligter Demonstrationen. Gerade für die öffentliche Einordnung der Entwicklung des Demonstrationsgeschehens wären solche Informationen von Bedeutung.

Zudem bleibt unklar, in welchem Umfang die angekündigten Optimierungsmassnahmen innerhalb der Polizei institutionell verankert wurden und wie sichergestellt wird, dass die dialogorientierte Strategie auch bei personellen Wechsels oder in angespannten Einsatzzlagen umgesetzt wird.

Die GPK begrüsst ausdrücklich, dass das JSD den Dialog weiterhin als zentrales Element des Demonstrationsmanagements versteht und die 3D-Strategie weiterführt. Positiv zu würdigen ist insbesondere die frühzeitige Kontaktaufnahme mit Veranstaltenden sowie der Einsatz spezialisierter Dialogteams.

Ebenso anerkennt die GPK die angekündigte Verbesserung der statistischen Erfassung von Demonstrationen. Die Einführung digitaler Erfassungssysteme schafft die Grundlage für eine differenziertere und transparentere Darstellung der Entwicklung des Demonstrationsgeschehens.

Digitale Demo-Erfassung verbessert Transparenz

Die GPK erwartet, dass die angekündigten Verbesserungen zeitnah umgesetzt und künftig nachvollziehbare Wirkungsindikatoren entwickelt werden.

Die GPK stellt fest, dass die Kantonspolizei Basel-Stadt die dialogorientierte Strategie im Umgang mit Demonstrationen im Berichtsjahr 2025 weitergeführt und organisatorisch gestärkt hat.

Die Einführung digitaler Erfassungssysteme eröffnet zudem neue Möglichkeiten für eine differenzierte statistische Auswertung.

Die GPK empfiehlt zu prüfen, ob ergänzend zur bisherigen qualitativen Berichterstattung messbare Indikatoren zur Wirkung der Dialogstrategie entwickelt werden können.

Die GPK empfiehlt, die angekündigte differenzierte Demonstrationsstatistik ab dem Berichtsjahr 2026 vollständig öffentlich zugänglich zu machen und dabei insbesondere Angaben zu Veranstaltungsarten, Teilnehmerinnen- und Teilnehmergrössen sowie bewilligten und unbewilligten Kundgebungen auszuweisen.

Einsatz privater Sicherheitsfirmen durch die Kantonspolizei

Die GPK hat das JSD zu Umfang und Einsatzbereichen privater Sicherheitsfirmen für die Kantonspolizei Basel-Stadt befragt.

Gemäss den Ausführungen des JSD werden private Sicherheitsfirmen insbesondere in drei Bereichen eingesetzt: interkantonale Häftlingstransporte, Spitalbewachungen von inhaftierten Personen, Verkehrsregelung und Verkehrslenkung bei grösseren Einsätzen.

Private Sicherheitsdienste und staatliche Verantwortung

Die Transporte werden durch die Securitas AG durchgeführt. Für diese Leistungen entrichtet der Kanton Basel-Stadt jährlich rund 140'000 Franken.

Im Bereich der Spitalbewachung werden länger dauernde Bewachungen durch die Firma Pantex AG übernommen. Dabei zeigt sich gemäss JSD eine deutliche Zunahme der verrechneten Stunden und Kosten.

Für externe Verkehrsdienste wurden im Jahr 2025 rund 40'000 Franken aufgewendet.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Einsatz privater Sicherheitsfirmen weiterhin punktuell erfolgt und primär der personellen Entlastung der Kantonspolizei dient. Gleichzeitig zeigt insbesondere die Entwicklung bei den Spitalbewachungen, dass Umfang und Kosten dieser Leistungen deutlich zunehmen.

Aus Sicht der GPK stellt sich damit die Frage, ob die bestehende Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsakteuren langfristig zweckmässig ist und ob für besonders sensible Aufgaben ausreichend klare Qualitäts- und Kontrollmechanismen bestehen.

Zudem bleibt offen, welche strategischen Überlegungen der Kanton hinsichtlich eines möglichen weiteren Ausbaus oder einer Begrenzung privater Sicherheitsdienstleistungen verfolgt.

Unklare Strategie bei privaten Sicherheitsdiensten

Die GPK anerkennt, dass der punktuelle Einsatz privater Sicherheitsfirmen zur Sicherstellung des Polizeibetriebs beitragen kann, insbesondere in personalintensiven Randbereichen.

Gleichzeitig ist aus Sicht der GPK sicherzustellen, dass staatliche Kernaufgaben der öffentlichen Sicherheit weiterhin unter unmittelbarer staatlicher Verantwortung verbleiben und die eingesetzten privaten Dienstleister klaren Qualitäts- und Kontrollstandards unterliegen.

Offenbar haben private Sicherheitsfirmen im Berichtsjahr 2025 weiterhin ergänzende Aufgaben für die Kantonspolizei übernommen. Besonders im Bereich der Spitalbewachungen ist dabei eine deutliche Zunahme des Umfangs der Leistungen festzustellen.

Zunahme bei Spitalbewachungen

Nicht nur die Kantonspolizei greift auf die Dienstleistungen privater Sicherheitsfirmen zurück. Viele Verwaltungsstellen vergeben Aufträge an private Sicherheitsfirmen und mandatieren sie damit, öffentliche Sicherheitsmassnahmen wahrzunehmen.

Die GPK empfiehlt zu prüfen, wie die Entwicklung der ausgelagerten Sicherheitsdienstleistungen künftig systematisch ausgewertet und dem Grossen Rat periodisch rapportiert werden kann.

Die GPK empfiehlt, für den Einsatz privater Sicherheitsfirmen verbindliche Qualitäts- und Kontrollstandards zu definieren und deren Einhaltung regelmässig zu überprüfen.

3.8 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU)

3.8.1 Effizienzpotenzial und IT-Governance im WSU

Das Organigramm des WSU im Jahresbericht 2025 (S. 250) zeigt sechs Dienststellen und ein Generalsekretariat sowie die organisatorisch dem WSU zugeordneten, aber selbständigen Institutionen Ausgleichskasse und IV-Stelle. Mehrere dieser Dienststellen haben verwandte Aufgaben im Sozialbereich – KESB, ABES, Sozialhilfe und ASB beraten, unterstützen oder vertreten schutzbedürftige Personen, teils mit überlappenden Zielgruppen.

Die GPK fragte, ob Doppelspurigkeiten bestünden und ob der Regierungsrat Effizienzpotenzial durch Zusammenlegungen oder engere Integration sehe. In der schriftlichen Stellungnahme fiel die Antwort knapp aus: Es bestünden «keine wesentlichen Doppelspurigkeiten». Als Koordinationsinstrument hob der Regierungsrat das IIZ-Gremium (interinstitutionelle Zusammenarbeit) hervor.

Frage nach Doppelspurigkeiten und Effizienzpotenzial

Auf mündliche Nachfrage zeichnete sich ein differenzierteres Bild. Der Departementsvorsteher räumte ein, dass KESB und ABES «sehr nahe zusammen» lägen und dort die grössten Synergien zu erreichen wären – eine Zusammen-

Auf Nachfrage ein differenziertes Bild

legung sei aber durch Bundesrecht ausgeschlossen. Als wichtigstes Instrument nannte er die Gestaltung des «*Customer Journey*» für Leistungsbezügler. Das IIZ-Gremium war in der schriftlichen Antwort als Koordinationsinstrument hervorgehoben worden. Dennoch konnten auf Nachfrage der GPK keine konkreten Effizienzgewinne dieses Gremiums benannt werden.

Im Bereich der IT wurde deutlich, dass die Fachanwendungen der verschiedenen Dienststellen historisch gewachsen und heterogen sind. Der Generalsekretär erläuterte, dass das WSU daran arbeite, generische Basisdienste aufzubauen, die unabhängig von der jeweiligen Geschäftslogik einsetzbar seien. Das Projekt E-Sozial, das die digitale Antragstellung für Sozialleistungen ermöglichen soll, wurde als prioritäres Vorhaben genannt. Der Departementsvorsteher bezeichnete die Priorisierung von IT-Projekten zwischen den sieben Departementen als anspruchsvollste Aufgabe und betonte, dass E-Sozial nach dem Steuerprojekt prioritär an der Reihe sei.

Die GPK stellt fest, dass die Einschätzung des Regierungsrats, es bestünden keine wesentlichen Doppelspurigkeiten, auf Nachfrage nur bedingt bestätigt wurde. Der Departementsvorsteher selbst identifizierte Synergiepotenzial bei KESB und ABES, der Generalsekretär eine gewisse IT-Fragmentierung. Dass die Verwaltung «*noch nie so weit war wie jetzt*» mit der IT-Neuorganisation, nimmt die GPK zur Kenntnis – es unterstreicht aber auch, wie lange die Fragmentierung bereits besteht.

Herausforderung IT: historisch gewachsene und heterogene Fachanwendungen

Die GPK empfiehlt, dass im Rahmen des Projekts Pharos die spezifischen IT-Bedürfnisse der Sozialdienststellen prioritär berücksichtigt und das Projekt E-Sozial mit der nötigen Verbindlichkeit vorangetrieben wird.

Die GPK empfiehlt, die Synergiepotenziale zwischen KESB und ABES ergebnisoffen zu prüfen.

3.8.2 Generalsekretariat

MCH Group – kumulierte Wertberichtigungen

Im Jahresbericht 2025 weist der Regierungsrat unter den Abschreibungen auf Beteiligungen eine erneute Wertberichtigung der MCH-Beteiligung von 4,4 Millionen Franken aus. Der Beteiligungsspiegel (S. 468) beziffert den Nettobuchwert auf 41,9 Millionen Franken. Daraus ergibt sich, dass die kumulierten Wertberichtigungen auf dieser Beteiligung inzwischen 61,6 Millionen Franken betragen – bei einem ursprünglichen Wert von 103,5 Millionen Franken.

Erneuter Wertberichtigungsbedarf bei der MCH-Beteiligung

Die GPK fragte, ab welchem Schwellenwert ein Ausstieg finanziell klüger wäre als ein weiteres Festhalten. Der Regierungsrat antwortete schriftlich, die Beteiligung befinde sich im Verwaltungsvermögen und werde «*nicht aus finanziellen Gründen gehalten*». Die lange bestehende Beteiligung des Kantons an der MCH Group habe vielmehr zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Priorität habe für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Halleninfrastruktur, um den mit der Durchführung von Messen und Kongresse verbundenen positiven Wertschöpfungsbeitrag für die lokale Wirtschaft zu gewährleisten. Auf Nachfrage der GPK nach der Bezifferung dieses Beitrags verwies der Departementsvorsteher auf eine BAK-Studie, räumte zwar ein, dass der Wertschöpfungsbeitrag kleiner sei als zu Zeiten der Baselworld, betonte aber, dass der Beitrag weit über dem finanziellen Engagement des Kantons liege. Die MCH habe sich finanziell stabilisiert.

Beteiligung wird nicht aus finanziellen Gründen ge-

Zur Wertberichtigung führte der Departementsvorsteher aus, die Beteiligung werde durch die Finanzverwaltung des Kantons nach den Grundsätzen im Finanzhaushaltsgesetz bewertet, wonach Positionen des Verwaltungsvermögens zum Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen oder, wenn tiefer liegend, zum Verkehrswert bilanziert werden. Der Verkehrswert der börsenkotierten MCH Group AG ergebe sich aufgrund des Aktienkurses jeweils per Jahresende. Für die Wertanpassung im Berichtsjahr sei der Aktienkurs per Ende Jahr im Vergleich zu jenem Ende des Vorjahres relevant. Falls der Verkehrswert unter dem Anschaffungswert liege, sei die Gesellschaft mit dem Verkehrswert entsprechend dem Aktienkurs per Ende Jahr in den Büchern des Kantons bewertet. Der Departementsvorsteher verwies ferner darauf, dass der Grosse Rat sich kürzlich sowohl gegen einen Verkauf als auch gegen die Bildung einer Mehrheitsbeteiligung ausgesprochen habe. Die Regierung habe daher weiterhin den Auftrag, mindestens einen Drittel der Aktien zu halten. Betont wurde auch, dass sich die MCH wirtschaftlich gesehen positiv entwickelt habe.

Wert der Beteiligung richtet sich nach dem Börsenkurs

Trotz der erwähnten Grossratsbeschlüsse entbindet nach Auffassung der GPK die Aussage, die Beteiligung werde nicht aus finanziellen Gründen gehalten, den Regierungsrat nicht von der Pflicht, den laufenden Wertverlust dem Parlament nachvollziehbar darzulegen.

Die GPK empfiehlt, dem Grossen Rat regelmässig eine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse der MCH-Beteiligung vorzulegen, die den kumulierten Wertverlust, die laufenden Subventionen und den generierten volkswirtschaftlichen Nutzen einander gegenüberstellt.

3.8.3 Sozialhilfe

Fallführungssystem Sozialhilfe (FFS/Citysoftnet)

Im Projektportfolio des Jahresberichts 2025 wird das neue Fallführungssystem (FFS) der Sozialhilfe «Citysoftnet» als eines der wenigen Projekte mit Qualitätsproblemen ausgewiesen. Es handelt sich um ein Vorhaben, das im Städteverbund mit Bern und Zürich entwickelt wird. Der Grosse Rat bewilligte im Jahr 2015 einen Kredit von 7,5 Millionen Franken.

Software mit Qualitätsproblemen, Verspätung und enormer Kostenüberschreitung

Die GPK hat die Kostenentwicklung und die Perspektiven dieses Projekts vertieft hinterfragt. In der schriftlichen Stellungnahme legte der Regierungsrat offen, dass die bewilligten Ausgaben in zwei Etappen auf 27 Millionen Franken angewachsen sind – eine Steigerung von 259 Prozent. Als Ursachen nannte er eine «zu geringe Planungstiefe» der Anforderungsbeschreibung von 2013, heterogene Bedürfnisse der beteiligten Städte, nachträgliche Anforderungen sowie eine Unterschätzung des Gesamtaufwands durch die Lieferantin. Die Einführung in Basel-Stadt ist gemäss Auskunft des Regierungsrats für Januar 2027 vorgesehen.

Auf Nachfrage der GPK bestätigte die Verwaltung, dass sie die Komplexität des Projekts unterschätzt habe. Der Departementsvorsteher ergänzte, das WSU habe sich im Glauben überschätzt, die Prozesse dreier Städte angleichen zu können. Es habe einen Moment gegeben, an dem ein Ausstieg möglich gewesen wäre – die Frage sei jedoch gewesen, wann der «*point of no return*» erreicht sei. Der Generalsekretär WSU bezeichnete das FFS rückblickend als «*hochkomplexe Silo-Lösung*» und räumte ein, dass es heute «*andere Möglichkeiten*» gäbe.

Aufgabenstellung unterschätzt

Die GPK nahm zur Kenntnis, dass die Einführung in der Stadt Bern – als erster der beteiligten Städte – zu erheblichen Belastungen und einer hohen Personalfuktuation beim Sozialdienst und der KESB geführt hatte. Der Regierungsrat versicherte, Basel-Stadt habe daraus Lehren gezogen: längere Testphasen, gezielte Schulungsangebote, schrittweise Begleitung und verstärkter Support während der Einführungsphase. Zudem seien die Basler ABES und der KJD – anders als in Bern – nicht von der Umstellung betroffen, was das Risiko begrenze. Auf die Frage, ob die 27 Millionen Franken ausreichen, versicherte die Verwaltung, die Kosten bewegten sich innerhalb dieses Rahmens.

Lehren aus der Einführung in Bern gezogen, neuer Kostenrahmen wird eingehalten

Die GPK stellt fest, dass das FFS ein Lehrstück für die Risiken darstellt, die entstehen, wenn IT-Grossprojekte auf ungenügender Planungstiefe aufbauen und städteübergreifende Kooperationen die Komplexität zusätzlich erhöhen.

Dass im Nachhinein bessere Lösungsansätze gesehen werden, unterstreicht die Bedeutung einer sorgfältigen Grundlagenarbeit zu Beginn solcher Vorhaben.

Die GPK fordert, dass bei künftigen IT-Grossprojekten die Planungsgrundlagen unabhängig überprüft werden, bevor Kreditvorlagen an den Grossen Rat gelangen.

Die GPK fordert, dass die Einführung des FFS ohne wesentliche Störungen umgesetzt wird und dass der Regierungsrat dem Grossen Rat anschliessend einen Schlussbericht mit Gesamtkostenabrechnung und einer Analyse der Kostentreiber vorlegt.

Erwerbsquote von Geflüchteten

Im Jahresbericht 2025 weist der Regierungsrat unter den Kennzahlen des Asylwesens (S. 265 ff.) eine Erwerbsquote von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen von 45 Prozent sieben Jahre nach Einreise aus. Das Ziel der Integrationsagenda liegt bei 50 Prozent.

Erwerbsquote unterhalb des angestrebten Ziels

Die GPK fragte nach den Ursachen und den geplanten Massnahmen. In der schriftlichen Stellungnahme verwies der Regierungsrat auf die positive Entwicklung seit der Integrationsagenda 2019 und darauf, dass rund ein Drittel der Betroffenen aus gesundheitlichen oder traumabedingten Gründen nicht erwerbsfähig sei. Auf Nachfrage der GPK erläuterte der Departementsvorsteher das spezifische Basler Modell, das den Spracherwerb vor dem Arbeitseinstieg priorisiere. Basel investiere mehr in den Spracherwerb als andere Kantone. Der höhere Aufwand führe kurzfristig zu einer tieferen Erwerbsquote, dafür werde die Integration nachhaltiger sein. Als wichtigste Voraussetzung nannte er einen Arbeitsmarkt, der mehr geeignete Stellen anbiete.

Basler Modell: Spracherwerb vor Arbeitseinstieg

Die GPK anerkennt den Wert einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Integrationsstrategie. Sie erwartet jedoch, dass dieser Ansatz durch belastbare Vergleichsdaten untermauert wird.

Die GPK empfiehlt eine differenzierte Analyse, die aufzeigt, ob die Basler Strategie des vorgelagerten Spracherwerbs tatsächlich zu einer nachhaltigeren Integration führt als die Ansätze anderer Kantone.

Die GPK empfiehlt, allfällige strukturelle Hindernisse – insbesondere die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen – aktiv abzubauen.

3.8.4 Amt für Umwelt und Energie (AUE)

Integration des Lufthygieneamts beider Basel ins AUE

Bereits im Jahresbericht 2024 hatte der Regierungsrat über die bevorstehende Auflösung des Lufthygieneamts beider Basel (LHA) berichtet, nachdem der Kanton Basel-Landschaft die Zusammenarbeit einseitig aufgekündigt hatte. Die GPK hatte diesen Vorgang damals kritisch kommentiert. Der Jahresbericht 2025 berichtet nun über die vollzogene Integration der Basler Aufgaben und Mitarbeitenden in das Amt für Umwelt und Energie (AUE).

Zusammenarbeit im 2024 durch den Kanton BL gekündigt

Die GPK hat nachgefragt, wie die Integration hinsichtlich Kosten, Personalübernahme und Qualitätssicherung verlaufen ist. In seiner Antwort legte der Regierungsrat die Zahlen offen: Die einmaligen Trennungskosten betrugen 280'000 Franken in der Erfolgsrechnung und 500'000 Franken für den Laborbau. Abfindungen waren keine zu leisten. Alle neun Mitarbeitenden (8,3 Vollzeitstellen) wurden ins AUE übernommen. Das Personalbudget des AUE sei sogar um 105'000 Franken unterschritten. Eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Basel-Landschaft stelle die Fortführung der Messnetze sicher, der gemeinsame Luftreinhalteplan werde weitergeführt. Auf Nachfrage der GPK bestätigte der Leiter des AUE, dass die Integration gut angelaufen sei und im Mai 2026 das umgebaute Labor bezogen werde. Der Departementsvorsteher betonte, dass die sorgfältige Prüfung der Integrationsoptionen – ein Teil ins Team Emissionen, ein anderer ins Kantonslabor – zum Gelingen beigetragen habe.

Integration wird erfolgreich umgesetzt

Die GPK stellt fest, dass die Integration des Lufthygieneamts ins Amt für Umwelt und Energie kostengünstig und ohne erkennbare Qualitätseinbussen umgesetzt wurde.

3.9 Staatsanwaltschaft

3.9.1 Allgemein

Nach einem Gewaltdelikt an einem Kind in Grossbasel West 2025 führte die öffentliche Fahndung mittels eines Phantombilds dazu, dass eine Person tatverdächtig wurde, die nach weiteren Ermittlungen unschuldig war. Aufgrund der öffentlichen Fahndung wurde diese Person mit massiven Angriffen und einer regelrechten Hetzjagd in den Sozialen Medien konfrontiert. Entsprechend interessierte sich die GPK für den Umgang mit der Herausgabe von Täterprofilen und der Suche nach Zeugen durch die Staatsanwaltschaft.

Öffentliche Fahndung resultierte in Hetzjagd in den Sozialen Medien

Am Hearing stellte der Erste Staatsanwalt klar, dass die Staatsanwaltschaft unter Berücksichtigung der Unschuldsvermutung und der Persönlichkeitsrechte im Vergleich zurückhaltend informiere und Zeugen- und Fahndungsaufrufe nur in schwerwiegenden Fällen erlasse, wenn auch alle anderen Ermittlungsansätze ausgeschöpft seien. Gleichzeitig konstatierte die Staatsanwaltschaft, dass die digitalen und mobilen Kommunikationstechnologien mögliche Gefühle verstärkten und den gesellschaftlichen Diskurs dynamisierten. Die Staatsanwaltschaft räumte zwar ein, dass sie nicht «*gegen fehlende Kinderstuben*» angehen könne und dass Vorverurteilungen hochproblematisch seien und auch die Strafzumessung beeinflussen können. Aber abgesehen von der zeitnahen Kommunikation sowohl von Festnahme als auch von Entlastung eines Tatverdächtigen habe die Staatsanwaltschaft keine Einflussmöglichkeiten.

Die GPK anerkennt, dass die Staatsanwaltschaft zurückhaltend mit den öffentlichen Fahndungen umgeht und sich an das geltende Recht hält. Dass die öffentliche Fahndung aufgrund der (beinahe) weltweit verfügbaren Daten im Internet und aufgrund der sehr persönlichen Einsichten in den Sozialen Medien eine neue Qualität gewonnen hat, kann auch nicht abgestritten werden. Auch wenn es sich um ein gesellschaftliches Phänomen handeln sollte, hat das Gemeinwesen auch gegenüber zu Unrecht tatverdächtigten Personen eine Verantwortung, wenn diese durch eine Fahndung an den öffentlichen Pranger geraten. Auch wenn dies nur seltene Einzelfälle sind, haben diese für die betroffenen Personen weitreichende Konsequenzen.

GPK begrüsst den zurückhaltenden Umgang mit öffentlichen Fahndungen

Die GPK empfiehlt, die kommunikative Umsetzung der öffentlichen Fahndung zu überprüfen.

3.9.2 Reorganisation der Strafverfolgung

Am Jahreshearing liess sich die GPK über den Stand des Projekts Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS) informieren, ausgehend von einer nicht öffentlichen externen Projektstudie über die Staatsanwaltschaft. Diese hatte verschiedene Handlungsfelder eruiert, welche bei einer Überführung der Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft zur Kantonspolizei angegangen werden müssen. Die GPK interessierte sich dabei für mögliche Anpassungen und Learnings für die aktuelle Organisation der Staatsanwaltschaft.

Zu den teilweise deutlichen Feststellungen der externen Projektstudie verwies der Erste Staatsanwalt ausführlich neben der baselstädtischen Situation auf das nationale Projekt der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) «*Evaluierung Überlastung Strafverfolgung*». Insgesamt sei die Überlastung ein schweizweites Problem. So beschäftige sich auch die Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz mit möglichen Entlastungsmassnahmen, um des Pendenzenbergs Herr zu werden. Eine geplante Massnahme sei, dass sich eine Stelle bei der Staatsanwaltschaft vor allem um Gerichtsstandsverfahren und andere abteilungsübergreifende Verfahren kümmere. Um der Situation zu begegnen, sieht der Erste Staatsanwalt drei mögliche Hebel:

Projektstudie enthält deutlich Kritik

1. Entschlackung des Strafprozessrechts: Gewisse Bereiche lägen hier in der gesetzgebenden Verantwortung, worauf die Staatsanwaltschaft keinen Einfluss habe. Bei der Staatsanwaltschaft sei im Moment ein Konzept in der Wirtschaftsabteilung hängig, das abgekürzte Verfahren ausweiten möchte.
2. Personal: Die Dotierung sei wichtig. Auf Frage der GPK nach den Auswirkungen der im letzten Jahr zusätzlich gesprochenen Stellen, verwies die Staatsanwaltschaft darauf, dass die Stellen hätten besetzt werden können, eine Entlastung aber erst nach der Einarbeitungsphase spürbar sein werde. Daneben sollten auch neue Funktionen angedacht werden. Einige Kantone würden sogenannte Assistenz-Staatsanwältinnen und -anwälte sowie Untersuchungsbeamtinnen mit zusätzlichen Funktionen kennen, was für kleinere und weniger komplexe Verfahren auch in Basel-Stadt geprüft werden könnte.
3. Organisation: Dies müsse im Rahmen von ReoS angeschaut werden. Dabei seien in gewissen Bereichen wie zum Beispiel die digitale Kriminalität oder die Forensik auch regionale Kompetenzzentren zu prüfen.

Erster Staatsanwalt nennt drei Hebel

Der Erste Staatsanwalt nahm die relativ «ungeschminkte Kritik» der externen Projektstudie zur Kenntnis und wollte diese auch nicht abtun. Er verwies aber darauf, dass erstens intensiv an den organisatorischen Fragen gearbeitet werde und zweitens die Studie die Herausforderungen des Tagesgeschäfts ausblende.

In den letzten Jahren hat sich die GPK bei den Hearings mit der Staatsanwaltschaft und mit der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Organisation erkundigt, um dem unhaltbaren Zustand entgegenzuwirken, dass Verfahren nicht aufgenommen werden können. Hinsichtlich des Strafprozessrechts liegt der Handlungsspielraum auf Bundesebene. Beim Personal hat der Grosse Rat zuletzt 2025 entgegen dem Antrag des Regierungsrats eine deutliche Erhöhung der Ressourcen gesprochen. Bei der Organisation besteht, wie die Projektstudie nun auch zeigt, weiterhin Verbesserungsbedarf.

Die GPK hat in den vergangenen Jahren auf Optimierungsbedarf unter anderem bei der Organisation der Geschäftsleitung, bei der Strukturierung oder auch bezüglich der erhobenen Kennzahlen hingewiesen – alles Themen, welche nun von der Projektstudie bestätigt wurden.

GPK verwies wiederholt auf Optimierungsbedarf

Beispielsweise hinsichtlich der Quantifizierung der Verfahren als Hebel für das Organisationsmanagement stellte sich der Erste Staatsanwalt auf den Standpunkt, dass auch die aktuellen technischen Mittel nicht zur Verfügung stünden, um die nötigen Kennzahlen zu liefern. Dies zeigte sich auch nochmals bei Nachfragen der GPK betreffend Kennzahlen zur Geldwäscherei. Es stehen nicht nur keine Zahlen zu den Anzeigen zur Verfügung, sondern es gibt auch keinen systematischen Austausch mit der Kantonspolizei dazu, obwohl das Thema virulent ist (siehe auch GPK-Bericht 2024).

Im Rahmen des Hearings konnte sich die GPK nochmals überzeugen, dass es weiterhin Optimierungsbedarf bei der Staatsanwaltschaft gibt, die im Rahmen von ReoS angegangen werden sollten. Erfreulicherweise sieht auch die Staatsanwaltschaft ReoS als Chance. Ohne aus der externen Studie zu viel preiszugeben, erhofft die GPK, dass die Leitung der Staatsanwaltschaft die nötigen Schlüsse daraus zieht.

Die GPK empfiehlt, ReoS für eine gesamtheitliche Verbesserung der Strafverfolgung auch in der Staatsanwaltschaft zu nutzen und wiederholt ihre Empfehlung, die Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft im Rahmen von ReoS zu stärken.

Schliesslich konnte die GPK feststellen, dass die Staatsanwaltschaft nach längerer Suche neue Räumlichkeiten an der Binningerstrasse gefunden hat. Die GPK hatte in den Vorjahren unter dem Eindruck, dass die IBS hier zu wenig aktiv agiert, den Regierungsrat mehrfach darauf hingewiesen, dass für die Staatsanwaltschaft Räumlichkeiten gefunden werden sollten. Die Abteilung Wirtschaftsdelikte wird die neuen Räumlichkeiten im kommenden Jahr bis auf weiteres beziehen. Die räumliche Organisation der Abteilungen wird auch im Rahmen von ReoS überprüft.

Neue Räumlichkeiten

3.9.3 Fallbelastung und Pendenzen

Der Jahresbericht 2025 weist für die Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft per Anfang 2026 insgesamt 106'359 pendente Verfahren aus, wovon lediglich 5'734 aktiv bearbeitet werden. Im Erwachsenenbereich stiegen die Pendenzen insgesamt auf 11'304 (Vorjahr: 11'148), die Rückstände – also Verfahren

gegen bekannte Täterschaft, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt – auf 4'045 (Vorjahr: 3'446), was einem Anstieg von 17 Prozent entspricht. Gleichzeitig stieg die Anzahl der an das Strafgericht überwiesenen Anklagen um 11 Prozent auf 302, wobei die Abteilung Wirtschaftsdelikte mit 61 Anklagen einen Höchstwert verzeichnete.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass die Fallbelastung ein schweizweites Problem darstellt. Der Erste Staatsanwalt verwies auf Nachfrage der GPK auf die KKJPD, die in einem nationalen Projekt Entlastungsmassnahmen prüfe. Gleichzeitig bestätigte er, dass der Kanton Basel-Stadt mit einer Zunahme der StGB-Anzeigen von 48 Prozent seit 2010 – bei einem Bevölkerungswachstum von lediglich 12 Prozent – über dem schweizerischen Trend liege.

*Fallbelastung
schweizweites Problem*

Die GPK hat die Struktur der nicht aktiv bearbeiteten Verfahren detaillierter hinterfragt. Von den rund 100'000 nicht aktiv bearbeiteten Fällen bei der Kriminalpolizei betreffen rund 30'000 die Fahrzeugfahndung. Bei lediglich 45 der ruhenden Fälle ist die Täterschaft namentlich bekannt, wobei diese wegen Flucht oder fehlender Ermittlungsansätze nicht weiterbearbeitet werden können. Die GPK stellt fest, dass diese Zahl im Vergleich zur Gesamtmasse tief erscheint. Es stellt sich die Frage, wie «*bekannte Täterschaft*» definiert wird und ob es darunter eine nennenswerte Zahl von Fällen gibt, bei denen die Täterschaft zwar nicht namentlich bekannt, aber mit vertretbarem Aufwand ermittelbar wäre. Der Erste Staatsanwalt räumte auf Nachfrage der GPK ein, dass unter den ruhenden Fällen auch solche mit Ermittlungsansatz seien, konnte das Verhältnis aber nicht beziffern.

Weiter stellte die GPK fest, dass 2025 insgesamt 3'492 Verfahren der Kriminalpolizei wegen Verjährung eingestellt werden mussten, davon 94 mit namentlich bekannter Täterschaft. Auf Nachfrage der GPK teilte der Erste Staatsanwalt mit, dass es sich dabei überwiegend um Antragsdelikte wie Ehrverletzungen handle. Die GPK versteht dies als notwendige Folge der Priorisierung schwerer Delikte, hält die Zahl aber gleichwohl für relevant: Jeder wegen Verjährung eingestellte Fall mit identifiziertem Tatverdächtigen bedeutet, dass der Rechtsstaat sein Strafverfolgungsversprechen nicht einlösen konnte.

Die GPK hat bereits in ihrem Rechenschaftsbericht 2024 festgehalten, dass die Staatsanwaltschaft unzureichend mit Stellen ausgestattet sei. Sie bekräftigt diese Einschätzung. Gleichzeitig stellt sie fest, dass die Staatsanwaltschaft nach wie vor nicht über Kennzahlen verfügt, die eine differenzierte Steuerung und parlamentarische Wirkungskontrolle ermöglichen würden. Die Geschäftsverwaltung (Juris 5) lasse entsprechende Auswertungen nicht zu; die Ablösung stehe im Übrigen auch im weiteren Zusammenhang mit dem Projekt Justitia 4.0 an. Die GPK erwartet, dass im Rahmen der Neuanschaffung einer Geschäftsverwaltung die Anforderungen an eine aussagekräftige Leistungsstatistik verbindlich definiert werden.

*GPK wiederholt:
Staatsanwaltschaft
ist unzureichend mit
Stellen ausgestattet*

Die GPK empfiehlt der Staatsanwaltschaft, im Rahmen der neuen Geschäftsverwaltung ein Kennzahlensystem einzuführen, das eine parlamentarische Wirkungskontrolle der eingesetzten Ressourcen ermöglicht.

3.9.4 Einvernahmen nach Art. 352a StPO

Seit Anfang 2024 verlangt Art. 352a StPO eine Einvernahme durch die Staatsanwaltschaft, wenn im Strafbefehl eine zu verbüssende Freiheitsstrafe ausgesprochen werden soll. Im Jahresbericht 2025 stellt die Strafbefehlsabteilung

*Weniger als ein Viertel der erforderlichen
Einvernahmen
durchgeführt*

der Staatsanwaltschaft indessen fest, dass aufgrund der vorhandenen Ressourcen nur etwas weniger als ein Viertel der erforderlichen Einvernahmen durchgeführt werden konnte.

Auf schriftliche Nachfrage der GPK, wie die Staatsanwaltschaft dem Umstand begegne, dass damit systematisch gegen eine Prozessvorschrift verstossen werde, teilte die Staatsanwaltschaft mit, sie verstosse gegen keine Prozessvorschrift: Könne keine Einvernahme durchgeführt werden, werde kein Strafbefehl mit einer zu verbüssenden Freiheitsstrafe ausgesprochen, sondern in der Regel eine unbedingte Geldstrafe als Sanktion gewählt.

Zwischen der Aussage im Jahresbericht und der schriftlichen Antwort besteht ein Spannungsverhältnis: Der Jahresbericht spricht von «*erforderlichen Einvernahmen*», die nur zu einem Viertel durchgeführt werden konnten – was voraussetzt, dass eine Freiheitsstrafe beabsichtigt war. Die schriftliche Antwort besagt hingegen, es werde in solchen Fällen gar keine Freiheitsstrafe ausgesprochen. Daraus folgt, dass die Staatsanwaltschaft die Sanktionswahl systematisch an die Ressourcenlage anpasst: Wer eigentlich eine zu verbüssende Freiheitsstrafe erhalten sollte, erhält eine Geldstrafe, weil die Einvernahme nicht durchgeführt werden kann.

Auf Nachfrage der GPK bestätigte der Erste Staatsanwalt diesen Befund. In der Strafbefehlsabteilung gab es 24 Strafbefehle mit Freiheitsstrafe (2024: 36). Strafbefehle ohne Freiheitsstrafe waren es 2025 insgesamt 82 (2024: 98). Er räumte ein, dass das Ergebnis nicht im Sinne des Gesetzgebers sei, die Alternative aber ein Antrag für zwei zusätzliche Untersuchungsbeamte wäre.

*Erster Staatsanwalt:
Ergebnis nicht im
Sinne des Gesetz-
gebers*

Die GPK hält dieses Ergebnis für rechtsstaatlich problematisch. Zwar wird formal kein Prozessrecht verletzt, da die Einvernahme nur bei Freiheitsstrafe vorgeschrieben ist. Materiell wird jedoch eine Bundesnorm durch die systematische Absenkung der Sanktion umgangen. Die Konsequenz ist, dass beschuldigte Personen, deren Tat eine Freiheitsstrafe erfordert, eine mildere Sanktion erhalten – nicht, weil die Tat eine mildere Strafe verdient, sondern weil die Staatsanwaltschaft über ungenügende Mittel verfügt, um die gesetzlich vorgeschriebene Einvernahme durchzuführen. Der Erste Staatsanwalt bestätigte auf Nachfrage zudem die Problematik, dass beschuldigte Personen, die nicht zur Einvernahme erscheinen beispielsweise häufig wegen des unbekannten oder nicht in der Schweiz liegenden Aufenthaltsorts der beschuldigten Personen, faktisch eine mildere Sanktion «*wählen*» könnten.

Die GPK empfiehlt der Staatsanwaltschaft, in der Jahresberichterstattung die Anzahl der Fälle auszuweisen, in denen die Sanktion wegen der unterbliebenen Einvernahme nach Art. 352a StPO auf eine Geldstrafe abgesenkt wurde. Falls die bestehenden Ressourcen die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Einvernahmen nicht erlauben, empfiehlt die GPK eine entsprechende Zuordnung der Ressourcen oder die Ausarbeitung eines begründeten Stellenantrags.

3.9.5 Geldwäscherei und Fassadenbetriebe

Der Jahresbericht 2025 enthält keine Angaben zu aktiven Ermittlungen gegen Geschäftsbetriebe mit nicht plausiblen Umsatz- und Geschäftsmodell. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für Basel-Stadt weist für 2025 insgesamt 134 Anzeigen wegen des Verdachts auf Geldwäscherei (Art. 305bis StGB) aus, was gegenüber 89 im Vorjahr und 48 im Jahr 2019 eine markante Zunahme darstellt.

Die GPK hat sich vertieft für die Frage interessiert, ob die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt über Strukturen zur systematischen Bekämpfung von Geldwäscherei im Zusammenhang mit sogenannten Fassadenbetrieben verfügt – etwa Barber Shops, Nagelstudios oder Quartiercafés, deren Umsatz in keinem plausiblen Verhältnis zum sichtbaren Kundenaufkommen steht. Das Phänomen ist schweizweit bekannt: Das Fedpol führt ein eigenes Projekt «Barber-shop», in Bern finden koordinierte Verbundkontrollen statt (Pariter-Kontrollen), und der Kanton Zürich verfügt über eine Geldwäscherei-Taskforce bei der Kantonspolizei.

Die Staatsanwaltschaft verwies in ihrer schriftlichen Antwort auf die Zuständigkeit der Kantonspolizei für präventive Kontrollen und teilte mit, sie könne ohne konkreten Tatverdacht nicht tätig werden. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Steuerverwaltung, Gewerbepolizei, Mehrwertsteuer-Kontrollen und Staatsanwaltschaft – analog dem Berner Modell – existiere nicht. Auf Nachfrage der GPK konnte der Erste Staatsanwalt keine Angaben zur Anzahl der gegen solche Betriebe eröffneten Verfahren machen.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit existiert nicht

Die Nachlieferung der Staatsanwaltschaft auf die Nachfragen der GPK brachte Klarheit: Die Abteilung Wirtschaftsdelikte hat im Berichtsjahr kein einziges Verfahren aufgrund von Anzeigen oder Hinweisen der Kantonspolizei gegen solche Betriebe eröffnet. Zudem findet zwischen der Abteilung Wirtschaftsdelikte und der Kantonspolizei zurzeit kein systematischer Austausch zu dieser Thematik statt. Auf die Frage, ob eine Geldwäscherei-Taskforce wünschenswert wäre, verwies die Staatsanwaltschaft auf punktuelle Runde Tische zu einzelnen Deliktsfeldern und auf das Projekt ReoS, in dessen Rahmen auch die Bekämpfung organisierter Kriminalität ein Thema sein werde.

Dieser Befund ergibt ein klares Bild: In einem Deliktsfeld, das national an Bedeutung gewinnt – die Geldwäscherei-Anzeigen im Kanton Basel-Stadt haben sich seit 2019 fast verdreifacht –, besteht weder eine systematische Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft noch eine Ermittlungsstrategie auf Stufe Wirtschaftsdelikte. Gleichzeitig verweisen beide Organisationen auf die jeweils andere als primär zuständig. Die Vorsteherin des JSD erklärte auf Nachfrage der GPK, bei der organisierten Kriminalität sei «*tatsächlich zu wenig gemacht worden*» und das Thema werde im Rahmen von ReoS personell und organisatorisch neu aufgestellt. Die GPK begrüsst diese Absicht.

Die GPK fordert, dass die Staatsanwaltschaft im Rahmen des nächsten Jahresberichts darlegt, wie die Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft bei der Bekämpfung von Geldwäscherei über Fassadenbetriebe konkret ausgestaltet ist und ob Verfahren in diesem Bereich eröffnet wurden.

Die GPK fordert, dass die Schaffung einer interdisziplinären Struktur geprüft wird, welche die Erkennung und Verfolgung solcher Geschäftsmodelle systematisch koordiniert.

3.9.6 Dezernat Digitale Kriminalität (DDK)

Der Jahresbericht 2025 beschreibt die Lage im Dezernat Digitale Kriminalität (DDK) in drastischen Worten: Man kämpfe «*teilweise mit Pfeil und Bogen gegen Drohnenschwärme*». Konkrete Zahlen zum Verhältnis zwischen eingehenden und bearbeiteten Cybercrime-Fällen enthält er jedoch nicht.

Das DDK wurde 2020 mit rund zehn Stellen eingerichtet und verfügt heute über 15 fest sowie zwei befristet Angestellte. Die Arbeitsleistung ist beträchtlich: 68 Hardware-Aufträge mit rund 80'000 Gigabyte gesicherter Daten, rund 400 Telefonauswertungen, knapp 90 internationale Anfragen und 30 OSINT-Recherchen mit einem Zeitaufwand von rund 500 Stunden im Berichtsjahr. Gleichzeitig konnte die Staatsanwaltschaft nicht beziffern, wie viele Cybercrime-Anzeigen mangels Kapazität nicht bearbeitet werden konnten – entsprechende Auswertungen lägen nicht vor und könnten auch nicht kurzfristig erstellt werden.

Die GPK stellt fest, dass ein Bereich, der einerseits eine dramatische Überlastung schildert und andererseits nicht in der Lage ist, die Bearbeitungslücke zu beziffern, über keine ausreichende Steuerungsgrundlage verfügt.

Ohne diese Grundlage kann weder die Behörde selbst Prioritäten evidenzbasiert setzen, noch das Parlament über zusätzliche Ressourcen sachgerecht entscheiden.

Das Retentionsproblem verschärft die Lage. Die durchschnittliche Verweildauer ziviler Mitarbeitender im DDK beträgt lediglich 2,5 bis 3 Jahre. Die Mitarbeitenden werden im DDK ausgebildet und wechseln danach in die besser bezahlte Privatwirtschaft. Eine formale Lohnbenchmark-Analyse gegenüber der Privatwirtschaft wurde nicht durchgeführt; die Leitung des DDK stützt sich auf eigene Erfahrungswerte. Auf Nachfrage der GPK erklärte der Erste Staatsanwalt, dass die zivilen IT-Fachkräfte der Staatsanwaltschaft nicht vom kürzlich beschlossenen Lohnmassnahmenpaket für die Kantonspolizei profitierten. Die GPK erachtet dies als ein systemisches Problem: Die Strafverfolgung investiert in die Ausbildung von Fachkräften, die nach kurzer Zeit an die Privatwirtschaft verloren gehen, ohne dass eine Lohnstrategie vorliegt.

Die GPK empfiehlt der Staatsanwaltschaft, eine Methodik zu entwickeln, die den Rückstau im Bereich Cybercrime zumindest grössenordnungsmässig beziffern kann.

Die GPK empfiehlt der Staatsanwaltschaft, in Zusammenarbeit mit HR BS eine formale Lohnvergleichsanalyse für die DDK-Schlüsselrollen durchzuführen.

Die GPK empfiehlt, die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums für digitale Forensik zu prüfen.

3.9.7 Jugendliche Intensivtäter

Der Jahresbericht 2025 schildert, dass die Zuweisung jugendlicher Intensivtäter zu geeigneten Massnahmen «*äusserst herausfordernd*» sei, da Jugendliche «*wegen ihres Alters, ihrer komplexen Problemlagen und ihrer Gewaltbereitschaft in keiner Institution mehr Aufnahme fanden*». Die Lage ist nicht auf Basel-Stadt beschränkt: Schweizweit existieren lediglich drei geschlossene Massnahmenzentren für Jugendliche (Uitikon/ZH, Kalchrain/TG, Arxhof/BL). Der Kanton Basel-Stadt verfügt über kein eigenes Massnahmenzentrum.

Auf schriftliche Nachfrage der GPK konkretisierte die Staatsanwaltschaft den Befund: Im Jahr 2025 konnte bei zwei Jugendlichen unter 15 Jahren keine geeignete stationäre Unterbringung gefunden werden. Beide traten in der Folge wieder mehrfach deliktisch in Erscheinung und generierten neue Opfer.

2025: Keine stationäre Unterbringung für zwei Jugendliche unter 15 Jahren möglich

Insgesamt verbrachten vier Jugendliche – alle zwischen 2008 und 2009 geboren – zusammen 104 Tage auf der Jugendstation des Untersuchungsgefängnisses Waaghof, weil kein anderer Platz zur Verfügung stand. Die einzelnen Aufenthalte betrugen 4, 14, 25 und 61 Tage.

Die GPK hat in ihren Nachfragen die Frage gestellt, ob es sich um ein Systemversagen mit unmittelbarer Konsequenz für Geschädigte handle. Die Staatsanwaltschaft bestätigte dies ausdrücklich: Die beiden Jugendlichen seien *«zweifelsfrei stark massnahmenbedürftig»* gewesen; eine Unterbringung wäre *«für den Schutz Dritter vor schwerwiegender Gefährdung notwendig gewesen»*. Dass sie nach Sistierung der und Entlassung aus den Massnahmen wieder deliktisch in Erscheinung traten, sei *«vorhersehbar»* gewesen. Es könne *«in diesen Einzelfällen in der Tat von einem Systemversagen gesprochen werden»*.

Die juristische Grundlage für die vorübergehende Unterbringung im Waaghof bildet Art. 5 des Jugendstrafgesetzes (vorsorgliche Schutzmassnahmen). Das Bundesgericht hat in seinem Urteil 1B_437/2011 eine vorübergehende Platzierung in einem Gefängnis für eine Dauer von drei bis sechs Monaten als zulässig erachtet, sofern intensiv nach einem geeigneteren Platz gesucht werde. Auf der Jugendstation des Waaghofs sind die Jugendlichen strikt von Erwachsenen getrennt und werden sozialpädagogisch betreut. Sie haben keinen Ausgang. Laufende Therapien können weitergeführt werden; zum Schulunterricht während dieser Aufenthalte machte die Staatsanwaltschaft keine Angaben.

Auf die Frage, ob die Jugendanwaltschaft als besonders informierte Stelle den Regierungsrat über den Bedarf orientiert oder Anträge formuliert habe, teilte die Staatsanwaltschaft mit, dies sei nicht geschehen. Sie verwies auf die gesamtschweizerische Dimension des Problems und auf die Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege (SVJ), die sich der Thematik angenommen habe. Zudem sei im Massnahmenzentrum Uitikon (ZH) im Frühjahr 2026 ein Pilotprojekt für vorübergehende Timeout-Plätze gestartet worden.

Die GPK hält den Befund für gravierend. Die Staatsanwaltschaft selbst spricht von einem Systemversagen mit vorhersehbaren Folgen für die öffentliche Sicherheit. Gleichzeitig hat die zuständige Jugendanwaltschaft keinen formellen Antrag an den Regierungsrat zur Schliessung der Lücke gestellt. Die GPK erkennt nicht, dass die Schaffung von Massnahmenplätzen primär eine Aufgabe der Exekutive ist und dass das Problem über die Kantonsgrenzen hinausreicht. Sie erwartet jedoch, dass eine Behörde, die ein Systemversagen mit konkreten Opfern konstatiert, den politischen Entscheidungsträgern diesen Befund in geeigneter Form unterbreitet – was bis dato nicht geschehen ist.

Die GPK empfiehlt der Staatsanwaltschaft darzulegen, welche konkreten Massnahmen sie zur Schliessung der Versorgungslücke bei stationären Massnahmenplätzen für unter 15-jährige Intensivtäter ergreift, und dabei sowohl kantonale als auch interkantonale Lösungen zu prüfen.

4. Bemerkungen zum Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte

4.1 Vorbemerkung

In Übereinkunft zwischen dem Regierungsrat, dem Gerichtsrat und der GPK berichten die unabhängigen Basler Gerichte in zweifacher Form: Einerseits im Jahresbericht des Regierungsrates 2025 im Kapitel 3.9 in kürzerer Form, andererseits in ihrem ausführlichen Bericht, der ausschliesslich online unter www.gerichte.bs.ch publiziert wird.

4.2 Beschwerden über Gerichtsverfahren oder Gerichtsmitglieder

Im Verlauf eines Jahres wenden sich immer wieder Einzelpersonen an die GPK mit Beschwerden über sie betreffende Verfahren. Nicht wenige dieser Beschwerden sind als querulatorisch anzusehen oder beziehen sich auf juristische Sachverhalte, deren Bewertung der Legislative nicht zusteht.

Einzelpersonen wenden sich mit Beschwerden zu Verfahren an GPK

Andere Beschwerden richten sich gegen die Art der Verfahrensleitung in unterschiedlicher Form. Entsprechend interessierte sich die GPK dafür, wie die Gerichte solche Beschwerden bei sich intern behandeln.

Nach Auskunft des Gerichtsrats gibt es ausserhalb der formellen Rechtsmittel (Beschwerden und Berufungen) keine Vorgaben, sondern es liegt an den einzelnen Gerichten selbst, die an Verfahren beteiligten Personen auf die Möglichkeit einer aufsichtsrechtlichen Beschwerde oder eines Ausstandsgesuchs hinzuweisen.

Ausser den formellen Rechtsmitteln keine Vorgaben

Die beiden Aufsichtsbeschwerden des Jahres 2025 seien abgewiesen worden. Rundum-Eingaben, welche oft an viele Stellen (vom Bundesrat bis zur GPK) gerichtet sind, würden schriftlich beantwortet, wenn es sich nicht nur um reine Orientierungskopien handle.

Beschweren sich Verfahrensbeteiligte bei einem Gericht über ein Gerichtsmitglied oder hat ein Gerichtsmitglied sehr viele Pendenzen, «so besteht im Sinne einer gerichtswinteren Aufsicht die Möglichkeit des kollegialen Gesprächs, sei es zwischen dem vorsitzenden Präsidiumsmitglied und der betroffenen Gerichtsperson oder im Rahmen einer Präsidienkonferenz». Daneben wies der Vorsitzende des Gerichtsrats am Hearing mit der GPK darauf hin, dass der Gerichtsrat für einen Austausch mit der GPK bezüglich des Vorgehens bei gleichzeitig an die Aufsichtsbehörde und die Oheraufsichtsbehörde gerichteten Beschwerden offenstehe.

Die GPK dankt dem Gerichtsrat für die Ausführungen bezüglich der Beschwerden und das Interesse an einer Zusammenarbeit bei möglichen Beschwerden über Gerichtsmitglieder. Nicht nachvollziehbar ist, dass angesichts der immer wieder vorkommenden Beschwerden – seien sie am Schluss begründet oder nicht – keine über alle Gerichte hinweg oder auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gerichte angepasste institutionalisierte Praxis oder Handreichung besteht, wie mit solchen Beschwerden umgegangen werden soll. Insbesondere stellt sich die Frage, wie zwischen den Gerichtspräsidien die gerichtswinterne Aufsicht gewährleistet wird, und ob dafür das kollegiale Gespräch ausreicht.

Die GPK empfiehlt dem Gerichtsrat, die gerichtswinterne Aufsicht einer Überprüfung zu unterziehen.

4.3 Gerichtsrat

4.3.1 IT-Souveränität

Der Regierungsrat hat im vergangenen Jahr auf eigene Verantwortung entschieden, die Daten des Kantons in eine US-Cloud zu übergeben. Da die Gerichte wegen dieses Entscheids die Sicherheit und Souveränität der sensiblen Gerichtsdaten gefährdet sehen, plant der Gerichtsrat eine neue IT-Organisation ausserhalb des Kantons. Die GPK berichtete dazu im letzten Jahresbericht.

In der Zwischenzeit haben die Gerichte ein Projekt aufgelegt, dessen einmaligen Investitionskosten sich auf 2 Millionen Franken belaufen und dessen Betriebskosten jährlich 1 Million Franken betragen. Das Projekt sieht die Aufstockung um drei Vollzeitstellen und damit auch eine neue Organisation der Gerichts-IT vor. 2027 soll diese Reorganisation abgeschlossen sein.

Gerichte haben eigenes IT-Projekt aufgelegt

Im Verlauf des Jahres 2025 wurde mit dem Regierungsrat auch die Abgrenzung zu IT BS geklärt. Weiterhin durch IT BS werden die Services Datacenter, Datacenter Housing, IntraBS, Kantonaler Datenmarkt, WEBBS, EGOV Basis, IT PPM, SAP betrieben.

Der Sekretär des Gerichtsrats wies darauf hin, dass aktuell auch noch eine Abhängigkeit von der aktuellen MS-Software vorhanden sei, die in der jetzigen Ablösungsphase nicht auch ersetzt werden könne. Es bestehe aber ein Austausch mit der Datenschutzbeauftragten, wobei dieser auch zukünftige Fragen zu Open Source umfasse.

4.3.2 Urlaubsregelungen

In seinem Jahresbericht weist der Gerichtsrat auf eine Anpassung des Personalreglements hin. Diese Ergänzung sollte Unklarheiten bezüglich den Ferienregelungen der Gerichtspräsidien ausräumen und wurde am 19. August 2025 vom Gerichtsrat nach Konsultation aller Gerichte beschlossen. Die Gerichtspräsidien arbeiten im Modell der Vertrauensarbeitszeit. Das heisst, sie können keine Überstunden aufschreiben, sondern erhalten fünf Ausgleichstage. Auch haben die Gerichtspräsidien keinen Ferienanspruch – dies ist auch bei den Mitgliedern des Regierungsrats als Magistratspersonen der Fall. Da jedoch auch Gerichtspräsidien ein Anrecht auf Erholung haben, können sie in die Ferien gehen, sofern der Gerichtsbetrieb dabei gewährleistet wird. Die Anpassung war aus Sicht des Gerichtsrats nötig, um zu verdeutlichen, dass mangels eines Ferienanspruchs nicht bezogene Ferientage auch nicht ausgezahlt werden können.

Gemäss dem Jahresbericht konnte diese Anpassung des Personalreglements bis auf eine Differenz abgeschlossen werden. Diese besteht zwischen dem Gerichtsrat und der Gerichtspräsidentin des Jugendgerichts. Im Zuge der Auseinandersetzung, ob nun ein Anspruch auf Auszahlung besteht oder nicht, hat nun der Gerichtsrat eine Aufsichtsanzeige beim Appellationsgericht eingereicht. Denn der Gerichtsrat ist nicht direkt für die Aufsicht über das Jugendgericht zuständig – diese liegt beim Appellationsgericht, das aber nicht für das Reglement zuständig ist. Zudem ist auch noch das HR PD involviert, das für die Gerichte die Personal- und Lohnadministration übernimmt.

Weiterhin Differenz zwischen Gerichtsrat und Gerichtspräsidentin

Die GPK nimmt dies zur Kenntnis. Aufgrund des zum Zeitpunkt der Abfassung des GPK-Berichts laufenden Verfahrens am Appellationsgericht nimmt die GPK als Legislativorgan dazu keine Stellung.

4.4 Sozialversicherungsgericht

Im Nachgang des im 2025 beendeten Umbaus und der Sanierung der Gerichte an der Bäumleingasse wurde im Sozialversicherungsgericht ein Stillzimmer für die Gerichte an der Bäumleingasse eingerichtet, das allen Mitarbeiterinnen zur Verfügung steht und von allen gebucht werden kann. Wenn das Zimmer nicht zum Stillen genutzt wird, steht es den Gerichtsschreibenden auch als Arbeitsplatz zur Verfügung. Am Zivilgericht befindet sich ein Wickeltisch. Auslöser für diese Massnahmen war eine Sensibilisierungsaktion des Staatssekretariats für Wirtschaft «Stillen am Arbeitsplatz», da die Arbeitgebenden dafür verantwortlich sind, dass Angestellte ungestört stillen oder abpumpen können und Schwangere einen Erholungsraum finden.

Die GPK begrüsst diese Massnahmen, insbesondere auch da sie für alle Gerichte an der Bäumleingasse konzipiert wurde. Sollten sich diese Massnahmen bewähren, wäre eine entsprechende Überprüfung einer Einrichtung eines Stillzimmers in anderen Verwaltungseinheiten zu prüfen.

GPK begrüsst Einrichtung eines Stillzimmers

4.5 Gericht für Fürsorgerische Unterbringung und Jugendgericht

Am Hearing zum Jahresbericht der Gerichte interessierte sich die GPK insbesondere für die Arbeitssituation aufgrund von Baumängeln an der Bäumleingasse, für die Personalerhöhung am Gericht für fürsorgerische Unterbringung (FU-Gericht) und die organisatorische Entflechtung sowie für die getroffenen Massnahmen nach einem tätlichen Angriff im Sommer 2025 auf eine Gerichtsperson. Aus diesem Grund nahmen neben dem Vorsitzenden und dem Sekretär des Gerichtsrats auch die Gerichtspräsidentinnen des FU-Gerichts und des Jugendgerichts teil.

4.5.1 Personalsituation

Sowohl am Jugend- als auch am FU-Gericht wurde in den vergangenen Jahren die Arbeitslast beklagt. Die Präsidentin des Jugendgerichts wies entsprechend darauf hin, dass die Gerichtsfälle die Besonderheit hätten, dass sie nicht öffentlich seien und gleichzeitig auch ein verschärftes Beschleunigungsgebot gelte. Das heisst, die Fälle müssen innerhalb kürzester Zeit verhandelt werden. Bei Akten von teilweise über 6000 Seiten sei der Aufwand für das Gericht enorm. Beim Jugendgericht landen Fälle von Jugendlichen mit schweren Problemen. Neben der Gerichtspräsidentin oder ihren Stellvertretenden nehmen an den Verhandlungen auch Jugendpsychiaterinnen oder Sozialarbeiter im Dreiergremium Einsitz, damit eine umfassende Beurteilung der Jugendlichen möglich wird. Das Jugendstrafrecht orientiert sich anders als das Erwachsenenstrafrecht denn auch weniger auf die Bestrafung der Tatverdächtigen als an der Reintegration der Täterinnen und Täter. Während die Jugendanwaltschaft viele einfachere Fälle selbst behandeln könne, kümmere sich das Jugendgericht um Personen, die schwere Delikte begangen haben. Die Hauptverhandlungen finden innert drei Monaten statt und dauern einen bis vier Tage.

Wie bei der Staatsanwaltschaft und bei anderen Gerichten hat der Formalisierungsgrad durch die Anpassungen der StPO in den letzten fünfzehn Jahren zugenommen. Um den Aufwand zu bewältigen, wurde das Pensum des Präsidiums 2018 auf 50 Prozent aufgestockt und 2024 erhielten das FU- und das Jugendgericht zusätzliche 80 Stellenprozente im gemeinsamen Sekretariat,

Hohe Arbeitslast am Jugend- und FU-Gericht

Aufstockung der Pensen der Gerichtspräsidenten

was es ermöglicht, dass Querschnittsfunktionen vom Präsidium an das Sekretariat abgegeben werden können. Zudem verfügen die beiden Gerichte über 110 Stellenprozente für Gerichtsschreibende. Schliesslich hat der Grosse Rat 2026 einer Aufstockung der Stellenprozente des Präsidiums des FU-Gerichts zugestimmt (Geschäftsnummer: 26.5070.01).

Auch am FU-Gericht sei die Arbeitssituation immer noch angespannt, vor allem bei den Gerichtsschreibenden wurde ein weiterer Bedarf angemeldet. Denn auch das FU-Gericht müsse seine Fälle möglichst rasch erledigen. Dieses beschäftigt sich mit Erwachsenen, welche gegen verfügte fürsorgerische Unterbringung oder Zwangsmedikation Beschwerde erheben. Neben der grossen Bandbreite der Fälle – von Suchterkrankten bis zu dementen Menschen – sowie der grossen Fülle der zu berücksichtigenden Akten ist am FU-Gericht auch eine schnelle Verhandlung wichtig. Diese findet in der Regel direkt in der UPK oder im Felix-Platter-Spital statt. Um die betroffenen Personen, die sich ohnehin schon in einer Ausnahmesituation befänden, auf die Verhandlung vorzubereiten, hat die Präsidentin des FU-Gerichts verschiedene Videos zum Verfahren am FU-Gericht erstellen lassen. Der GPK wurden diese Erklärvideos zur Verfügung gestellt. Gemäss Gerichtspräsidentin werden diese gemeinsam mit dem Stv. Klinikdirektor Klinik für Erwachsene an der UPK ausgewertet. Zudem wurden aufgrund eines tätlichen Angriffs einer Beschwerdeführerin auf eine Stellvertreterin der Gerichtspräsidentin die Abläufe und Merkblätter der UPK überarbeitet und weitere Massnahmen getroffen, um die Sicherheit zu erhöhen, aber gleichzeitig patientengerecht zu verhandeln.

Das Jugendgericht und das FU-Gericht versprechen sich aufgrund von Synergieeffekten von einer möglichen Entflechtung der Gerichte eine Stärkung ihrer Ressourcen (siehe unten). Der Vorsitzende des Gerichtsrats anerkannte die Situation an den beiden Gerichten und wies daraufhin, dass einerseits die Basler Gerichte bewusst eine hohe Autonomie innehätten und jeweils selbst für ihre eigene Organisation zuständig seien. Andererseits habe der Gerichtsrat Anträge zur besseren personellen Ausstattung der beiden Gerichte stets genehmigt, beziehungsweise – falls dies ausserhalb seiner Kompetenz lag – beim Grossen Rat beantragt.

4.5.2 Gerichtsorganisation

Vom Jugendgericht wurde am Hearing eine Entflechtung der Gerichte begrüsst. Eine Anbindung des Jugendgerichts an das Strafgericht sei eine gute Idee, insbesondere auch weil mit dem Zwangsmassnahmengericht sowieso eine Schnittstelle bestehe. Zurzeit fehle am Strafgericht an der Schützenmattstrasse aber der Platz. Ohne die örtliche Verbundenheit würden Synergieeffekte entfallen und höhere Kosten entstehen.

Im Zuge des Hearings wurde entsprechend dann auch vorgebracht, dass es beim Jugendgericht gewisse Vorbehalte gegenüber dem Gerichtsrat gebe. Das Jugendgericht kritisierte, dass es nur über das Strafgericht im Gerichtsrat vertreten sei. Dies führe dazu, dass der Informationsfluss nicht funktioniere und sie nicht oder nicht genügend involviert würden. Problematisch sei zum Beispiel, dass das Jugendgericht die Protokolle des Gerichtsrats erst mindestens einen Monat später erhalte.

Es zeigte sich für die GPK, dass vor allem zwischen dem Jugendgericht und dem Gerichtsrat aufgrund vielfältiger Auseinandersetzungen ein Misstrauen besteht. Nebst der nach Ansicht des Jugendgerichts mangelnden organisatorischen Einbindung in die Entscheidungen des Gerichtsrats und den offenen

*Jugendgericht
wünscht Entflechtung
der Gerichte*

*Auseinandersetzung
zwischen Jugendgericht
und Gerichtsrat*

Fragen bezüglich der Anbindung an das Strafgericht zur Verringerung der Arbeitslast geht es auch um die anwaltliche Tätigkeit der Jugendgerichtspräsidentin, um Fragen der Entschädigung für nicht bezogene Ferien, um die Art der Nutzung der Gerichtsinfrastruktur und den Umgang mit vorhandenen Baumängeln und Raumbedingungen.

Als Oberaufsicht besitzt die GPK nicht die Tiefe des Einblicks, um die verschiedenen Streitpunkte ausreichend prüfen zu können. Die angespannte Situation mag zwar nicht die Gewährleistung des Gerichtsbetriebs stören, es stellt sich aber die Frage, wie eine effiziente Zusammenarbeit organisiert werden kann, eingedenk der Autonomie der Gerichte und des Umstands, dass alle Gerichtspräsidien gleichermassen von den Stimmberechtigten gewählt sind und damit auf Augenhöhe agieren.

Zurzeit sieht § 8 des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) vor, dass die Interessen des FU-Gerichts durch das Appellationsgericht und diejenigen des Jugendgerichts durch das Strafgericht vertreten werden. Offensichtlich bringt diese Interessenvertretung im Gerichtsalltag einige Schwierigkeiten mit sich.

Die GPK empfiehlt, die institutionelle Einbindung von FU- und Jugendgericht im Gerichtsrat im Rahmen der geltenden Bestimmungen zu überprüfen, damit diese trotz ihrer geringen Grösse angemessen an Entscheidungen des Gerichtsrats partizipieren können.

Die GPK stellt fest, dass eine stärkere organisatorische Anbindung des Jugendgerichts an das Strafgericht eine Option zur Bewältigung der Herausforderungen im Gerichtsbetrieb sein könnte.

GPK kann verschiedene Streitpunkte nicht tiefgehend prüfen

5. Bemerkungen zu den Berichten der dem Grossen Rat zugeordneten Organe: Ombudsstelle, Finanzkontrolle und Datenschutzbeauftragte

Die GPK nahm den öffentlichen Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025 zur Kenntnis und wird den Bericht mit der Ombudsstelle in absehbarer Zeit inhaltlich erörtern. Die GPK dankt der Ombudsstelle für die wertvolle Arbeit, die sie für die Bevölkerung und die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt leistet. Durch die thematischen Schnittstellen stehen GPK und Ombudsstelle in regelmässigem konstruktivem Kontakt.

Der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle lag zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts noch nicht vor. Ihre Prüfberichte werden aufgrund der Vertraulichkeit nur in Ausnahmefällen veröffentlicht (§ 16.5 FVKG). Die GPK profitiert regelmässig von der zuverlässigen und kompetenten Arbeit der Finanzkontrolle.

Den öffentlichen Bericht der kantonalen Datenschutzbeauftragten und ihres Teams für das Jahr 2025 nahm die GPK ebenfalls zur Kenntnis und wird im zweiten Halbjahr 2026 dazu eine Anhörung durchführen. Die GPK bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und die wertvolle Unterstützung.

6. Anträge der Geschäftsprüfungskommission

Die GPK unterbreitet dem Grossen Rat folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2025 des Regierungsrats wird genehmigt.
2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2025 wird genehmigt.
3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2025 wird genehmigt.
4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den vorliegenden Bericht an ihrer Sitzung vom 4. Juni 2026 einstimmig mit 12:0 Stimmen verabschiedet und ihren Präsidenten zum Referenten bestimmt.

Basel, 4. Juni 2026

Namens der Geschäftsprüfungskommission
des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

Tim Cuénod
Präsident

7. Grossratsbeschluss

betreffend

Jahresbericht 2025 des Kantons Basel-Stadt

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Bericht der Geschäftsprüfungskommission Nr. 26.5189.01 vom 4. Juni 2026, beschliesst:

1. Der Jahresbericht 2025 des Regierungsrats wird genehmigt.
2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2025 wird genehmigt.
3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2025 wird genehmigt.
4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Entwicklung der Kosten für Anmietungen 2016–2025 (vom FD im Vorfeld des Jahreshearings erhaltene Grafik)
Abb. 2	Digitalisierungsroadmap des BVD: Projekte mit Start- und Enddatum (vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltene Tabelle)
Abb. 3	Neu hinzugekommene feste Stellen beim BVD (vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltene Tabelle)
Abb. 4	Neu hinzugekommene und weggefallene befristete Stellen beim BVD (vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltene Tabelle)
Abb. 5	Zeitpläne für die Tramnetzentwicklung (basierend auf den vom BVD im Rahmen des Jahreshearings vom 29. April 2026 erhaltenen Informationen)
Abb. 6	Entwicklung krankheitsbedingte Absenzen 2018–2024 (vom ED im Rahmen des Jahreshearings vom 30. April 2026 erhaltene Tabelle)
Abb. 7	Einkommens- und Vermögenssteuern 2013–2025 (vom FD im Rahmen des Jahreshearings vom 23. April 2026 erhaltene Grafik)

9. Anhang

- Jahresbericht 2025: Berichterstattung zu den Massnahmenpaketen im Legislaturplan 2025-2029



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Jahresbericht 2025: Berichterstattung zu den Massnahmenpaketen im Legislaturplan 2025–2029

www.bs.ch/legislaturplan

Schwerpunkt «Innovation und Wettbewerbsfähigkeit»	
Ziel «Attraktivität als Wirtschaftsstandort erhalten»	
Massnahmenpaket «Innovationen und Wissensgesellschaft stärken»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere von KMU und Start-ups, wird durch neun Programme der Innovationsförderung in den Bereichen Life Sciences, Digitale Innovation und Nachhaltige Wirtschaft gefördert.	WSU ¹
Mit dem Programm « BaselTech » wird die digitale Transformation mitgestaltet: Bis 2032 soll ein dynamisches Ökosystem der digitalen Innovation mit mindestens überregionaler Ausstrahlung und Bedeutung entstehen.	WSU
Die Kooperationen zwischen Hochschulen, Spitälern, Industrie und öffentlichen Institutionen werden weiter gestärkt und ausgebaut, um international konkurrenzfähige Forschung zu verknüpfen und die Innovationsförderung sowie die translationale Wertschöpfung zu steigern.	ED, GD, WSU
Das vom Stimmvolk gutgeheissene Basler Standortpaket bildet die Grundlage für die Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt, welche implementiert werden und die Standortattraktivität des Kantons sichern.	WSU
Massnahmenpaket «Bedarfsgerecht Wirtschaftsflächen schaffen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Das Raumkonzept «Agglomerationszentrum» sowie der kantonale Richtplan sichern langfristig geeignete Wirtschaftsflächen in einem ausgewogenen Verhältnis mit den Wohnbedürfnissen .	BVD
Auf den Transformationsarealen wie Dreispitz oder Güterbahnhof Wolf entstehen neue Potenziale für Arbeitsplätze.	BVD, FD, WSU
Durch aktive Partnerschaften zwischen Kanton und Privaten soll zusätzlicher Raum für in Basel ansässige Firmen wie auch für Neuansiedlungen geschaffen werden.	WSU
Im Rahmen der Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen werden die hafenseitigen Entwicklungsprojekte inklusive Verlegung Hafenbahn und Westquai vorangebracht.	BVD, FD, WSU
Das Projekt « Hafenbecken 3 » wird als zentraler Teil des trimodalen Containerterminals Basel Nord vorangetrieben, um den Güterverkehr auf Schiff und Bahn zu verlagern und den Logistikstandort Basel zu stärken.	WSU

¹ Die Auflistung der Departemente erfolgt in alphabetischer Reihenfolge



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Massnahmenpaket « Finanzielle Stabilität und steuerliche Attraktivität erhalten »	
Aufteilung	Zuständigkeit
Es soll eine Finanzstrategie erarbeitet werden, die darauf abzielt, die Kantonsfinanzen langfristig tragfähig zu gestalten und die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Investitionen werden priorisiert , um eine langfristige Planungssicherheit und einen verbesserten Umgang mit komplexen, bereichsübergreifenden Herausforderungen zu ermöglichen. Es wird eine ausgewogene Steuerpolitik verfolgt, welche sowohl die Bedürfnisse von Unternehmen als auch von Privatpersonen berücksichtigt und den Kanton im internationalen Steuerwettbewerb gut positioniert.	FD
Massnahmenpaket « Erreichbarkeit verbessern »	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton verbessert die Erreichbarkeit mit neuen Tramprojekten, durch die Entflechtung des Tramnetzes in der Innenstadt, mit dem Ausbau von Velovorzugsrouten sowie durch die Anbindung der Transformationsareale.	BVD
Der Kanton setzt sich aktiv beim Bund dafür ein, dass die Entwicklung der übergeordneten Verkehrsinfrastruktur seinen Zielen bestmöglich entspricht. Insbesondere fordert er vom Bund den raschen Ausbau des Bahnknotens Basel für den Regional-, Fern- und Güterverkehr.	BVD
Beim EuroAirport beginnen die Bauarbeiten für die modulare Erweiterung des Terminals, was die Servicequalität für die Fluggäste verbessern wird.	WSU
Massnahmenpaket « Exzellente Kulturstadt sichern »	
Aufteilung	Zuständigkeit
Basel stärkt seine Position als bedeutende Kulturstadt . Exzellenz wird gesichert sowie weiterentwickelt und die Partnerschaften zwischen Kanton, anderen öffentlichen Förderern und Privaten werden intensiviert. Ein hochstehendes und breitenwirksames Kulturangebot wird weiterentwickelt, das Kulturmarketing soll in Zusammenarbeit mit Basel Tourismus ausgebaut und Lücken bei der Kongressförderung im Kultur- und Kunstbereich sollen geschlossen werden. Der Kanton stärkt seine Standortattraktivität durch die gezielte Akquise und Unterstützung international relevanter Grossanlässe .	PD
Die Attraktivität von Basel als Messe- und Kongressstandort soll gestärkt werden.	WSU
Massnahmenpaket « Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenwirken »	
Aufteilung	Zuständigkeit
Mit Bildungs- und Integrationsmassnahmen wird dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegengewirkt: Das Projekt LiB Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell zielt auf eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II ab und fördert den erfolgreichen Übergang junger Menschen in den Arbeitsmarkt.	ED
Im Hochschulbereich wie auch in der Berufsbildung werden arbeitsmarktfähige Ausbildungsplätze im ICT-Bereich und in der Gesundheitsversorgung geschaffen.	ED, GD



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Ziel «Partnerschaftlich Zusammenarbeiten»	
Massnahmenpaket «Gesamtkantonale Haltung formulieren»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Es wird eine kantonale Aussenbeziehungsstrategie für die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, dem Bund, dem grenznahen trinationalen Raum, Europa und globalen Partnern erarbeitet. Ziel sind verlässliche Partnerschaften, insbesondere auch mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft.	FD, GD, PD
Um die Partnerschaft zwischen der Schweiz und der EU langfristig tragfähig weiterzuentwickeln, wird das Engagement für die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union fortgeführt. Mit der Strategie zur Internationalen Zusammenarbeit (IZA) für 2026–2029 sollen spezifisch die Armutsbekämpfung und die Stärkung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene gefördert werden.	PD
Massnahmenpaket «Trinationale Zusammenarbeit stärken»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern wird gestärkt – insbesondere durch den Ausbau politischer Beziehungen mit Baden-Württemberg, Grand Est und der Collectivité européenne d'Alsace. Darüber hinaus sollen Grenzhindernisse abgebaut und die Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel und am Oberrhein verbessert werden.	PD
Bestehende Hochschulnetzwerke wie Eucor oder TriRhenaTech werden gezielt genutzt, um grenzüberschreitende Innovationsprojekte zu fördern.	ED
Mit dem TriRegio DataSpace soll zusammen mit den Städten Mulhouse und Freiburg i. Br. für die Verwaltung, Wirtschaft und Forschung eine Dateninfrastruktur für die Zusammenarbeit im trinationalen Raum erstellt werden.	PD
Ziel «Zukunftsfähige Verwaltung»	
Massnahmenpaket «Data Science und KI vorausschauend nutzen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton entwickelt eine übergeordnete Strategie zur Nutzung von Data Science und künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung und setzt eine Data- und KI-Governance um. Er baut einen kantonalen Datenkatalog sowie eine kantonale Daten- und KI-Plattform auf, als Grundlage für die departementsübergreifende Arbeit mit Daten und für die Operationalisierung von KI in der Verwaltung.	FD, PD
Der Kanton führt kontinuierlich Schulungen im Bereich Cybersicherheit durch und führt eine Weiterbildungsstrategie zur Stärkung der Daten- und KI-Kompetenz in der Verwaltung ein.	FD, PD



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Massnahmenpaket «Digitale Services ausbauen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Verwaltung baut ihre digitalen Dienstleistungen gezielt aus, um diese effizienter, nutzerfreundlicher und barrierefreier zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des bestehenden E-Portals Basel-Stadt, in das « E-Sozial » integriert werden soll, um den Zugang zu Sozialleistungen deutlich zu vereinfachen.	FD, WSU
Weiter ausgebaut werden die digitalen Angebote der Bevölkerungsdienste , das elektronische Patientendossier oder die Digitalisierung der wichtigsten Bewilligungsprozesse .	BVD, GD, JSD
Das E-Portal als zentrales Zugangstor wird kontinuierlich für die mobile Nutzung optimiert.	FD
Das E-Voting soll auf 30% der Stimmberechtigten in Basel-Stadt ausgeweitet und der elektronische Rechtsverkehr (digitale Verfügung und Rekurse) eingeführt werden.	FD, JSD, PD
Im Rahmen von Justitia 4.0 werden die Justizprozesse digitalisiert und die elektronische Akte eingeführt.	JSD
Das kantonale Kulturgut soll digital gesichert und geschützt sowie digital zugänglich gemacht werden.	PD

Schwerpunkt «Sicherheit und Zusammenhalt»**Ziel «Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken»**

Massnahmenpaket «Handlungsfähigkeit in Krisen sicherstellen»

Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton stellt die Handlungsfähigkeit der Verwaltung in Krisensituationen (u.a. Naturkatastrophen, Extremwetterereignisse, Stromausfälle, Hackerangriffe, militärische Konflikte im Ausland) sicher. Er erhöht die organisatorische Resilienz und verkürzt die Reaktionszeiten bei ausserordentlichen Lagen. Zudem stärkt er das Risikobewusstsein in der Bevölkerung.	BVD, FD, GD, JSD
Um kritische Infrastrukturen zu schützen, werden die Cybersicherheit sowie die Cybersicherheitskompetenz in der Verwaltung und bei der Bevölkerung erhöht.	FD
Massnahmenpaket «Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die polizeiliche Grundversorgung und die Präsenz im öffentlichen Raum werden gestärkt, die Anzahl von Polizistinnen und Polizisten soll erhöht werden.	JSD
Durch eine koordinierte, bereichsübergreifende Zusammenarbeit wird auf Hotspots im öffentlichen Raum gezielt und rasch reagiert. Betreffend Konsum von psychoaktiven Substanzen im öffentlichen Raum werden repressive durch schadensmindernde Massnahmen ergänzt sowie die Kontakt- und Anlaufstellen im öffentlichen Raum weitergeführt.	BVD, FD, GD, JSD, PD



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Massnahmenpaket «Strafverfolgung stärken und Justizvollzug modernisieren»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Kriminalpolizei wird aus der Staatsanwaltschaft herausgelöst und in die Kantonspolizei integriert. Beide Institutionen werden umfassend reorganisiert und die kantonalen Strafbestimmungen und weitere Erlasse werden systematisch überprüft und angepasst. Mit diesen Massnahmen wird die kantonale Strafverfolgung insgesamt gestärkt. Ein Handlungskonzept zur Bekämpfung organisierter Kriminalität wird erarbeitet. Durch die Verbesserung der Haftbedingungen und den Ausbau der Infrastruktur soll eine sichere und den hohen Anforderungen entsprechende Unterbringung im Justizvollzug sichergestellt werden. Damit leistet der Kanton einen wirkungsvollen Beitrag zur Resozialisierung straffälliger Personen und zur langfristigen Erhöhung der gesellschaftlichen Sicherheit .	JSD
Ziel «Zusammenhalt, Teilhabe und Chancengerechtigkeit fördern»	
Massnahmenpaket «Vertrauen in Demokratie stärken und Teilhabe ermöglichen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton erarbeitet eine Strategie gegen Einsamkeit und setzt entsprechende Massnahmen um.	PD
Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen soll gestärkt werden.	PD
Durch die Beratung und Unterstützung von Unternehmen wird der Aufbau von ambulant begleiteten Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung und damit die Inklusion in der Arbeitswelt gefördert.	WSU
Die nichtformale Weiterbildung wird ausgebaut, um die Integration von Menschen mit Migrationsbiografie und von benachteiligten Gruppen zu stärken.	ED
Die institutionelle Öffnung von Kultureinrichtungen wird gefördert.	PD
Die politische Bildung mit den demokratischen Werten wird in den Volksschulen gestärkt.	ED
Mit dem umgesetzten Partizipationsgesetz bietet eine digitale Plattform einen Überblick zu laufenden Vorhaben, informiert Quartierbewohnende und lädt zur aktiven Mitwirkung ein.	PD
Ein neues Resultatermittlungssystem für Wahlen und Abstimmungen mit offengelegtem Quellcode wird eingeführt.	PD
Massnahmenpaket «Gleichstellung und Chancengerechtigkeit gewährleisten»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Gleichstellungsplan 2024 – 2027, der Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation und das Kantonale Integrationsprogramm werden umgesetzt, ein neuer Gleichstellungsplan erarbeitet sowie eine kantonale Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus entwickelt.	PD
Die Legacy der Women's EURO wird umgesetzt, um den Frauen- und Mädchensport nachhaltig zu stärken und mehr Mädchen und Frauen für den organisierten sowie ungebundenen Sport zu gewinnen.	ED



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Präventionsmassnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Minimierung von Risiken für chronische Erkrankungen sollen gefördert werden, um die Chancengerechtigkeit und den Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten und zur Primärversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.	GD
Massnahmenpaket «Chancengerechtigkeit in der Bildung erhöhen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Das Massnahmenpaket zur Weiterentwicklung der integrativen Schule wird umgesetzt, um gezielt Schülerinnen und Schüler zu fördern sowie die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Gleichzeitig werden Frühförderangebote weiterentwickelt, damit Kinder in sensiblen Phasen bestmöglich unterstützt werden. Um die Chancengerechtigkeit in der Bildung zu erhöhen, soll die Berufsbildungsquote erhöht werden: Ein Masterplan Berufsbildung soll zu weniger Lehrabbrüchen, mehr Direkteintritten in die berufliche Grundbildung und mehr Berufsabschlüssen bei Erwachsenen führen.	ED
Massnahmenpaket «Armut vorbeugen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Arbeitsmarktfähigkeit von Personen, die aus unterschiedlichen Gründen im Arbeitsmarkt eingeschränkt ist, wird mit verschiedenen Massnahmen gestärkt.	WSU
Durch verständliche Informationen sowie vereinfachte Antragsverfahren werden Zugangsbarrieren abgebaut, um den Nichtbezug von Sozialleistungen zu senken und die soziale Absicherung vulnerabler Gruppen zu verbessern. Dank dem revidierten Mietbeitragsgesetz können neu auch Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder, die am Existenzminimum leben, beim Kanton Mietbeiträge beantragen.	WSU
Ziel «Hochwertige und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung sicherstellen»	
Massnahmenpaket «Versorgung und Zugang sichern»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Versorgung wird unter Berücksichtigung des Prinzips «ambulant vor stationär» optimiert. Die Förderung des chancengerechten Zugangs zur Gesundheitsversorgung wird spezifisch für vulnerable Gruppen angepasst.	GD
Das System der Prämienverbilligungen wird weiterentwickelt, um die Prämienlast noch stärker zu reduzieren. Die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung insbesondere von Menschen mit Unterstützungsbedarf wird weiter gefördert.	WSU
Mit der kantonalrechtlichen Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen (ELG) im Bereich der Betreuung soll das selbstbestimmte Wohnen zu Hause im Alter gefördert werden.	GD, WSU
Die Förderung und der Ausbau der ärztlichen Versorgung im Langzeitbereich durch die Stärkung der Grund- und Spezialversorgung, beispielsweise im psychiatrischen Bereich sowie in der Notfallversorgung, werden intensiviert.	GD

Seite 6/10



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Massnahmenpaket «Kostenanstieg in der Gesundheitsversorgung dämpfen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Mit einer regionalen Versorgungsplanung wird sichergestellt, dass Gesundheitsdienstleistungen bedarfsgerecht, effizient und wohnortnah bereitgestellt werden. Die Verlagerung von Dienstleistungen in den ambulantem Bereich wird weiter vorangetrieben. Zudem wird die Prävention gestärkt, indem die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung gefördert wird.	GD
Massnahmenpaket «Smart Health»: Digitalisierung nutzen	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Nutzung des elektronischen Patientendossiers (EPD) wird im Kanton weiterverbreitet. Der Aufbau einer plattformbasierten Dateninfrastruktur zur standardisierten und sicheren Erhebung sowie Nutzung von Gesundheitsdaten wird angestrebt. Dafür sollen die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.	GD
Das Projekt First-Responder , das zur Erhöhung der Überlebensrate bei Herz-Kreislauf-Stillständen beiträgt, soll gestärkt werden.	JSD

Schwerpunkt «Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum»	
Ziel «Klimaschutz, Biodiversität und Schonung natürlicher Ressourcen»	
Massnahmenpaket «Klimaschutz gemeinsam weiterentwickeln»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton Basel-Stadt treibt den Klimaschutz mit der Umsetzung der Klimaschutzstrategie «Netto-Null 2037» voran.	PD
Mit der Solaroffensive wird die Stromproduktion durch Sonnenlicht im Kanton erhöht. Der Ausbau der Fernwärme, die Stilllegung des Gasnetzes und der Ersatz von Erdgas in der Fernwärmeproduktion führen zur weiteren Dekarbonisierung der Energieversorgung . Es wird geprüft, ob Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erreichung des Klimaziels umgesetzt werden kann. Das kantonale Energiegesetz wird revidiert und damit die Strategie für eine klimaneutrale Verwaltung umgesetzt.	PD, WSU
In diesem Zusammenhang verfolgt der Kanton u.a. CO ₂ -Absenkpfade für kantonale Liegenschaften .	FD
Zur Reduktion ausserkantonaler Emissionen wird unter Einbezug von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eine Klimaschutzstrategie «Scope-3-Emissionen» entwickelt.	PD
Massnahmenpaket «Biodiversität fördern und Neobiota bekämpfen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Mit der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie werden das lokale Ökosystem und die Lebensqualität der Bevölkerung gestärkt.	BVD
Ökologische Aufwertungsmassnahmen tragen im Rahmen von Gesamtsanierungen und Neubauten des Kantons ebenfalls dazu bei.	FD



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Im Rahmen von Grünstadt Schweiz strebt Basel bei der Rezertifizierung 2028 erneut das Gold-Label an. Ergänzend fördert das Programm Grünes Basel Begrünungen, Entsiegelungen und Baumpflanzungen auf privaten Flächen.	BVD
Die Umsetzung der kantonalen Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Neobiota und anderen Schadorganismen bremst schädliche Arten in ihrer Ausbreitung.	BVD, GD, WSU
Massnahmenpaket «Grundwasser schützen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Zum Schutz des Grundwassers wird die Einleitung von Abwasser in Oberflächengewässer konsequent kontrolliert.	WSU
Eine geringere Bodenversiegelung trägt dazu bei, dass vermehrt Regenwasser versickern und sich neues Grundwasser bilden kann.	BVD, WSU
Flächendeckende Kontrollen des Grundwassers sorgen dafür, dass Gefahren frühzeitig erkannt und behoben werden. Daneben sorgt der Kanton dafür, dass belastete Standorte, die Schadstoffe ins Grundwasser freisetzen können, durch die Eigentümer saniert, überwacht oder gesichert werden.	WSU
Massnahmenpaket «Ressourcenschonung in Planung und Bau voranbringen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die Raumplanung soll eine kompakte Siedlungsentwicklung mit kurzen Wegen fördern. Der kantonale Richtplan und das Raumkonzept Agglomerationszentrum unterstützen eine klimaneutrale, polyzentrische Entwicklung mit Fokus auf öffentlichen Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr.	BVD
Bei Arealentwicklungen werden CO ₂ -Reduktionspotenziale geprüft und in geeigneter Weise in der Nutzungsplanung berücksichtigt. Bestehende Gebäude werden im Sinne von «Umbau vor Neubau» bevorzugt saniert und weitergenutzt. Durch Pilotprojekte zur Bauteilwiederverwendung und deren Integration in Standardprozesse wird die Kreislaufwirtschaft im Bausektor vorangetrieben. Zudem wird angestrebt, Baumaterialien als mittelfristige Kohlenstoffspeicher oder Senken zu nutzen.	BVD, FD, WSU
Massnahmenpaket «Basel als nachhaltigen Standort positionieren»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton strebt Top-Positionen in Nachhaltigkeitsindizes an. Er bringt damit die Nachhaltigkeit in allen Themen voran und stärkt die Standortattraktivität.	PD
Er möchte eine Vorbildrolle in der nachhaltigen Beschaffung und in der ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft einnehmen.	BVD, FD, PD, WSU
Er erarbeitet ein Nachhaltigkeitskonzept für Infrastrukturprojekte und sorgt damit für eine ganzheitliche Bewertung ökologischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aspekte.	FD, BVD



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Ziel «Lebenswerte Quartiere fördern»	
Massnahmenpaket «Wohnraum bedarfsgerecht entwickeln»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Die kantonale Wohnraumentwicklungsstrategie wird überarbeitet: Sie bündelt die wohnpolitischen Schwerpunkte neu und berücksichtigt wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte, um ein vielfältiges Wohnangebot im Kanton sicherzustellen.	PD
Im Städtebau werden die Arealentwicklungen auch für das zukünftige Wohnraumpotenzial genutzt. Durch verbindliche Vorgaben in Bebauungsplänen sind Mindestanteile für preisgünstige Wohnungen gesichert.	BVD
Dazu gibt der Kanton im Rahmen der aktiven Bodenpolitik mit dem partnerschaftlichen «Baurechtsvertrag Plus» Land im Baurecht an Genossenschaften ab. Der Kanton treibt das Wohnbauprogramm 1000+ voran und weitet zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum das Modell "Mietvertrag Plus" auf den Bestand aus.	FD
Massnahmenpaket «Aufenthaltsqualität in den Quartieren stärken»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Der Kanton setzt das Stadtklimakonzept für die Klimaanpassung weiter um: Bei neuen Projekten wie auch im Rahmen der Erhaltungsplanung sind Begrünung, Beschattung, der sorgsame Umgang mit Wasser im Sinne der Schwammstadt und Durchlüftungsmöglichkeiten zentrale Elemente.	BVD, WSU
Mit der Umsetzung des Teilrichtplans Freiräume entstehen auf den Arealen in Transformation neue öffentliche Grün- und Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität und Biodiversität.	BVD
Mit Informationen, Verhaltensempfehlungen und baulichen Massnahmen wird den klimabedingten Gesundheitsgefährdungen wirksam begegnet.	GD
Um das Zusammenleben in den Quartieren zu stärken, möchte der Kanton künftig eine bedarfsgerechte Versorgung mit soziokultureller Infrastruktur sicherstellen.	PD
Öffentliche Freiräume sollen darüber hinaus mit sport- und bewegungs-freundlichen Angeboten ergänzt werden.	ED
Zur Aufwertung der Innenstadt trägt der Stadtbelebungs fonds bei, der bis 2030 eingerichtet ist; der Effekt des Fonds wird gegen Ende der Legislatur bilanziert.	PD, WSU
Die Strategie «Kunst im Stadtraum» leistet einen Beitrag zum positiven Erleben des Stadtraums.	PD



Präsidiatdepartement des Kantons Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung

► Fachstelle Grundlagen & Strategien

Massnahmenpaket «Stadtgerechte Mobilität ermöglichen»	
Aufteilung	Zuständigkeit
Basel-Stadt setzt die Mobilitätsstrategie weiter um und fördert den kollektiven Verkehr, flächensparende Fahrzeuge und geteilte Mobilitätsformen. Verkehrsflächen sollen angebotsorientiert bereitgestellt werden – mit Priorität auf qualitativ hochwertige, sichere und durchgängige Fuss- und Velonetze.	BVD
Die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen stehen bei der Verbesserung der Verkehrssicherheit im Zentrum.	BVD, JSD
In Wohnquartieren soll der Durchgangsverkehr reduziert, Temporeduktionen wo möglich und nachts umgesetzt und die «Stadt der kurzen Wege» durch gemischte Nutzungen gestärkt werden. Ziel ist es, das Verkehrsaufkommen insgesamt zu senken und die Lebensqualität zu steigern.	BVD